



Olympia: Sehr spätes Gedenken

Erstmals Schweigeminute für ermordete israelische Sportler nach 49 Jahren

SEITE 3

Genderforschung und Antisemitismus

Amerikanische Genderisten agitieren gegen Israel

SEITE 6-7



Das Judentum gehört zu Deutschland

UNESCO erklärt jüdische Stätten am Rhein zum Weltkulturerbe.

SEITE 33



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Zeit schreitet voran und wir befinden uns bereits mitten im zweiten Corona-Sommer.

Nur noch ein Monat trennt uns von dem Beginn der Yamim Noraim, der Hohen Feiertage des jüdischen Volkes, die in diesem Jahr bereits sehr früh ins Haus stehen und für die Juden in aller Welt mit dem am Abend des 6. September erfolgenden Monatsumbruch zum 1. Tishrei das jüdische Neujahrsfest Rosch HaSchana und damit den Beginn des neuen jüdischen Jahres 5782 einleiten werden.

Covid-19 und seine Varianten haben uns und den Rest der Welt auch weiterhin fest im Griff.

Allen Impfungen und allen fragilen und widerruflichen Lockerungen zum Trotz hat es so ziemlich alles an uns und um uns verändert, was uns lieb und teuer war und scheint es auch weiterhin zu tun. Nahezu alles, was wir bisher in unserem Arbeits-Alltag, in unserer freien Zeit und in unserem privaten Tun für selbstverständlich, konstant und unkaputtbar gehalten haben, hat sich in den anderthalb Jahren, seitdem das Virus urplötzlich die Welt angehalten hat, als brüchig, verwundbar und unsicher erwiesen. Und Menschen wie wir sind, haben wir – ob richtig oder falsch – längst begonnen uns daran zu gewöhnen, mit dem Virus zu leben.

Man muss jedoch kein Corona-Leugner sein – der bereits seit langem doppelt geimpfte Verfasser ist es fürwahr nicht – um zu erkennen, dass das für viele Menschen auch jenseits der Erkrankung zu einem persönlichen und wirtschaftlichen Desaster ausgewachsene Virus auch Gewinner und Profiteure kennt. Und das gilt nicht nur für die Pharmaindustrie, das Online-Shopping und die Video-Call-Provider.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



Ben & Jerry's: Linksradikaler Eiskonzern auf den Spuren der Nazis



Von David Suissa

Nach Monaten erbitterter Differenzen war es schockierend zu sehen, wie Benjamin Netanjahu letztendlich mit seinem Rivalen, Premierminister Naftali Bennett, der seinen geliebten Thron übernahm, übereinstimmte. Aber einige Dinge gehen einfach zu weit, und die Entscheidung von Ben & Jerry's, den Verkauf seiner Eiscreme in den „besetzten palästinensischen Gebieten“ einzustellen, war eines davon.

„Jetzt wissen wir Israelis, welches Eis wir NICHT kaufen sollten“, twitterte Netanyahu. Und Bennett, so sein Büro, „machte deutlich, dass er die Entscheidung von Ben & Jerry's Israel zu boykottieren, mit größter Ernsthaftigkeit betrachtet, und fügte hinzu, dass es sich um eine Tochtergesellschaft von Unilever handelt, die einen eindeutig anti-israelischen Schritt unternommen hat.“

Diese vorübergehende Annäherung zwischen politischen Kontrahenten steht im Einklang mit einem Großteil der jüdischen Welt. Wie erklärt sich eine so weit verbreitete Abscheu gegen

die Entscheidung von Ben & Jerry's?

Ich sehe zwei Schlüsselfaktoren, die beide wenig mit Parteipolitik zu tun haben. Erstens verdeutlichte die Entscheidung die wahre Mission der BDS-Bewegung – einen Boykott aller (!) Unternehmen in Israel voranzutreiben. Die Reaktion der Bewegung auf die Ankündigung machte das deutlich, indem sie dazu aufrief, alle Verkäufe und Operationen in „Apartheid-Israel“ zu beenden. Wenn es eine Sache gibt, mit der die meisten Juden übereinstimmen, dann ist es, dass ein Boykott Israels selbst (vor den Grenzen von 1967) völlig daneben ist.

Mehr noch, Ben & Jerry's ist gefährlich nahe dran, genau das zu tun. Anders als frühere Unternehmen, die von Boykotten betroffen waren, wie z.B. Sodastream, stellt Ben & Jerry's sein Eis innerhalb Israels selbst her. Es betreibt nicht einmal Eisgeschäfte jenseits der Grenzen von 1967; alles, was es tut, ist, an Einzelpersonen oder Händler wie Supermärkte und Tankstellen zu verkaufen.

Mit der Ausrichtung der Verkäufe

auf das Westjordanland statt auf Siedlerprodukte schafft Ben & Jerry's einen alarmierenden Präzedenzfall.

Es herrscht sogar Verwirrung darüber, ob Ben & Jerry's seine Produkte weiterhin innerhalb Israels verkaufen wird, wie es ursprünglich von der Muttergesellschaft Unilever vorgeschlagen wurde, die möglicherweise zu früh reagiert hat. In jedem Fall, so berichtet die „Jerusalem Post“, würden die von Ben & Jerry's bereits festgelegten Boykottkriterien „jede israelische oder ausländische Firma, die hilft, einen [Westbank-]Supermarkt mit diesen Produkten zu bestücken, anfällig für Boykotte machen. Selbst die Europäische Union verbietet nicht den Verkauf ihrer Produkte in die Siedlungen.“

Abscheu über Parteigrenzen hinweg

Unabhängig davon, wo man sich im politischen Spektrum positioniert, hat Ben & Jerry's eine Grenze überschritten, die einen Großteil der jüdischen Gemeinschaft abstößt.

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Ben & Jerry's: Linksradikaler Eiskonzern auf den Spuren der Nazis

„Verkauft nicht an Juden!“ ist neben ihren BDS-Aktivitäten offenbar das neue Motto linksradikaler Antisemiten. Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist der ursprünglich von Anetta Kahanes Amadeu-Antonio-Stiftung gestützte millionenschwere Eisgigant Ben & Jerry's, der seinen Verkauf in Israel eingestellt hat. Der auf eine jüdische Gründung zurückgehende Eiskonzern dient sich der seit Biden unverhohlener grassierenden Israel-Feindlichkeit der Democrats an und betreibt damit finstersten Antisemitismus (JR).

Die zweite Überschreitung dieser Grenze ist eine bekannte – die Ausgrenzung des jüdischen Staates. Wird Ben & Jerry's nun China boykottieren, um gegen die ethnische Säuberung der Uiguren zu protestieren? Gegen welche anderen Gräueltaten wird Ben & Jerry's durch nationale Boykotte protestieren? Und warum nur gegen Israel?

Dies sind keine parteipolitischen

Fragen; es sind menschliche Fragen. Immer wieder haben wir gesehen, wie Israel von Gruppierungen herausgegriffen wird, die Völkermorde und Massenmorde ignorieren, um den einzigen jüdischen Staat der Welt zu verfolgen. Jahrzehntlang haben die Vereinten Nationen, die sich die Mehrheit ihrer Verurteilungen für Israel vorbehalten, diese antizionistische Parade angeführt, die effektiv signalisiert,

dass der jüdische Staat immer unter Beschuss steht.

Wenn eine beliebte Marke sich so laut und energisch der Anti-Israel-Parade anschließt, schärft das den Verstand. Es erinnert uns erstens an die Einschüchterungskraft der Anti-Israel-Bewegung und zweitens daran, dass es sich unabhängig von unseren politischen Meinungsverschiedenheiten manchmal lohnt, sich für eine

bestimmte Sache zusammenzuschließen.

Das unfaire und diskriminierende Vorgehen gegen Israel ist eine solche Sache.

David Suissa ist Präsident der TRIBE Media Corp./Jewish Journal. Dieser Artikel wurde zuerst vom Jewish Journal veröffentlicht. Übersetzung Audiatur-Online.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Wie jede schicksalhafte Katastrophe, sei es Corona, sei es das kürzlich über die Menschen der betroffenen Gebiete hereingebrochene, in seinen schrecklichen Opferzahlen zum Teil sogar Behördenverschuldete Hochwasserdesaster, hilft es der Politik von anderweitigen gravierenden Fehlleistungen ihres politischen Versagens abzulenken und selbst haarsträubende hausgemachte Probleme zu verdecken oder zumindest für eine gewisse Zeit der unmittelbaren Aufmerksamkeit der Wähler zu entziehen.

Dies gilt nicht zuletzt auch für unsere hiesige überaus zuvorkommende und bereits vor Corona sichtbar und spürbar beschädigte, noch bis in die erste Dekade dieses Jahrtausends wundervoll gedeihende, beispielgebend freiheitliche Nachkriegsdemokratie der Bundesrepublik Deutschland und das von der EU besonders jetzt auch unter deutscher Doppelleitung schmerzlich und suizidal fehlgeführte West-Europa.

Die im letzten Jahrtausend schwer und opferreich erkämpfte Aufklärungs- und Revolutions-geläuterte, säkulare, Religions-getrennte und Religions-tolerante, freiheitlich-westliche Lebensweise – vor allem auch in unserem Lande – hat schon vor Corona erheblichen Schaden genommen durch die von nahezu jedem gesunden Menschenverstand, nahezu jeder geschichtlichen Verantwortung, nahezu jedem politischen Anstand und jeder Aufrichtigkeit verlassene, unduldsame, trotz seines grandiosen Scheiterns im letzten Jahrhundert in Richtung Sozialismus ideologisierte Politik des herrschenden, weit nach links und Klima-hysterisch wirtschaftsfeindlichen, grün gedrifteten Regierungsbündnisses und seiner noch systemfeindlicheren linksaußen positionierten Unterstützungs-Entourage mit nicht selten bis heute nicht abgelegter Stasi-Erfahrung und immer wieder Schuld-relativierter kommunistischer Schießbefehl-Nostalgie.

Mit der erkennbaren missbräuchlichen Instrumentalisierung der durchaus berechtigten globalen Corona-Sorgen wird der Schaden deutlich zunehmen, den unser bislang weltweit beneidetes und erfolgreiches, über Jahrzehnte unseren Wohlstand tragendes und kontinuierlich mehrendes westliches Wirtschaftsmodell ebenso wie unsere freiheitliche Lebensweise durch die systemfeindliche,

zunehmend nach sozialistischem Muster dirigistische, und den bisherigen offenen Meinungspluralismus zusehends einengende Politik dieser Regierung und ihrer Unterstützer erlitten haben.

Die Spaltung der Gesellschaft durch die Kanzlerin

Es ist bereits gut zu erkennen und wohl mehr als nur eine Befürchtung, dass das Volk eindeutig der Verlierer der Pandemie ist. Dies gilt ganz besonders auch deshalb, weil im nächsten Monat in unserem Lande Bundestagswahlen anstehen, bei denen seit nicht enden wollenden 16 Jahren erstmalig und längst überfällig die „Wir schaffen das“-Kanzlerin und gesellschaftspalterische Zerstörerin der bürgerlichen Mitte nicht mehr für ihr bisheriges Amt zur Verfügung stehen wird.

”

Die Menschen waren fahrlässig genug, sich seit mehr als anderthalb Jahrzehnten der Führung Angela Merkels und ihrer grünen und linken Entourage auszuliefern.

Für die vor allem für ihren politischen Vollaussfall in Sachen innere Sicherheit und für ihre suizidale, über die Belastungsgrenze unseres Staates hinausgehende Einlasspolitik für Integrations-unwillige, vornehmlich islamische Demokratie- und Rechtsverachtung vormals mit einem verdienten historischen Stimmenverfall abgestraften Parteien des Wahlverlierer-Bündnisses ist das kleine Virus aus China ein ebenso unerwarteter wie unverdienter Lottogewinn und eine Rettung in letzter Not.

Ihre Freude über das unverhoffte Corona-Glück lässt sich trotz geübt vorge-tragener Geschehens-betroffener Miene kaum übersehen. Jedenfalls haben sie ganz offensichtlich hinter der plakativ Sorgen-umwölkten Stirn längst Gefallen gefunden an dem neuen Machtzuwachs, den ihnen Covid-19 beschert hat.

Und als wäre das nicht schon genug, wurde unsere Republik, deren Menschen fahrlässig genug waren, sich seit mehr als anderthalb Jahrzehnten der Führung Angela Merkels und ihrer grünen und linken Entourage auszuliefern, von einer entsetz-

lichen Unwetterkatastrophe heimgesucht mit vielen Toten, Verletzten und obdachlos gewordenen Opfern.

In dem Land der Kanzlerin findet neben Corona und dem hauptsächlich von ihr und ihrer Gefolgschaft zu verantwortenden politischen Desaster nun auch noch das Leid einer furchtbaren Naturkatastrophe kein Ende, und als ob es nicht schon genug von der Politik der Kanzlerin zu verantwortenden Messertoten gäbe, sterben Menschen in hoher Zahl an entfesselten Wasserfluten oder verlieren Haus, Hab und Gut.

Allerdings scheint mit dem in schnelle Nähe rückenden Ende ihrer viel zu langen Kanzlerschaft aber auch an dieser Stelle der letzte Rest ihres ohnehin zweifelhaften Interesses an dem Wohlergehen und dem Schicksal dieser Menschen vollstän-

des und Kanzlerhoffnung dieser Republik fand das unsägliche Leid der Menschen dagegen so lustig, dass er sich – von Corona-Regeln natürlich keine Spur – kaum einkriegte vor Lachen und es nicht einmal als Zeichen simpelster populärer Politesses geschafft hat, darauf wenigstens vor den Augen der traumatisierten Menschen und während der Präsidentenrede zu verzichten.

Vielleicht muss man fremdbeschämterweise davon ausgehen, dass die Islam-Morde an den unschuldigen Frauen in Würzburg und die Mord-Opfer am Berliner Weihnachtsmarkt und/oder die Gedenkveranstaltungen für gute, weil tote Juden unserer Politik ebenso sehr zu Herzen gehen wie ihr ganz offensichtlich überaus unterhaltsamer Ausflug in das Katastrophengebiet. Situationsgefühl, Mitempfinden, basalster Anstand – Fehl-anzeige!

Münchhaus*in A. Baerbock

Auch die zwischenzeitlich nach vergessenen Einnahmen-Mitteilungen, Plagiaten und der schier endlosen Serie ihrer Lebenslaufpläne abgetauchte grüne Münchhaus*in A. Baerbock ist vorzeitig aus ihrem Urlaub zurückgekehrt, um nach Kräften und ebenso wie die bislang verdient schwindsüchtige SPD die unerwartete Hochwasser-Chance, um ihrer außen grünen, innen roten Klima-dogmatischen Bevormundungs- und Verbotsparterie noch kurz vor der Wahl die Gelegenheit zur Gummistiefel-Profilierung und billigem Stimmenfang zu geben! Klima sells eben immer – Herzensbildung und Aufrichtigkeit schon weniger!

Und wie fast jeder unverdient vom Glück Geküsste sind unsere Politiker dabei auch schon längst dem Trugbild erlegen, dass sie dieses Glück etwa ihren eigenen Fähigkeiten verdanken oder es gar tatsächlich verdient hätten.

Zu schaden scheint es ihnen nicht. Die neuesten Wahlumfragen belegen es deutlich: Der deutsche Wähler toleriert ungestraft fast alles. Nur folgerichtig, dass unsere Politik ihr hiesiges Wahlvolk zutiefst zu verachten scheint, nach Kräften Fremdleistungen plagiiert, nicht selten und wo es irgend geht persönlich Vorteil nimmt, den Wähler über ihren Werdegang belügt und alle wichtigen Problemstellungen dieses Landes ausblendet, die

Der Landesvater des leidgeprüften Lan-

►► Fortsetzung auf Seite 8

Das Judenproblem des Internationalen Olympischen Komitees

Der langjährige IOC-Präsident und Nazi-Sympathisant Avery Brundage war bereits die bestimmende Persönlichkeit sowohl bei Hitlers Olympischen Spielen 1936 als auch später bei den Olympischen Spielen 1972 in München. 49 Jahre mussten seit München vergehen bis ausgerechnet bei der Ausrichtung der Spiele durch den früheren NS-Verbündeten Japan erstmals eine Schweigeminute für die 1972 bestialisch ermordeten israelischen Olympioniken eingelegt wurde (JR).

Von Ron Jontof-Hutter
(Arutz Sheva/Israel National News)

Nach 49 Jahren der Weigerung, der schrecklichen Ermordung von elf israelischen Sportlern bei den Olympischen Spielen 1972 in München durch arabische Terroristen zu gedenken, tat es das IOC schließlich bei der Eröffnungszeremonie in Tokio. Als die Athleten im Olympischen Dorf von der arabisch-„palästinensischen“ Terrorgruppe „Schwarzer September“ ermordet wurden, bestand der IOC-Präsident Avery Brundage schnell darauf, dass die „Spiele weitergehen müssen“.

Brundage war wohl die dominierende Persönlichkeit bei den Olympischen Spielen des 20. Jahrhunderts, aber auch jemand, der ein Antisemitismus-Problem hegte.

Brundage, selbst ein Olympionike von 1912, der innerhalb des Amerikanischen Olympischen Komitees aufstieg, um schließlich IOC-Präsident zu werden, war die beherrschende Persönlichkeit bei Hitlers Olympischen Spielen 1936 und den Olympischen Spielen 1972 in München. Als Hitler Deutschlands Führer wurde, waren die Nazis zunächst nicht daran interessiert, die Olympischen Spiele auszurichten, an denen auch „nicht-arische“ „Untermenschen“ teilnehmen würden, sondern zogen es vor, Deutsche Spiele aufzuführen, um rassische Überlegenheit zu demonstrieren. Nachdem Hitler jedoch das Propagandapotenzial der Olympischen Spiele erkannt hatte, entschied er sich für ein großes Spektakel, um sein Nazi-Regime der Welt zu präsentieren.

Nachdem deutsch-jüdische Sportler aus den „arischen“ Mannschaften ausgeschlossen worden waren, gab es amerikanische Versuche, Hitlers Olympia zu boykottieren. Brundage, der Nazi-



Avery Brundage (Mitte) mit Theodor Lewald (rechts), dem Organisator der Olympischen Spiele von 1936

Deutschland bewunderte, blockierte solche Versuche vehement und erklärte, dass „nur zwölf Juden Deutschland jemals vertreten hatten“, und daher das Thema irrelevant sei – äußerst unpräzise



Sechs der israelischen Olympioniken, die 1972 von Arabern in München ermordet wurden.

und im Widerspruch zum olympischen Geist.

Deutsche Juden wie der Nummer-Eins-Tennisstar Daniel Prenn und der Boxweltmeister Erich Seelig waren gar nicht erst berechtigt anzutreten, ebenso wenig wie die Hochsprungmeisterin Gretel Bergmann, die aus Deutschland fliehen konnte. Eine andere, Martha Jacob, floh und gewann 1937 den südafrikanischen Speerwurf-Titel. Ein Platz in Berlin, der Martha-Jacob-Platz, ist nach ihr benannt. Andere jüdische Sportler wie die Leichtathletin Lilli Henoch, die vier Weltrekorde aufgestellt hatte, wurden ermordet.

Um einen ernsthaften Showdown zu vermeiden, hat Deutschland zugestimmt, einen symbolischen Juden unter seinen Olympioniken zu haben. Die Amerikaner zogen plötzlich zwei jüdische Sprinter aus ihrer 4x100-Staffel zurück, offenbar um Hitler im Falle eines Sieges nicht in Verlegenheit zu bringen. Doch die Krone setzte Brundage dem Ganzen auf, als er vorschlug, dass Juden den Antisemitismus durch finanzielle Unterstützung amerikanischer Olympioniken verringern könnten.

Hitlers Olympia war wie versprochen ein großes Spektakel. Aus diesem Anlass wurden antisemitische Straßen-

schilder abgedeckt oder vorübergehend entfernt, um ausländische Gäste nicht zu beleidigen. Hitlers symbolische Jüdin Helene Mayer gewann Silber für Deutschland im Fechten. Bei der gleichen Veranstaltung gewann die in Deutschland geborene Ellen Preis, die Österreich repräsentierte, Gold und die Ungarin Ilona Elek-Schacherer Bronze – ebenfalls beide Juden. Als Vertreterin Deutschlands musste Mayer den Nazi-Gruß zeigen als sie ihre Medaille erhielt, was die deutschen Juden empörte. Ironischerweise musste sie damit das deutsche Gesetz brechen, das Juden den Nazi-Gruß verbot.

Eine Hand wäscht die andere

Die Olympischen Spiele in Berlin verstärkten Brundages Bewunderung für Nazi-Deutschland noch. Während einer Rede im Madison Square Garden lobte er Nazi-Deutschland als „60 Millionen Menschen, die an sich und ihr Land glauben ... wir können so viel von Deutschland lernen“. Zwei Jahre später, 1938, erteilte Deutschland seiner Baufirma den Auftrag zum Bau einer neuen Botschaft in den USA.

Brundage hat seine antijüdische Feindseligkeit wahrscheinlich nie geändert.

Seine Verachtung gegenüber jüdischen Sportlern setzte sich nach der Ermordung der israelischen Sportler bei den Olympischen Spielen 1972 in München mit „die Spiele müssen weitergehen“ fort. Seine Ablehnung jüdischer sportlicher Leistungen wirkte besonders hohl, nachdem der jüdische Schwimmer Mark Spitz sieben Goldmedaillen für Amerika gewann. Dieser Rekord wurde erst bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking von dem amerikanischen Schwimmer Michael Phelps gebrochen.

Ungeachtet der Beharrlichkeit der israelischen Sportlerwitwen Ankie Spitzer und Ilana Romano, des Massakers mit einer Schweigeminute gedenken zu lassen, blieben die IOC-Präsidenten immer taub, bis der derzeitige Präsident Thomas Bach zustimmte.

Das IOC hat sich 49 Jahre später eine Verhaltensmedaille verliehen. Endlich das Richtige, aber sicher kein Gold.

Ron Jontof-Hutter ist Autor der satirischen Romane „Der Posaunenmann: Geschichten einer Frauenfeindlichkeit“ und „Kristallnacht-Kantate: eine mutige Stimme“.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

Biden lässt Buddha-Sprenger der Taliban frei

Mit großem Beifall für den US-Präsidenten Joe Biden lobten die deutschen Medien die erste Entlassung eines Guantanamo-Häftlings seit dessen Amtsantritt. Gleichzeitig enthalten sie ihren in der Regel desinformierten Zuschauern und Lesern aber die wahre Geschichte dieses Häftlings vor: Al-Qaida-Terrorist Abdul Latif Nasir war u.a. 2001 an der barbarischen Sprengung der weltbekannten Buddha-Statuen von Bamiyan beteiligt, und vernichtete damit über tausend Jahre alte Kulturzeugnisse aus der Zeit vor der gewaltsamen Islamisierung Afghanistans. Auch dass der Terrorist öffentlich seine Unterstützung für die Tötung von Juden bekundete, hält die linkslastige deutsche Presse für nicht erwähnenswert (JR).

**Daniel Greenfield
(Frontpage Mag)**

Als die Taliban und ihre Al-Qaida-Verbündeten in Afghanistan zwei riesige Buddha-Statuen in die Luft sprengten, rückte die Dschihadisten-Allianz noch vor den Anschlägen vom 11. September ins Blickfeld der Welt. Die Zerstörung der Statuen wurde von fast allen allgemein verurteilt. Sogar von den US-Democrats. Nun hat Joe Biden beschlossen, einen Al-Qaida-Kommandanten freizulassen, der damals geholfen hat, die Statuen zu sprengen.

Nicht einmal Obama wollte ihn freilassen

Während die Taliban Afghanistan zurückeroberten, signalisiert Bidens Entscheidung, Abdul Latif Nasir freizulassen, Unterstützung für die Dschihadisten und für das nordafrikanische Regime der Muslimbruderschaft (Marokkos Regierungspartei PJD), das eingewilligt hat, Nasir zu beherbergen.

Es gäbe viele Gründe, Abdul Latif Nasir gut verwahrt in Guantanamo eingesperrt zu belassen. Selbst die Obama-Regierung, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, jeden islamistischen Terroristen zu befreien, hatte Probleme, Nasir freizulassen. In Regierungsdokumenten wird der angeklagte Al-Qaida-Terrorist als Sprengstoffausbilder beschrieben, der auch Al-Qaida-Rekruten im „Einsatz der AK-47, raketengetriebenen Granaten, Beka-Maschinengewehren und Mörsern“ ausbildete und in Osama bin Ladens Mall-Six-Lager (Afghanistan) eine „fortgeschrittene Ausbildung in Sprengstoff und Giften“ erhielt.

Nasir gab zu, „der Emir der Al-Qaida-Kämpfer an der Kabuler Front“ zu sein und in Tora Bora 250 Dschihadisten angeführt zu haben. Er ist jung genug, in seinen Fünfigern, um sich in einen weiteren Konflikt zu stürzen, und er verfügt über die Art von Erfahrung, die für Al-Qaida und ISIS von unschätzbarem Wert ist.

Um es den Dschihadisten noch einfacher zu machen, versucht das Biden-Regime nicht einmal, Nasir an einen abgelegenen Ort zu verfrachten, sondern schickt ihn direkt nach Marokko zurück, dessen Regierungspartei „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) zur Muslimbruderschaft gehört.

Gratulation an die Hamas aus Marokko

PJD-Chef Saad-Eddine El Othmani, der von den Medien fälschlich als „moderat“ bezeichnet wird, gratulierte kürzlich der Hamas, einem anderen Zweig der Muslimbruderschaft, zu ihrem „Sieg“ über Israel. Osama bin Laden und andere Al-Qaida-Führer waren Mitglieder der Bruderschaft, und die PJD hat ihre eigenen terroristischen Verbindungen. Die Entsendung

von Abdul Latif Nasir in das Marokko der Moslembruderschaft bedeutet, dem Terrorismus zu helfen.

„Die Vereinigten Staaten loben das Königreich Marokko für seine langjährige Partnerschaft bei der Wahrung der nationalen Sicherheitsinteressen beider Länder. Die Vereinigten Staaten sind auch äußerst dankbar für die Bereitschaft des Königreichs, die laufenden US-Bemühungen zur Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo Bay zu unterstützen.“ Die Regierung von Biden erklärte dies in einem Anerkennungsschreiben und dankte der Muslimbruderschaft dafür, dass sie Biden dabei geholfen hat, islamische Terroristen freizulassen und gleichzeitig die nationale Sicherheit zu gefährden.

In amerikanischer Haft lobte Abdul Latif Nasir die Bombardierung der Ghirba-Synagoge im nahegelegenen Tunesien. Al-Qaida beanspruchte den Angriff für sich und Nasir konnte einen der Angreifer benennen. Er lobte auch einen Bus-Angriff in Ägypten, bei dem islamistische Terroristen Molotow-Cocktails auf Busse voller Touristen warfen, behauptete aber, die Ziele seien Juden gewesen. Marokko hat derzeit die größte jüdische Gemeinde in der Nahost-Region außerhalb Israels. Nachdem Biden behauptet hatte, sich um Antisemitismus zu kümmern, hat er sich nun entschieden, einen antisemitischen Terroristen nach Marokko zu entsenden.

Mit Nasir hängen viele alte und hässliche, unvollendete Angelegenheiten des arabischen Frühlings der Obama-Regierung zusammen. Ihn freizulassen öffnet einige dieser alten Wunden. Sowohl die amerikanischen als auch die marokkanischen Behörden vermuteten, dass Nasir Mitglied der Libyschen Islamischen Kämpfergruppe LIFG gewesen ist. Die Obama-Regierung hatte die Vermittlung eines Friedensabkommens der Muslimbruderschaft mit der LIFG gefeiert, in der diese ihre Loyalität von Al-Qaida zur Bruderschaft änderte.

Die LIFG spielte eine entscheidende Rolle beim islamistischen Sturz Gaddafis, aber die Entscheidung, LIFG-Dschihadisten zu beherbergen, schlug ein, als ein mit der Gruppe verbundener islamischer Terrorist den Bombenanschlag auf die Manchester-Arena verübte, bei dem 23 Menschen getötet und über tausend verletzt wurden. Ein weiteres LIFG-Mitglied, Ahmed Abu Khattala, führte den Angriff auf die amerikanische Botschaft in Bengasi an, der zum Tod von Botschafter Chris Stevens führte. Die Freilassung von Nasir ist das neueste Kapitel in der Unterstützung der LIFG.

All dies bedeutet, dass Abdul Latif Nasir – wenn er sich entscheidet, wieder ins Spiel einzusteigen – viele Möglichkeiten in seinem eigenen Hinterhof und viele Kontakte hat. Er wird nicht der einzige Ex-Guantana-



Abdul Latif Nasir ist nun in sein Heimatland Marokko entlassen worden.

mo-Terrorist sein, wenn sich die von Biden freigelassenen Dschihadisten bereits von Obama entlassenen anschließen.

Al-Qaida-Figuren identifizierten Nasir als „Mitglied des Ausbildungsunterausschusses des Militärausschusses“ und als „Waffenkäufer“. Amerikanische Beurteilungen warnen davor, dass er „wahrscheinlich an zukünftigen Feindseligkeiten teilnehmen oder ausländische Kämpfer unterstützen wird“.

Handelsreisender des Terrors

Nasir war nach Afghanistan gegangen, weil er „kämpfen und als Märtyrer sterben wollte“.

Wie ihre Vorgängerregierung Obama stärkt die Biden-Regierung Terroristen und gefährdet Leben auf der ganzen Welt. Die Beurteilungen und Berichte über Nasir legen nahe, dass er mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Dschihad zurückkehren wird. Er soll bereits in eine Vielzahl von Konflikten von Tschetschenien über Libyen bis Afghanistan verwickelt gewesen haben. Doch die Instabilität, die Obamas Arabischer Frühling in Nordafrika geschaffen hat, wird ihm zu Hause (geboren ist er 1965 in Casablanca, Marokko) viele Optionen bieten.

Nasir hat auch seine Vorliebe für die Tötung von Juden geäußert. Seine Freilassung ist eine weitere Warnung, dass der Biden-Regierung wie ihrer demokratischen Vorgängerin die Bedrohung der Dschihadisten für Juden egal ist.

Wenn Nasir schließlich wieder islamistische Terroristen ausbildet, ist es wahrscheinlich, dass amerikanische

Soldaten seinen Schülern im Kampf gegenüberstehen werden. Trotz Bidens falscher Behauptung, sich aus Afghanistan zurückgezogen zu haben, wurden 600 US-Soldaten zurückgelassen. Ganz zu schweigen von Diplomaten, Helfern und anderen Amerikanern.

Amerikanische Truppen sind auch weiterhin in Nordafrika und im Nahen Osten präsent. Im vergangenen Monat hielten die Vereinigten Staaten in Marokko die jährliche Militärübung „African Lion“ in der Region ab, an der unter anderem Personal der Nationalgarde des US-Bundesstaates Georgia beteiligt war. Die Freilassung von Nasir gefährdet das Leben der amerikanischen Streitkräfte, die an zukünftigen Militärübungen teilnehmen.

In der düsteren Geschichte von Abdul Latif Nasir heißt es in der Beurteilung weiter, dass der Al-Qaida-Terrorist „der Sprengstoffexperte war, der den Taliban bei der Zerstörung der Bamiyan-Buddha-Figuren geholfen hat“. Während also die Taliban Afghanistan zurückeroberten, sendet Bidens Entscheidung, den Terroristen im Zusammenhang mit einer Tat freizulassen, die die Taliban erstmals in der Welt bekannt machte, eine Botschaft der Unterstützung des Terrorismus. Der Dschihad hätte von der Biden-Regierung keinen deutlicheren Daumen nach oben bekommen können.

Daniel Greenfield, Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist investigativer Journalist und Autor mit den Schwerpunkten radikale Linke und islamischen Terrorismus.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

Die Zukunft des europäischen Judentums ist heute wieder mehr als ungewiss

Entgegen allen offiziellen Behauptungen sorgt die vernunftverlassene Kumpanei unserer linken Politik mit dem Islam und die massive Migration islamischer, bereits von Jugend auf zu Judenhass sozialisierter Zuwanderer für jüdische Abwanderung und den sich bereits abzeichnenden Niedergang der jüdischen Gemeinden in den Staaten Westeuropas (JR).

Von Dov Maimon

Bröckelt der Kontinent, in dem der Großteil des Weltjudentums seine Wurzeln hat – und in dem Konzepte wie Liberalismus, Menschenrechte, Nationalismus und sogar Zionismus geboren wurden – unter uns weg?

Diese Frage ist schwer zu beantworten. Auf der einen Seite sind die jüdischen Gemeinschaften in Westeuropa quicklebendig und gedeihen. Paris ist die Welthauptstadt der jüdischen Gastronomie mit mehr als 250 koscheren Restaurants, von denen einige ausgesprochene Spitzenrestaurants sind.

London ist die Heimat der vielleicht einheitlichsten jüdischen Community der Welt. Vor zwei Jahren schlossen sich Satmar-Chassidim mit Reform-Rabbinern zusammen, um den Führer der britischen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, zu bekämpfen und es gelang ihnen, den Antisemitismus für eine gewisse Zeit aus der Öffentlichkeit und dem politischen Kontext zu verbannen.

Tausende von Israelis sind in den letzten Jahren nach Berlin umgezogen. Und im Großen und Ganzen ist das Leben im guten alten europäischen Galut, dem „Exil“, derzeit und aus wirtschaftlicher Sicht noch sehr angenehm.

Die Kinder werden wieder jüdischer als es ihre Eltern waren

Darüber hinaus hat das 21. Jahrhundert eine unerwartete Entwicklung in Westeuropa mit sich gebracht. Eine neue Studie des in London ansässigen Institute for Jewish Policy Research zeigt, dass junge europäische Juden stärker mit der jüdischen Gemeinschaft verbunden sind als ihre Eltern.

Insgesamt sind die Juden dort religiöser eingestellt, als sie es noch vor 20 Jahren waren. Dementsprechend ist auch die Mischehenquote tendenziell rückläufig. Überraschenderweise finden sogar Juden, die sich früher nicht mit dem jüdischen Leben und der jüdischen Gemeinde beschäftigt haben, wieder Anschluss.

Der derzeitige Prozess läuft dem historischen Trend des jüdischen Loslösungsprozesses entgegen, der mit der Emanzipation und der Moderne begann. Er unterscheidet sich auch grundlegend von der Situation auf der anderen Seite des Atlantiks, wie in der Pew-Studie über amerikanische Juden vom Mai 2021 beschrieben wird. In den USA sind die meisten jungen Juden weniger religiös und weniger mit jüdischen Institutionen verbunden als ihre Eltern.

Wenn die europäischen Trends so positiv sind, warum sind wir dann besorgt? Und warum sagen 45 Prozent der jungen europäisch-jüdischen Erwachsenen, dass sie erwägen, den Kontinent zu verlassen, weil sie dort keine Zukunft für ihre Kinder sehen?

Von 90 auf nur noch 9 Prozent

Die Entscheidung zur Auswanderung wird sowohl von Push- als auch von



Orthodoxe Juden im jüdischen Marais-Viertel von Paris

Pull-Faktoren angetrieben. Als Herzl Ende des 19. Jahrhunderts „Der Judenstaat“ veröffentlichte, lebten 90 Prozent der Juden der Welt in Europa. Nach dem Holocaust machte das europäische Judentum 35 Prozent der jüdischen Weltbevölkerung aus. Heute leben nur noch 9 Prozent der Weltjuden – 1,2 Millionen – dort.

Dies ist ein anhaltender Trend. Laut dem Doyen der jüdischen Demographie, Professor Sergio Della Pergola, haben 100.000 französische Juden (20 Prozent der lokalen Gemeinde) Frankreich in den letzten zwei Jahrzehnten verlassen, die Hälfte von ihnen nach Israel, die andere Hälfte in andere Länder.

Die Zukunft des europäischen Judentums ist unklar, weil die Zukunft Europas selbst in Nebel gehüllt ist. Die Gefahr einer Verschlechterung des Zustands des europäischen Judentums liegt nicht an schlecht funktionierenden Gemeinden, sondern vielmehr an globalen Trends, die auch die Juden des Kontinents betreffen.

Drei übergreifende Trends verändern Europa und könnten als Nebeneffekt zum Niedergang der jüdischen Gemeinden führen: wirtschaftlicher und sozialer Verfall, massive Migration aus islamischen Staaten und steigender Antisemitismus.

Was bedeutet das für die Zukunft?

Wir müssen Vorsicht walten lassen beim Versuch, die jüdische Zukunft vorherzusagen. Die jüdische Geschichte birgt viele überraschende Wendungen und wird dies wahrscheinlich auch weiterhin tun. Die Juden sind ein unendlich einflussreiches Volk, Experten im Schmieden neuer Wege des Überlebens.

Sollten die obengenannten Trends jedoch anhalten, ist zu erwarten, dass die jüdische Bevölkerung Europas weiter schrumpfen wird. Eine beträchtliche Anzahl europäischer Juden wird in gastfreundlichere Gefilde auswandern, während andere ihr jüdisches Profil reduzieren und ihr Jüdischsein verbergen werden, um dem Judenhass zu entgehen.

Wir können erwarten, dass diejenigen, die in Europa bleiben, das Modell der südafrikanischen und brasilianischen Gemeinden annehmen und sich zunehmend isolieren. Sie werden sich vermehrt abschotten und in geschützten Enklaven leben, die weitgehend vom Rest der Gesellschaft abgeschirmt sind.

Israel hat natürlich die Möglichkeit, bis zu einem gewissen Grad zu intervenieren. Wie bereits erwähnt, erwägen 45 Prozent der jungen Juden, den Kontinent zu verlassen. Umfragen zeigen, dass 60 Prozent von ihnen Israel als bevorzugtes Ziel sehen, aber sie werden

durch erwartete Schwierigkeiten abgehalten. In den nächsten fünf Jahren 50.000 französische Juden und 50.000 zusätzliche gebildete und einflussreiche westeuropäische Juden nach Israel zu bringen, ist alles andere als ein unerreichbarer Traum. Es wird die Weltgeschichte nicht verändern, aber es wird zu einer besseren jüdischen Zukunft beitragen.

Sollte die israelische Regierung die notwendigen Mittel und Ressourcen bereitstellen, wären die Jewish Agency und andere relevante Organisationen in der Lage, Zehntausende von jungen, gebildeten Jüdinnen und Juden, viele mit beruflichen Qualifikationen, dazu zu bringen, nach Israel einzuwandern, anstatt sich zu assimilieren oder nach Nordamerika umzusiedeln.

Dafür sind zwei Dinge erforderlich: eine Regierung, der das Weltjudentum am Herzen liegt, und der politische Wille zu handeln.

Dov Maimon ist ein Senior Fellow beim Jewish People Policy Institute (JPPI). Er leitet die Aktivitäten des Instituts in Europa und war der Urheber des Aktionsplans der israelischen Regierung von 2015, um die sich entwickelnde Massenmigration französischer Juden nach Israel zu bringen. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Jobverlust in den USA: Der dubiose Versuch Antisemitismus mit der Ablehnung und der Angst vor dem Islam gleichzusetzen

Selbst linke Mitarbeiter und Inklusionsvertreter laufen Gefahr ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wenn sie nicht Antisemitismus mit der erfahrungstragenen Angst vor dem Islam gleichsetzen. So geschehen beim weltgrößten Verband von Kinderbuchautoren in den USA, der eine schwarze jüdische Mitarbeiterin gefeuert hat, weil diese im Internet eine Stellungnahme gegen Antisemitismus veröffentlicht hatte, ohne gleichzeitig vor Islamophobie zu warnen (JR).

Von Stefan Frank

Erst als es Beschwerden gab, änderte die Verbandsspitze ihre Meinung und feuerte die Autorin. Zudem entschuldigte sich der Verband bei seinen „muslimischen und palästinensischen Mitgliedern“ dafür, ihnen „Schmerz“ zugefügt zu haben und gelobte, so etwas werde in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Bei dem Fall, über den zuerst das jüdisch-amerikanische Wochenmagazin „Algemeiner“ berichtet hat, geht es um die „Society of Children’s Book Writers and Illustrators“ (SCBWI), der rund 22.000 Kinderbuchautoren, -zeichner, -übersetzer und sonstige Zuträger des Kinderbuchverlagswesens angehören. Die SCBWI unterstützt ihre Mitglieder beim Knüpfen von geschäftlichen Kontakten und versteht sich als deren Lobby in der Politik, etwa bei Themen des Urheberrechts.

Stein des Anstoßes war eine Erklärung gegen Judenhass, verfasst von April Powers, der Fairness- und Inklusionsbeauftragten des SCBWI. Veröffentlicht wurde sie auf der offiziellen Facebookseite des Verbands, wo sie auch immer noch zu finden ist.

„Intoleranz und Engstirnigkeit nehmen kein Ende“

Von manchen Erklärungen gegen Antisemitismus, die im deutschsprachigen Raum von öffentlichen Stellen gelegentlich veröffentlicht werden – oft aus Anlass von Gedenktagen wie dem 9. November – unterscheidet sich der Text dadurch, dass die Verfasserin, indem sie eigene Gedanken über „Hass“ und „Engstirnigkeit“ formuliert, zeigt, dass ihr das Thema offenbar wirklich wichtig ist.

Auf den Staat Israel oder kontroverse Themen wie den arabisch-israelischen Konflikt nahm Powers nicht Bezug, griff auch niemanden persönlich an. Der vollständige Text lautet in deutscher Übersetzung:

„Die SCBWI erkennt unzweideutig an, dass die 14,7 Millionen Juden der Welt (weniger als 0,018 Prozent der Bevölkerung) das Recht haben auf Leben, Sicherheit und Freiheit sowie darauf, nicht zu Sündenböcken gemacht zu werden oder Angst haben zu müssen. Keine Person sollte bedroht werden wegen ihrer Herkunft, Religion, Behinderung oder der Frage, wen sie liebt.“

In den letzten Jahren ist der Antisemitismus weltweit auf dem Vormarsch und hat allein in den letzten Wochen zu einer 75-prozentigen Zunahme von Hassrede und willkürlicher Gewalt gegen Juden geführt. Da Antisemitismus eine der ältesten Formen des Hasses ist, hat er einen eigenen Namen. Er dient vielen Formen von Rassismus und Gewalt als Vorbild. Intoleranz und Engstirnigkeit nehmen kein Ende, wenn eine Gruppe ganz und gar terrorisiert wird. Sie werden in diesem Boden gedüngt.

Als Autoren, Illustratoren und Übersetzer von Kinderliteratur sind wir dafür verantwortlich, in unserer Arbeit Gerechtigkeit zu fördern und Menschen zu humanisieren – alle Kinder und alle Familien. Schweigen wird oft mit Akzeptanz verwechselt und führt zu mehr Hass und Gewalt gegen verschiedene Arten von Menschen.

Es macht uns traurig, dass wir in diesem Jahr zum vierten Mal gezwungen sind, Sie einzuladen, mit uns zusammen nicht wegzuschauen und uns gegen alle Formen von Hass, einschließlich Antisemitismus, auszusprechen. #StopAntisemitism“

SCBWI scheint alle „Palästinenser“ und Muslime für Antisemiten zu halten

In der Erklärung findet sich nichts, was zu Streit führen könnte – sollte man meinen. Doch die SCBWI-Vorsitzende Lin Oliver – eine Kinderbuchautorin, Film- und Fernsehproduzentin und Mitgründerin des Verbands – veröffentlichte zwischenzeitlich auf der Website des SCBWI eine offizielle Entschuldigung („Unsere Entschuldigung“), in der sich der SCBWI von der ursprünglichen Erklärung und deren Verfasserin distanziert und sich dafür entschuldigt, Antisemitismus verurteilt zu haben.

Diese Entschuldigung wiederum verschwand nach einigen Tagen spurlos von der Website des Verbands. Warum, darüber kann man nur spekulieren, da der Verband Fragen von „Mena-Watch“ nicht beantwortet hat.

In dem nun offenbar gelöschten Text hatte es geheißen, der SCBWI entschuldige sich bei „palästinensischen und muslimischen Mitgliedern“. Wofür? Dafür, gegen Antisemitismus gewesen zu sein? Dies müsste für diese ein Affront sein, würde das doch heißen, dass der SCBWI glaubt, sie seien alle Antisemiten. Denn warum sonst sollten sie sich durch eine Erklärung gegen Antisemitismus so beleidigt fühlen, dass es einer offiziellen Entschuldigung bedarf?

Es gibt aber noch eine andere Erklärung, eine, die geradezu humoristisch ist, wenn man sie formuliert wie der „Newsweek“-Redakteur, der den Fall so schildert:

„Eine schwarze jüdische Inklusionsbeauftragte beim weltgrößten Kinderbuchautorenverband ist zurückgetreten, nachdem sie in einem Post über Antisemitismus Islamophobie nicht erwähnt hatte.“

Nicht Islamophobie erwähnt. Daher also weht der Wind: Opferneid. In dem Entschuldigungstext schrieb Lin Oliver:

„Im Namen der SCBWI möchte ich mich bei jedem in der palästinensischen Community entschuldigen, der sich [durch die Erklärung; S.F.] nicht repräsentiert, zum Schweigen gebracht oder marginalisiert fühlte. Die SCBWI erkennt den Schmerz an, den unsere Taten bei den



Schwarz, jüdisch, Inklusionsbeauftragte: April Powers

muslimischen und palästinensischen Mitgliedern verursacht haben und hofft, dass wir diesen von diesem Moment an heilen können.“

Hamas besser als USA?

Oliver entschuldigt sich zudem bei einer Frau namens Razan Abdin-Adnani – offenbar ein Verbandsmitglied – dafür, dass sie vom Twitter-Account der SCBWI blockiert worden sei und sich dadurch „ungesehen und ungehört“ gefühlt habe.

Abdin-Adnani, das muss man wissen, hat es in einem Tweet vom 10. Juni als „zutiefst beleidigend“ bezeichnet, die Hamas mit den USA und Israel zu ver-

gleichen – das nämlich sei eine Beleidigung der Hamas.

„Die beiden Letztgenannten sind imperialistische Kriegsmaschinen“, schrieb sie. Die Hamas hingegen werde nur deshalb als „terroristisch“ bezeichnet, um „den Krieg gegen unsere Region zu rechtfertigen (siehe Orientalismus + Islamophobie)“. Die Palästinenser hätten „jedes Recht, Widerstand gegen Besatzung zu leisten“, schrieb sie im Hinblick auf die islamistischen Judenschlächter.

Lin Oliver kündigte in ihrer Entschuldigung vier Schritte an, mit denen sie all diejenigen, die sich durch eine Erklärung gegen Antisemitismus beleidigt

(beziehungsweise nicht repräsentiert, zum Schweigen gebracht, marginalisiert) fühlen, milde stimmen will. Der erste ist, dass die Autorin der Erklärung gefeuert wurde:

„Mit sofortiger Wirkung haben wir den Rücktritt von April, unserer Fairness- und Inklusionsbeauftragten, akzeptiert.“

Zweitens werde es für muslimische Verbandsmitglieder zusätzliche Sitze im Vorstand sowie im Fairness- und Inklusionskomitee geben. Drittens werde das Fairness- und Inklusionskomitee „neue Richtlinien“ erarbeiten, damit „unterrepräsentierte Mitglieder“ sich in Zukunft nicht mehr „zum Schweigen gebracht oder unsicher“ fühlen. Gedacht ist dabei offenbar an Mitglieder wie die oben genannte Hamas-Unterstützerin.

Weil das alles für manche womöglich noch zu wenig sein könnte, werden alle Wütenden, Aufgebrachtsten und Empörten gebeten, weitere Vorschläge zu machen, „welche zusätzlichen Handlungen wir unternehmen können“. Demütiger kann man sich vor Antisemiten nicht verbeugen.

Wie ein Schauprozess

Noch schockierender ist der nächste Abschnitt der „Entschuldigung“, in

dem April Powers, die gefeuerte Mitarbeiterin und Autorin der Erklärung, ihre Schuld bekennt, Buße tut und um Vergebung fleht:

„Mit der Veröffentlichung einer Erklärung zu Antisemitismus wollten wir uns aus der Politik heraushalten. Ich habe sowohl antipalästinensische als auch antiisraelische Beiträge [in den sozialen Medien; S.F.] gelöscht, was im Nachhinein betrachtet nicht richtig war. Ich habe es versäumt, den Anstieg der Islamophobie anzusprechen und bedauere diese Unterlassung zutiefst.“

Als jemand, der vehement gegen Islamophobie und Hassrede jeglicher Art ist, verstehe ich, dass guter Wille ohne Taten folgenlos ist, und es tut mir so leid. Auch wenn dies nicht den Schmerz und die Enttäuschung behebt, die Sie durch mein falsches Handeln in diesem Moment empfinden, hoffe ich, dass Sie meine aufrichtige Entschuldigung und meinen Rücktritt vom SCBWI akzeptieren.

Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, denn die Kinder der Welt brauchen Ihre Geschichten. Alle von ihnen. – April“

Dass der Kinderbuchverband dieses bizarre Geständnis einer Mitarbeiterin veröffentlicht, deren Fehltritt darin besteht, Antisemitismus verurteilt zu

haben, erinnert daran, wie in stalinistischen Staaten Personen behandelt werden, die beim Regime in Ungnade gefallen sind.

Auch sie haben öffentlich Reue zu zeigen und ihre Peiniger zu loben, was dann vom Regime als Beweis dafür präsentiert wird, dass dessen Kritiker alle unrecht hätten – so, wie kürzlich der von Weißrusslands Diktator Aljaksandr Lukaschenka aus einem gekaperten Flugzeug entführte Regimegegner Roman Protassewitsch, der im weißrussischen Staatsfernsehen sagen musste, dass es ein Fehler gewesen sei, Lukaschenka zu kritisieren und dass er „eingesehen“ habe, dass diejenigen, die dem Diktator Vorwürfe machten, dies nur täten, um Lukaschenka „unter Druck zu setzen“. Dieser aber habe „Eier aus Stahl“.

Antisemitismus extrem dominant geworden

Der Fall des SCBWI – der für eine Anfrage von „Mena-Watch“ nicht zu erreichen war – zeigt, was der eigentliche Nutzen von Erklärungen gegen Antisemitismus ist: Zwar haben sie wahrscheinlich noch nie dazu beigetragen, den Antisemitismus zu verringern, aber sie sind ein wertvolles Mess-beziehungsweise Warninstrument, ähnlich einem Kohlenmonoxid-Melder.

Daran, welche Reaktionen eine solche Erklärung nach sich zieht, kann man erkennen, ob es in einem bestimmten sozialen Raum – in diesem Fall der Verband der Kinderbuchautoren – überhaupt noch möglich ist, Antisemitismus zu verurteilen, oder ob die Ideologie des Antisemitismus so dominant geworden ist, dass Gegnerschaft zu dieser nicht mehr gesellschaftlich akzeptiert ist und Sanktionen nach sich zieht.

Der Fall lehrt also auch: Selbst die Freiheit, Antisemitismus zu verurteilen zu dürfen, sollte man nicht für selbstverständlich halten.

Eine besondere Pointe der Geschichte ist, dass Lin Oliver, die April Powers gefeuert hat, um die Antisemiten zu beschwichtigen, noch am 12. Juni die von Powers verfasste Erklärung gegen Antisemitismus auf Twitter verbreitet hatte, mit den Worten: „Die SCBWI steht gegen Hass und das tue ich auch.“ Zwei Wochen später kommentierte ein Nutzer treffend, dass dies nur so lange gelte, bis jemand sich beschwert. „Dann wird die Erklärung verurteilt und die Verantwortliche gefeuert.“

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Wie Genderforschung und Antisemitismus sich die Hand reichen

Zahlreiche der hochsubventionierten und inzwischen boomenden Genderforschungsinstitute in den USA haben zur Solidarität mit dem erfundenen arabischen Konstrukt „Palästina“ aufgerufen. Dabei berücksichtigen die Genderisten weder historische Zusammenhänge noch die Frage, wer auch in dem jüngsten Gaza-Konflikte wieder der Angreifer war. Paradoxiertweise interessiert die vermeintlichen Wissenschaftler auch die fehlende Gendergerechtigkeit unter dem frauenverachtenden Hamas-Regime nicht im Geringsten (JR).

Von Prof. Dr. Walter Krämer

In den USA haben 149 Departments auf Gender Studies, Departments of Women, Gender and Sexuality Studies oder Departments of Feminist and Gender Studies an 149 Colleges und Universitäten zur Solidarität mit „palästinensischen“ Antisemiten aufgerufen. Außer Stanford waren keine Spitzenplätze dabei, weder aus Harvard, Yale oder Princeton waren dergleichen Verirrungen zu vernehmen, aber die reine Menge beeindruckt auch so. Ebenfalls beteiligt war das Center for Race and Gender an der Universität Berkeley, das Center for the Study of Gender and Sexuality an der New York University oder das Center for the Study of Women an der University of California, Los Angeles, neben verschiedenen ähnlichen Instituten in England, Island, Norwegen, Australien oder Argentinien. Nach Deutschland ist die Kunde bislang noch nicht vorgedrungen, aber die Griffel sind gespitzt (denn irgendwas zu unterstützen gibt es immer irgendwo). Hier begnügt die Genderlobby sich zur Zeit noch damit, die 6 Millionen ermordeten Juden des Zweiten Weltkriegs nach ihrem Tod für Ideologenzwecke (die Juden- und Jüdinnenvernichtung der Nazis) nochmals geistig zu misshandeln.

Man kann dieses breite Aufwallen von Empathie und Helfenwollen in der internationalen Gendergemeinde natürlich als ein weiteres Zeichen sehen, dass in Palästina und in den arabischen Ländern drumherum die Gleichberechtigung der Frauen weltweit am weitesten fortgeschritten ist. Das ist ja schließlich allgemein bekannt. Und dieser Fortschritt soll jetzt von den Juden ausgehebelt werden.



Man könnte aber auch mal anfangen, darüber nachzudenken, ob nicht eine intensive Beschäftigung mit Genderfragen zu viel Energie von anderen Bereichen des Gehirns abzieht und zu systematischen Fehleinschätzungen von wahren Verhältnissen und Fakten führt. Denn der Empfänger dieser Solidaritätsadresse ist niemand anders als das „Palestinian Feminist Collective“, eine wohlweislich in den USA beheimatete Frauenlobby (in verschiedenen arabischen Ländern wären ihre Vertreterinnen vielleicht längst gesteinigt worden), die als eines ihrer Ziele die Vertreibung der Juden aus großen Teilen Israels auf ihren Fahnen führt.

Hier ist der ins Deutsche übersetzte

Text dieser Ergebnissadresse:

„Wir stehen vereint in Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Wir antworten auf und verstärken den Aufruf des Palestinian Feminist Collective an Feministen und Feministinnen weltweit, zu protestieren, sich zu organisieren und in den Kampf für die Befreiung Palästinas einzutreten. Wir verurteilen die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser aus ihren Heimstätten in Sheikh Jarrah, den Überfall auf die al-Aqsa-Moschee und das Flächenbombardement des Gazastreifens, einen der am dichtesten besiedelten Landstriche der ganzen Welt, sowie die de-facto-Annexion von Ost-Jerusalem, ein nach internationalem Recht illegal besetztes Territorium. Israelische Siedler,

unterstützt von Polizei und Militär, besetzen unsere Straßen, dringen in unsere Häuser ein und terrorisieren Palästinenser. Diese rechte, ethnonationalistische Gewalt geht einher mit Rufen wie ‚Tod allen Arabern‘. Mit Gewalt und unter Ausnutzung von Bürokratie und Rechtssystem vertreibt Israel die Palästinenser aus ihren rechtmäßigen Heimstätten und aus ihrem Land...“ usw. ...

Vermutlich aus Platzmangel wurde vergessen, darauf hinzuweisen, dass die Bombardierung des Gazastreifens eine Antwort auf Bombenüberfälle der Hamas war und ist, dass die aus dem Jerusalemer Vorort Sheikh Jarrah „vertriebenen“ „Palästinenser“ sich großteils auf 1948 von Jordanien illegal enteigneten jüdischen Grundstücken niedergelassen hatten (bei einigen waren auch die Pachtverträge ausgelaufen), oder dass der „Überfall“ („raid“) auf die al-Aqsa-Moschee ein eher routinemäßiger Polizeieinsatz gegen dort randalierende Jugendliche gewesen war, um nur einige der Mythen aufzuzählen, die in dieser Verlautbarung Platz gefunden haben. Und wenn man einer Zufallsstichprobe der Menschheit einen Fragebogen vorlegt: „Haben Sie diesen Appell schon einmal gehört und wenn ja, ergänzen Sie: ‚Tod allen...‘“ – wer kommt da wohl am häufigsten vor? Die Araber ganz sicher nicht.

Aber in dem großen Kampf um eine bessere und geschlechtergerechte Welt kann auf solche Feinheiten keine Rücksicht genommen werden, da müssen Genderideologen und -ideologinnen aller Farben fest zusammenstehen. Oder wie der große Frauenversther Willy Brandt einmal so treffend formulierte: Es muss zusammenwachsen, was zusammengehört.

◀ Fortsetzung von Seite 2

sie verdeckt durch Corona und andere Katastrophen nicht nur nicht zu lösen versucht, sondern durch ihre wie eh und je verfehlte Politik sogar noch zu verschärfen beabsichtigt.

Und es ist nicht wenig, was sie uns nach ihrer Wahl, falls wir – was als sicher vorausgesetzt werden kann – weiter vor allem den grünen Rattenfängern folgen, an Systemchange in fast allen uns liebge gewordenen und Jahrzehnte lang erfolgreichen bewährten Bereichen gerichteten Kurs zumuten werden. Haben schon die 16 Jahre der Kanzlerschaft Merkel unserer bislang immer noch freiheitlich-demokratischen, wenn auch nicht mehr sicheren Republik großen Schaden gesetzt, so werden uns die der anstehenden Wahl folgenden Jahre bei der zu erwartenden Wahlkonstellation nahezu unabwendbar einen Übergang vom Regen in die Traufe bescheren.

Die Leistungsträger verlassen das Land

Es ist vor allem die Gruppe der Leistungsträger und der gut ausgebildeten bürgerlichen Mitte, die das immer deutlicher erkennt. Seit neuerer Zeit verlassen genau diese Menschen neben den bereits seit längerem durch bewusst und rücksichtslos importierten Judenhass faktisch aus der Bundesrepublik getriebenen Juden zunehmend das Land und der Trend wird für beide Gruppen noch deutlich zunehmen.

Es ist nämlich keinem gesetztreuen Bürger gleich welcher Herkunft zuzumuten in einer Umgebung wachsender Gewaltkriminalität leben zu müssen, sowie durch nichts und durch kein noch so links- und grün-ideologisiertes politisches Anliegen zu rechtfertigen, wie sehr zwischenzeitlich das grundlegende und für jeden funktionierenden Staat unverletzliche Sicherheitsanliegen seiner Bevölkerung vernachlässigt wird.

In nur etwas mehr als einer Dekade ist, um nur ein Beispiel zu nennen, in unseren Städten die vor allem von migrantischen Tätern und hier bevorzugt von Muslimen verübte Anzahl von häufig tödlichen Messerangriffen auf fast alle und jeden explosionsartig angestiegen.

Von unserer Politik werden diese Straftaten gegen besseres Wissen Einzelfallkleinreden und von ihren nachgeschalteten Gesinnungs-Medien vorsätzlich vollständig ausgeblendet und mit der Ausgewogenheit vortäuschenden Bezeichnung „Messerstecherei“ sowie nahezu stets ohne Nennung des ethnischen und kulturellen Hintergrundes der Täter relativiert. Dabei werden allein in Berlin bis zu dreitausend derartiger Messerangriffe im Jahr verübt – das heißt, jeden Tag durchschnittlich sieben bis acht. Dazu kommen massiver migrantischer Drogenhandel, Terroranschläge, Clankriminalität, Ehrenmorde, Vergewaltigungen u.v.a.m.

Ursächlich, und auch wieder durch unsere Politik und ihre Medien bewusst ausgeblendet, sind in vielen derartiger Fälle die Integrationsunfähigkeit und mehr noch die Integrationsunwilligkeit nicht weniger Muslime verbunden mit einem durch keinerlei Substanz getragenen Superioritätsanspruch vor allem muslimischer Täter sowie einer an den Tag gelegten Geringschätzung aller Andersgläubigen und bevorzugt auch gegenüber den Frauen der Gastländer.

Dazu kommt häufig eine massive Rechtsverachtung und eine verächtliche und Tat-ermutigende Verständnislosigkeit für die geringe Höhe und den noch geringeren Durchsetzungswillen unserer vor allem in den Augen der Täter geradezu lächerlichen Strafen selbst für schwerste Verbrechen.

Für die wachsende Abwanderung des jüdischen Bevölkerungsteil ursächlich ist



Niemand brauchte ihn, er kam dennoch: Merkelianer Laschet beim Wahlkampf im Überschwemmungsgebiet in Westdeutschland.

neben dem dem tradierten Antisemitismus christlicher Provenienz vor allem der erheblich angestiegene gewalttätige muslimo-migrantische Judenhass.

An der sich zusehends beschleunigenden Abwanderung der Juden nichts ändern wird auch die durchaus positiv zu wertende Ernennung der bis auf die Römerzeit zurückgehende jüdische Präsenz in sich tragenden SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz als UNO- Weltkulturerbe, die das Vorhandensein eines großartigen, über 1700 Jahre alten jüdischen Kulturerbes auf deutschem Boden bestätigt.

Nur allzu erkennbar ist außerdem, dass Deutschland in nur ca. 80 Jahre zurückliegender Vergangenheit brutal und bestialisch vergessen hat, dass es das Judentum ist, das viel länger zu Deutschland gehört als Deutschland als Staat überhaupt existiert. Das Zuwarten auf die noch stärkere, besonders von unserer linken und grünen Politik durchaus gewollten Entfaltung des mit jedem Tag ungebremst weiter importierten gewalttätigen, vor allem islamischen Judenhasses und die Zunahme Islam-dominierten No-Go-Areas für Juden in unseren Städten, werden die hiesigen Juden weder sich selbst noch besonders ihren Kindern antun.

Jewish Life does matter, too!

Während ich aus gutem Grunde diese Zeilen niederschreibe, und sie der immer weiter links und grün daher kommenden deutschen Politik widme, beweisen weitere Ergebnisse in der Welt, wie wenig Deutschland den großen jüdischen Beitrag in nahezu allen Bereichen dieses Staates und seiner geschichtlichen Entwicklung schätzt.

Ein gutes Beispiel dafür sind die soeben beendeten Olympischen Spiele von Tokyo, die auch zu meinem Bedauern als Jude dieses Landes leider mit einem eher mäßigen Medaillenergebnis für das deutsche Team endeten.

Was mich aber besonders besorgt, ist der beschämende Umstand, dass ganze 49 Jahre seit München vergehen mussten, bis nicht etwa durch Deutschland, sondern ausgerechnet bei der Ausrichtung der Spiele durch den früheren Nazi-Verbündeten Japan erstmals eine Schweigeminute für die während der Sommerolympiade in München im Sep-

tember 1972 bestialisch ermordeten israelischen Olympioniken eingelegt wurde.

Wie gesagt, war dies – befremdlich genug – keine Initiative Deutschlands, auf dessen Boden schließlich die feigen arabischen Terrormorde verübt wurden. Aber ein etwas größeres Echo hätte dieses Gedanken besonders den deutschen Medien gut zu Gesicht gestanden. Ist den deutschen Medien bei ihren nahezu täglichen Lobpreisungen der antisemitischen Greta-Klimasekte ganz sicherlich wieder einmal, wie schon so oft auch bei israelischen Raketenopfern des Mordterrors aus Gaza, entgangen: Jewish Life does matter, too!

Auch in der Außenpolitik bleibt unser unsägliches politisches Linksbündnis eben seinem fatalen Anbiederungstreiben an arabischen Terror und sich selbst treu. Ganz wie seine übrigen westeuropäischen EU-Staaten und nun, nach dem Weggang Donald Trumps, auch wieder die USA.

Seit Tagen gibt es wieder gänzlich unprovokierte Angriffe auf die jüdische Zivilbevölkerung aus Gaza, und diesmal sogar aus dem Libanon.

Die öffentlich-rechtliche „Tagesschau“ berichtetet wie immer in Täter-Opfer-Umkehr von dem Beschuss Libanons durch Israel, und erst später fiel ihr ein, dass ja Libanon zuvor Israel beschossen hatte. Die deutsche Politik schweigt lautlos dazu und möchte die wunderbaren Beziehungen zu dem neuen Terror-Präsidenten und Juden-Hasser aus dem Mord-Mullah-Paradies Iran nicht stören. Jedenfalls nicht, bevor sie die Mullahs mit Hilfe des neuen so wundervoll zu der EU passenden US-Präsidenten Biden mit den für die gewünschte Vernichtung Israels erforderlichen Atombomben ausgestattet haben.

Die sich ohne Wahllegitimation der Völker immer mehr als supranationaler Bundesstaat gerierende ehemalige europäische Wirtschaftsunion hat statt Solidarität mit dem sich im Widerstand befindlichen iranischen Volk sogar einen Emissär für die große Inaugurationspartie des neuen Mullah-Präsidenten entsandt. Ob die Bau-Kräne der Stadt mit gehängten Homosexuellen geschmückt waren oder eigens einige öffentliche Steinigungen untreuer Frauen zu Ehren der angereisten Gäste durchgeführt wurden, wurde nicht bekannt.

In dem jüdischen Kernland Israels, in Judäa und Samaria, werden Siedler von Arabern mit der erst vor wenigen Jahrzehnten erfundenen „palästinensischen“ Identität bestialisch ermordet.

Die deutsche Politik und deutschen Medien schweigen oder plädieren in zahlreichen Talkrunden gemeinsam mit ihren islamischen Nahostspezialisten für ein jüdenreines Palästina, während sie Israel einen Apartheidsstaat nennen, obwohl dessen fast zwei Millionen Menschen zählender islamischer Populationsanteil nahezu die einzigen nicht unterdrückten Muslime in der islamischen Welt stellt und eine Beteiligung an der israelischen Regierung innehat.

„Juden ab nach Palästina!“

Das sollte niemanden wirklich verwundern: Früher, in finsterner Zeit, konnten die Nazis und alle anderen redlichen rechten Antisemiten gar nicht genug „Juden ab nach Palästina“ schreien. Heute können unsere redlichen linken und grünen Antisemiten nicht genug davon kriegen, zusammen mit ihren arabischen, auch schon seinerzeit mit Hitlers Nazis befreundeten islamischen Freunden „Juden raus aus Palästina“ zu verlangen.

Offenbar hat sich nur die Richtung geändert, nicht aber die Gesinnung. Mit der zu erwartenden Fortsetzung und nach den Wahlen zu erwartenden Verschärfung des bereits eingeschlagenen, offenbar von allen guten Geistern verlassenen politischen Kurses unserer links-grünen Politik werden Deutschland und Teile Westeuropas – diese Prognose sei schon mal an dieser Stelle gewagt – zumindest für ihre Juden – aber wohl nicht nur – so unbewohnbar wie der Mond werden.

Israel und das jüdische Volk werden auch und trotz der neuen Regierung, und trotz Corona in Wohlstand und Sicherheit gedeihen und sich wachsender Anerkennung als einzige Demokratie in der gesamten Region erfreuen.

Unseren Lesern, dem Staat Israel und dem gesamten jüdischen Volk wünschen wir in diesen Zeiten von Corona alles erdenklich Beste. Stay all safe and healthy!

Am Israel Chai!

Dr. Rafael Korenzecher

Israel weiht Monument für Südlibanesische Armee ein

Mehr als 20 Jahre nach dem israelischen Abzug aus dem Südlibanon gibt es nun ein Denkmal für die Kämpfer der damaligen Südlibanesischen Armee. Die israelische Regierung hat das Monument errichtet, um ihrer von der islamischen Übermacht zur Flucht gezwungenen libanesisch-christlichen Verbündeten und deren Gefallener zu gedenken (JR).

(Israelnetz) Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz (Blau-Weiß) hat kürzlich ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen der Südlibanesischen Armee (SLA) eingeweiht. Die Miliz kämpfte während der Besatzung des Südlibanon bis zum Jahr 2000 an der Seite der Israelis gegen „palästinensischen“ Terror. Auf dem Denkmal ist in Hebräisch und Arabisch zu lesen: „Wir werden der Soldaten der Südlibanesischen Armee gedenken, die gefallen sind, während sie die Städte des Südlibanon und Nordisraels verteidigten.“

Bei der Einweihungsfeier in der nordisraelischen Stadt Metula waren auch Armeechef Aviv Kochavi und der Bürgermeister des Ortes, David Asulai, sowie die Familien einiger der Kämpfer zugegen. Kochavi sagte: „Ich habe Ihren Einsatz und Mut aus der Nähe gesehen. Unsere Sprachen waren verschieden, aber wir hatten die gleichen Werte. Wir hatten verschiedene Religionen, aber eine Mission.“ Kochavi war in den 1980er Jahren im Südlibanon stationiert. Er ergänzte: „Dieses Denkmal zeigt, welchen Platz die SLA in diesem Land hat. Von nun an wird jeder wissen, wer Sie sind und was Sie taten.“

Alte Alliierte

Die SLA wurde 1979 im libanesischen Bürgerkrieg mithilfe der israelischen Armee gegründet, die im Jahr zuvor in den Südlibanon einmarschiert war. Ihr gehörten hauptsächlich libanesisch-chris-

ten an. Ihr Vorläufer kämpfte bereits gegen die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO). Ab den 1980er Jahren ging die SLA auch gegen die Hisbollah vor. Israel unterstützte die Miliz nach dem Teilabzug 1985 mit Ausrüstung.

Mit dem endgültigen Abzug der Israelis im Jahr 2000 brach auch die SLA zusammen. Viele Mitglieder flohen nach Israel und erhielten dort die Staatsbürgerschaft. Heute leben rund 2.700 frühere Kämpfer dauerhaft in Israel, vor allem in Ma'alot Tarschicha, Kiriat Schmona und Naharia. Im Jahr 2006 bewilligte ihnen die Knesset finanzielle Unterstützung – rund 10.000 Euro pro Familie. Gantz unterstrich bei der Zeremonie jedoch, dass weitere Zuwendungen erforderlich seien – vor allem mit Blick auf Wohnungsbau.

Kochavi und Gantz überreichten einigen früheren Kommandeuren der SLA auch eine neue Gedenkmedaille. Bei der Veranstaltung wurde laut der Zeitung „Jerusalem Post“ auch eine arabische Version des „Jiskor“-Gebetes zum Gedenken an Verstorbene gesungen, ebenso wie eine arabische Version des „Liedes der Kameradschaft“ (Schir HaRe'ut) von Jehoram Gaon.



Israels Verteidigungsminister Benny Gantz bei der Einweihung des SLA-Denkmal

Rumänisches Parlament gedenkt des antijüdischen Pogroms von Iași

Nach 80 Jahren würdigt Rumänien die Opfer eines rumänischen Massakers gegen Juden erstmals mit einer Parlamentssitzung. Ebenso wie Rumänien suchen besonders osteuropäische Länder – im Gegensatz zu den westeuropäischen Mitgliedern der EU – verstärkt die Nähe des jüdischen Staates Israels (JR).

(Israelnetz) Erstmals hat das rumänische Parlament offiziell des Pogroms von Iași gedacht. Dieses forderte vor 80 Jahren mehr als 13.000 Todesopfer. In der Sondersitzung der beiden Kammern sprach am Mittwoch auch der israelische Botschafter in Bukarest, David Saranga.

Der Diplomat bekundete Wertschätzung für rumänische Bemühungen, Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen und die Erinnerung an den Holocaust zu fördern. In diesem Zusammenhang lobte er Pläne, ein Nationales Museum für jüdische Geschichte und Holocaust einzurichten. Das Vorhaben wird mit staatlichen Geldern gefördert.

„Rumänien ist ein guter Freund des Staates Israel“, sagte Saranga in seiner Ansprache laut der rumänischen Nachrichtenseite „Agerpres“. „Deshalb können wir die Geschichte, die uns verbindet, nicht leugnen, wenn wir diese schon starke Freundschaft weiter fördern wollen. Wir müssen sie ehrlich annehmen und Lehren daraus ziehen. Möge die Erinnerung an die Opfer zum Segen sein.“

Gleichzeitig würdigte der Botschafter Überlebende des Massakers: „Viele von ihnen kamen nach Israel und

leisteten einen Beitrag zur Gründung unseres modernen Staates. Die Schaffung des Staates Israel ist die Antwort an diejenigen, die versucht haben, unser Volk und unsere Erinnerung auszulöschen.“

Lobend hob Saranga mit Blick auf die rumänische Politik auch hervor, dass das Amt eines Beauftragten für den Kampf gegen Antisemitismus und Fremdenhass eingeführt wurde. Derzeit hat Alexandru Muraru den Posten inne. Er sagte in der Sitzung: „Durch das Gedenken an dieses Massaker, das schlimmste in der modernen rumänischen Geschichte, legt das Parlament das Fundament für eine auf Wahrheit gegründete Versöhnung.“

Auszeichnung für drei Überlebende

Staatspräsident Klaus Johannis ehrte im Zusammenhang mit dem Jahrestag drei Überlebende des Pogroms: Cernea Musi-Mihail, Evron Jehuda und Moshe Yassur. Er hob ihre hohen Moralvorstellungen ebenso hervor wie die Bemühungen, die Erinnerung an die Opfer des Holocaust wachzuhalten. Dieser sei „eine Tragödie, die die Menschheit nie wieder erleben

sollte“, hieß es aus dem Präsidialamt. Johannis verlieh den drei Juden den Nationalen Orden des treuen Dienstes, im Rang eines Ritters.

In der Parlamentssitzung sagte er: „Das Iași-Pogrom ist nicht nur die Tragödie der Juden von Iași, nach der Tragödie der Juden, die früher in jenem Jahr während der Rebellion der Legionäre getötet wurden. Es ist auch das Drama und die Verantwortung, mit denen unsere Nation seitdem konfrontiert war.“ Wenn die staatlichen Einrichtungen ihre Pflichten gegenüber den Bürgern nicht mehr erfüllten und sie gar diskriminierten, verfolgten und schonungslos töteten, beginne die Herrschaft des absoluten Bösen und der Willkür.

Verantwortung für Vergangenheit übernehmen

Premierminister Florin Cițu (Nationalliberale Partei) betonte, dass Rumänien sich seiner Verantwortung stelle: „Heute gedenken wir dessen, was die Menschheit die dunkelste Zeit ihrer Existenz nannte. Gleichzeitig müssen wir als Nation offen Verantwortung dafür übernehmen, dass unsere Vergangenheit nicht immer

ruhmreich war.“

Wie in so vielen anderen europäischen Ländern in Europa hätten auch in Rumänien die Entscheidungen derjenigen, die damals die politische und militärische Macht innehatten, den Staat verwandelt. Sie hätten ihn zu einer Maschinerie von Barbarei, unvorstellbarer Verfolgung und physischer Auslöschung von Volksgruppen wie Juden oder Roma gemacht, ergänzte der Regierungschef. „Die Erinnerung an die jüdische Gemeinschaft und die Opfer des Holocaust wachzuhalten, ist eine starke Form von Widerstandsfähigkeit gegenüber den Bedrohungen des Extremismus.“

Am 29. Juni 1941 waren in Iași im Nordosten Rumäniens unzählige Juden ins Hauptquartier der Polizei gebracht worden. Dort wurden sie verprügelt, gedemütigt und von Armeetruppen erschossen. Zudem wurden 7.000 bis 8.000 Menschen ohne Wasser in zwei „Todeszüge“ gesperrt. In den plombierten, überhitzten Güterwaggons erstickten die meisten von ihnen. Dem Pogrom fielen 13.266 Menschen zum Opfer. Fast ein Drittel der rumänischen Juden wurde ermordet.

Queer und antisemitisch: Hass-Demo gegen Israel während des Christopher Street Days

Obwohl Israel und besonders Tel Aviv im Gegensatz zu den schwulenfeindlichen Araber-Staaten einer der sexuell freiesten Orte der Welt ist, sind große Teile der Queer-Bewegung antisemitisch und solidarisieren sich irrsinnigerweise mit ebenso judenfeindlichen wie homophoben Regimen.

Abermals kam es jetzt in Berlin und München zu sogenannten „antiimperialistischen“ Kundgebungen, die unter dem Deckmantel von „LGBTQI*“-Aktivismus Parolen gegen Israel und Propaganda der antiisraelischen Boykottbewegung BDS verbreiteten (JR).



Von Paul Möllers

Hass auf Israel unter dem Regenbogen...

Die Zahl der zu diesem Zweck neugegründeten „Bündnisse migrantischer Aktivist*innen“ wird immer unübersichtlicher, das Hauptziel bleibt jedoch Israel – im Namen von „Antikolonialismus“ wird gegen das angeblich „rassistische Siedlerprojekt Israel“ demonstriert. Am 24. Juli fand nun in Berlin eine „Internationalistische Queer Pride for Liberation“ statt, auf der laut Ankündigung „radikal queere Communities“ für „Free Palestine“ und „Gegen Antisemitismus“ und „Islamophobie“ kämpfen sollten. Die Veranstalter, das Bündnis „Berlin Queers Against Racism and Colonialism (QuARC)“, verstehen sich als Gegenposition zum angeblichen „Mainstream-CSD“, dem „Christopher Street Day“. Das eigentliche Ziel des Aktivismus offenbart sich aber schon im vorab veröffentlichten „Awareness Statement“ der doch eigentlich für lesbisch-schwule Interessen stehenden Demo:

„Es gibt keine Befreiung für uns ohne die Befreiung der Palästinenser:Innen“.

Zu diesem Zweck kooperiert man mit Gruppen wie „Migrantifa“ und einem eigens gegründeten „Jüdischen

antifaschistischen Bund“, Gruppen, die schon im Mai in Berlin an in Gewalt eskalierenden „migrantisch geführten Demonstrationen“ teilnahmen – die Jüdische Rundschau berichtete.

„Queer Pride“-Demo – Eindrücke vor Ort

Ein Besuch der Kundgebung am Startpunkt in Neukölln erlaubt dann erstaunliche Einblicke: Die Mehrheit der Transparente auf dieser „Queer Pride“ genannten Veranstaltung fordert „Free Palestine“ und „Boycott Israel“, prangert eine angebliche „Apartheid“ in Israel an. Dazu hört man „Free Free Palestine!“-Gesänge. Kaum verwunderlich, dass ein Paar, das mit dem Rad vorbeifährt, nach wenigen Augenblicken überzeugt ist, es handle sich um eine „Palästinenser-Demo“. Man solidarisiert sich also auf Transparenten mit „Comrades“ (Genossen) in Kolumbien und Brasilien – und lässt dabei Staaten wie Brunei, Iran, Nigeria und Saudi-Arabien völlig außer Acht, obwohl Homosexuellen dort sogar die Todesstrafe droht. Auch die Feindlich-

keit von Hamas und Fatah gegenüber Homosexuellen bleibt unerwähnt. Und noch mehr Widersprüche fallen auf: Einige Roma-Frauen mit Baby laufen kurz mit, sie betteln um Geld, bleiben erfolglos. Auch die steigende Zahl der Angriffe auf Homosexuelle in Berlin selbst ist kein Thema für die Demonstranten.

Nach einer Weile meint man, alles gesehen zu haben, es wiederholt sich: „Boycott Israel“, „No Pride in Israeli Apartheid“, „Fuck family values“, zweisprachig auf Arabisch und Deutsch, und „Destroy the Cis-tem“ ist auf Plakaten zu lesen. Die „Teilnehmenden“ sind sich ziemlich ähnlich, „hip“ und „queer“, einige arabisch aussehende Leute, einige Südamerikaner, Brasilianer, sind darunter sowie Frauen, die für verfolgte Ägypterinnen „auf TikTok“ streiten, einige Barbusige, mit oder ohne abgeklebte Nippel, auch Lesben mit Kampfhunden. Die Regenbogenfahne ist eher seltener zu sehen, es dominieren „Progress Flags“ und „Trans Pride Flags“, die „inklusive“ Flaggen also, die sogenannte „Non-Binäre“ und diverse Geschlechter umfassen sollen, dabei

aber offensiv gegen Feministinnen alter Schule gerichtet sind. Diese nennt man verächtlich „TERFs“, „trans-ausgrenzende radikale ‚Feminist:innen‘“ – in Anführungszeichen – und verbittet sich ihre Teilnahme. Dabei wenden sich diese traditionellen Feministinnen nur gegen die Übernahme durch aggressiv auftretende „Trans-Aktivist*innen“, die z.B. drohen, biologische Frauen aus dem Sport zu verdrängen.

Aggressiv werden Demo-Teilnehmer gegen Berichterstatter des „Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus“ (JFDA), das regelmäßig über Antisemitismus auf Kundgebungen aller politischen Richtungen informiert. Über Lautsprecher werden die Teilnehmer aufgewiegelt, die JFDA-Mitarbeiter bedroht, an der Dokumentation gehindert. Im Nachgang veröffentlichen die beteiligten Organisationen sogar einen „Fahndungsauftrag“ mit Fotos der Mitarbeiter.

Kultur-Clash im „migrantischen“ Berliner Kiez

Nach Angaben der Polizei sollen 5.000



...und queere Propaganda für das arabische Konstrukt „Palästina“.

Menschen demonstriert haben, die Veranstalter geben 10.000 an. Eine Frau mit Kopftuch war nicht darunter, soweit man sehen konnte – dabei ist doch eine prominent auf dem Demo-Plakat abgebildet. Der Demonstrationzug führt dann an der Kreuzberger Mevlana-Moschee vorbei, zwei bärtige Männer kommen gerade heraus. Es sind Tschetschenen, sie sprechen wenig Deutsch. Ich frage sie nach der Moschee und dem Namen. „Mevlana“ sei ein Frauenname, vielleicht hätte die Frau oder Tochter des Geldgebers so geheißen, erklärt einer von ihnen. Ob es im Koran vielleicht an einer Stelle um eine Mevlana gehe? Nein, sagt er.

Nun ist der Name „Mevlana“ aber doch bekannt, er bedeutet laut Wikipedia auf Arabisch und Türkisch „unser Herr, unser Meister“ und ist „ein religiöser Titel für angesehene islamische Gelehrte bzw. religiöse Oberhäupter, die meist Absolventen einer Madrasa oder einer anderen islamischen Schule sind.“ Dementsprechend gibt es viele Moscheen dieses Namens und gerade diese Moschee ist nicht unbekannt: Es gab Meldungen von einem Verdacht auf Corona-Hilfe-Betrug und Verbindungen zur Milli Görüs, von Hasspredigern und einem Video mit Nina Mühe, der kürzlich verstorbenen „Schwester“, die bei „Innsan e.V.“ aktiv war und mit Farid Hafez bei „CLAIM“ zusammenarbeitete (siehe Jüdische Rundschau, „Der 1-Milliarde-Euro-Deal“). Auch an Jahrestreffen der „Muslimische Jugend in Deutschland“ (MJD) nahm sie teil. Die MJD wurde in der Vergangenheit vom Verfassungsschutz erwähnt wegen des Verdachts Verbindung zur Muslimbruderschaft zu haben.

Die Moschee werde besucht von Sunniten, Schiiten kämen dort nicht hin, erzählt der Tschetschene weiter. Dann

macht er eine Pause – er sei nicht Allah, Allah entscheide natürlich, aber: Schiiten würden nicht wie Sunniten glauben, sie würden z.B. nur drei Mal am Tag beten, nicht fünf Mal. Sie wären auch Muslime, aber... anders.

Sein Begleiter bittet ihn dann, mich zu fragen, wer da drüben demonstriere. Ich fange an aufzuzählen, „Es sind queere Leute“ – er schaut verständnislos. Ich füge hinzu „Schwule, Lesben, Transmenschen, Bisexuelle“ – „Oh, nein!“, er wehrt ab mit den Armen und sagt: „Nicht meine!“. Schnell entfernen sie sich.

Der angeblich „strukturelle Rassismus“ und die „Islamophobie“

Am Kottbusser Tor kommen mir drei indisch aussehende Leute entgegen mit Regenbogenfahnen, auf der „Queer Pride“-Demo waren sie aber nicht. Sie wollen wissen, um was es sich handelt bei der Demo, deren Ausläufer gerade an uns vorüberziehen. Als ich erkläre, wogegen demonstriert wird, u.a. „gegen Islamophobie“ und „gegen Kolonialismus“, lacht einer der Männer: „Ich bin Muslim und gay!“ Er habe seine Heimat Bangladesch verlassen, denn dort würde man wegen Texten, die z.B. nur rein platonische Liebe zwischen Männern beschreiben, schon ermordet werden. Hier arbeite er jetzt an seinem Master-Abschluss. Angesichts der Aussicht, mit einer Machete zerhackt zu werden, kann ich gut nachvollziehen, dass man Bangladesch verlässt. Er erzählt daraufhin von einem einheimischen Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Bangladesch, der brutal ermordet wurde – wegen seines Engagements für die Belange von Homosexuellen. Er möchte irgendwann wieder zurück in seine Heimat, man müsse dort offener werden – auch wenn es bedeute, dafür

verfolgt zu werden. Er scheint zweigespalten. Verständlich. Ich frage sie, ob sie in Europa mit Islamophobie oder Rassismus konfrontiert gewesen seien. Sie verneinen.

Widersprüche – Der Regenbogen spricht nicht jeden an

Der Rückweg führt über den U-Bahnhof Alexanderplatz. Die Bahnen der Berliner Verkehrsbetriebe fahren nun wieder ohne Regenbogen-Beklebung, auf den Bahnsteigen laden aber noch Aufkleber ein zum „Queer einsteigen“. Die Kampagne steht wohl für den „Regenbogen-Kapitalismus“, den die „Queer Pride“-Aktivisten ablehnen. Der Weg zum Ausgang ist ebenfalls beklebt mit langen bunten Bahnen. Zwei Mädchen gehen vor mir auf diesem Regenbogen-Weg. Sie sehen arabisch aus, sind etwa 14 Jahre alt – die jünger aussehende macht schnell einen Satz, geht dann ostentativ neben dem „LGBTQI“-Weg. Sie sehen sich an, müssen glucksen.

So geht also der Berliner „Pride Month“ zu Ende – und die immer offener zu Tage tretenden Widersprüche dieses Aktivismus werden weiterhin von Politik und auch den meisten Medien beschwiegen. Dafür sorgen auch von der Bundesregierung geförderte Aktivistinnen wie die „Neue Deutsche Medienmacher*innen“ (NDM). Nach den Plänen der Integrationsbeauftragten Annette Widmann-Mauz sollen NDM nun „Medienhäuser und journalistische Ausbildungsstätten beraten“, in ihrem „Nationalen Aktionsplan Integration“ ist die Rede von „Diversitätsstrategien“. Dabei ist die Stoßrichtung der NDM bekannt, es geht um „antimuslimischen Rassismus“ und „Israelkritik“, dafür steht auch jemand wie der Journalist

Malcolm Ohanwe. Er nahm ebenfalls an einer ähnlichen Kundgebung in München teil, wieder ging es um BDS-Parolen, der Veranstalter „Palästina spricht“, dessen Motto „Für ein freies Palästina vom Fluss bis zum Meer“ ist, dankte Ohanwe ausdrücklich für „Unterstützung vor Ort und über die Sozialen Medien“. Ohanwe selbst geht dabei auch zum Angriff über: Ziel ist nun Aras Nathan gewesen, der u.a. aktiv beim Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist. Ohanwe unterstellte ihm, zu den „Pseudo-Juden“ zu gehören, „die einfach nur gelangweilte Kartoffeln sind die Palästinenser und Araber hassen“. Er bezeichnet das als „Jewfishing“. Ohanwe war bereits tätig für Deutschlandfunk, SWR und BR und darf nun trotz solcher wiederholten Ausfälle mit seinem Freund Marcel Nadeem Aburakia den gemeinsamen Podcast „Kanackische Welle“ über „FUNK“, dem Netzangebot von ARD/ZDF, einem größeren Publikum vorführen. Ohanwe bezeichnet sich als „Afro-Palestinian“, Aburakia gibt „Palästina“ als sein „Herkunftsland“ an, seine Mutter ist Bayerin – er klagt aber als „arabischer Mensch“ über den „Alltagsrassismus“ der Deutschen.

Man kann das als Testballon betrachten – um auszuloten, wie weit staatlich geförderte Aktivistinnen wie die „Neuen Deutschen Medienmacher*innen“ gehen können, um „Israelkritik“ und das Narrativ vom angeblich strukturell rassistischen Deutschland, vom „kolonialistischen“ Israel unter die von ihnen so genannten „Mehrheits-Menschen“ zu bringen und ihre Forderungen nach Quoten und „Repräsentation“ durchzusetzen. Jede Erwähnung einer „Staatsräson“ wird so jedoch zu einer hohlen Phrase.

Ist der Aufruf zum Judenmord in Deutschland überhaupt noch strafbar?

Die moslemischen Demonstranten, die auf Deutschlands Straßen öffentlich zur Ermordung von Juden aufrufen, bleiben von der deutschen Justiz regelmäßig unbestraft, während kritische Äußerungen gegen den irrwitzigen Genderismus und gegen die rassistische BLM-Gewalt nicht selten juristisch geahndet oder zumindest mit Mobbing, Ausgrenzung und Jobverlust gestraft werden (JR).

Von Chaim Noll

Eigentlich ist der Aufruf zum Mord an Juden (wie der Aufruf zum Mord an Menschen generell) in westlichen Staaten strafbar und strafrechtlich zu verfolgen. Also auch in Angela Merkels bunter Bundesrepublik. Das funktioniert auch recht gut, wenn ein irgendwie gearteter „Rechter“ oder ein ethnisch Deutscher, den man – und sei es rein willkürlich – dieser Menschengruppe zuordnet, die Straftat begeht. Was aber geschieht mit den muslimischen Demonstranten, die im Mai dieses Jahres auf zahlreichen anti-israelischen und anti-jüdischen Kundgebungen den Tod von Juden gefordert haben? Die etwa den in diesen Kreisen beliebten Sprechchor skandierten „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“?

Ihr Auftritt war kein Einzelfall. Sondern Selbstbekundung einer neuen Generation, die Deutschland noch viel Freude machen wird. Unmittelbar nach den Demos wies die Lehrgewerkschaft GEW auf den wachsenden Judenhass an deutschen Schulen hin und betonte die Ohnmacht deutscher Lehrer gegenüber muslimischen Schülern, die ihn verbreiten. „Wenige Tage nach dieser Eskalation“, schreibt „Spiegel Online“, „beklagt die Erziehungsgewerkschaft GEW einen wachsenden Antisemitismus auch an Schulen in Deutschland (...) ‚Du Jude‘ gehöre mittlerweile zu den häufigsten ‚Beleidigungen‘ auf deutschen Schulhöfen, jüdische Schülerinnen und Schülern würden regelmäßig von Mitschülern angegriffen.“ Diese Entwicklung ist seit vielen Jahren bekannt, erhielt durch Merkels verfehlte Flüchtlingspolitik neuen Auftrieb und okkupiert immer mehr öffentlichen Raum. Durch ihr dreistes Schweigen zu den Judenmord-Aufrufen, aber auch zur tödlichen Messerattacke eines muslimischen Mannes gegen deutsche Frauen kürzlich in Würzburg, signalisiert die endlich scheidende Kanzlerin eine verhängnisvolle Duldsamkeit gegenüber islamischem Terror in jeglicher Form.

Judenhass, jüdenfeindliche Übergriffe an deutschen Schulen – bisher wurde darüber, wie auf allgemeine Verabredung, vom offiziellen Deutschland kaum ein Wort verloren. Erst seit kurzem, so „Spie-



Auf zahlreichen islamischen Demonstrationen in Deutschland gegen Israel kam es zu ungeahndeten Mordaufrufen gegen Juden.

gel Online“, „haben einige Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Berlin eine Meldepflicht für antisemitische Vorfälle. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, setzt sich für eine entsprechende Pflicht bundesweit ein.“ Mit anderen Worten: Bisher wurden Aufrufe zum Judenhass und zur Tötung von Juden an deutschen Schulen nur gelegentlich und mancherorts zur Kenntnis genommen, „bundesweit“ eher verschwiegen, und soweit bekannt, kaum je geahndet. Obwohl die Lehrer sehr gut wissen, von welchen Schülern die jüdenfeindliche Stimmung ausgeht. Doch dagegen unternehmen konnten oder dürfen sie so gut wie nichts.

Wo der Aufklärungswille erlahmt

Auch die Ermittlung der „Juden-ins-Gas“-Rufer sollte, da die betreffenden

Auftritte gefilmt, sogar zahlreich ins Netz gestellt wurden, kein unlösbares Problem darstellen. Die deutsche Polizei hat, wenn sie wollte, schon mit weit weniger Beweismaterial Gesetzesbrecher zur Strecke gebracht. Wenn ich oder ein anderer nicht-muslimischer Deutscher morgen in Deutschland eine Straftat begehen und uns dabei noch filmen lassen, wette ich, dass die Aufklärung nicht lange auf sich warten lässt. Nur scheint es gehegte und gehätschelte Milieus zu geben, wo der Aufklärungswille erlahmt.

Ist der Aufruf zum Mord an Juden in Deutschland wirklich strafbar oder nur auf dem Papier? Gibt es geschützte Gruppen, denen er erlaubt wird? Dann wird er bald auf andere übergreifen, auf junge Nazis oder Antifa-Kämpfer, und für Juden in

Deutschland wird es wirklich gefährlich. Auch für Deutsche, die sich für sie einsetzen. Ich schreibe diesen Text unter dem Vorbehalt, dass ich ihn zurücknehme (und die Anklagen, die er enthält), sobald man mir Fälle von strafrechtlicher Verfolgung und Verurteilung der jüdenfeindlichen Hetzer und Brüller nachweist. Bisher habe ich davon nicht gehört oder gelesen. Gibt es also in Deutschland Ermittlungsverfahren, Haftbefehle und Gerichtsurteile gegen muslimische Demonstranten, die offen zum Mord an Juden aufrufen? Oder lässt man derlei in Angela Merkels Reich, dem Schweigen der Kanzlerin folgend, stillschweigend unter den Tisch fallen? Ich hoffe, man belehrt mich – und möglichst bald – eines Besseren.

Früherer BND-Chef warnt vor erneutem faulen Nukleardeal mit Iran

Der im Interesse von Sicherheit und Vernunft von Donald Trump aufgekündigte Obama-Steinmeier-Kerry-Deal mit dem Mullah-Regime erlebt eine Renaissance unter Biden. Ein nuklear bewaffneter Iran jedoch hätte fatale Folgen für die ganze Region, meint neben vielen anderen Mahnern auch der frühere BND-Chef und Iran-Spezialist August Hanning (JR).

(Israelnetz) Eine Rückkehr zum Nuklearabkommen mit dem Iran wäre aus Sicht des früheren deutschen Geheimdienstchefs August Hanning ein Fehler. Das sagte er in einem Interview der Zeitung „Jerusalem Post“. Demnach wäre ein nuklear bewaffneter Iran „eine Bedrohung für die gesamte Region“ und hätte einen Rüstungswettlauf zur Folge.

Dass der Iran Kernwaffen anstrebt, sieht Hanning durch das Raketenprogramm belegt. Die Langstreckenraketen, die der Iran entwickle, würden nur für unkonventionelle Gefechtsköpfe

Sinn ergeben. „Solange der Iran das sehr ehrgeizige Raketenprogramm fortführt, werde ich mit Blick auf die gegenwärtigen Verhandlungen sehr skeptisch sein.“

Im April haben der Iran und andere Länder die Verhandlungen aufgenommen. Die USA waren im Jahr 2018 unter US-Präsident Donald Trump aus dem Deal ausgestiegen. Sein Nachfolger Joe Biden hatte im Wahlkampf versprochen, wieder zurückzukehren. Derzeit stocken die Verhandlungen allerdings. Von iranischer Seite hieß es zuletzt, man wolle den Amtsantritt des gewählten Präsidenten

Ibrahim Raisi abwarten. Dieser wird am 3. August vereidigt.

Israel als Vorbild bei Terrorbekämpfung

Hanning leitete von 1998 bis 2005 den Bundesnachrichtendienst (BND). Der 75-Jährige gehört auch dem Rat der Organisation „Vereint gegen einen nuklearen Iran“ (UANI) an. Die Gruppe will nach eigener Darstellung Entscheidungsträger über die Gefahren aufklären, die von einem nuklear bewaffneten Iran ausgehen. Andere Ratsmitglieder

sind der frühere Mossad-Chef Tamir Pardo, der Publizist Matthias Küntzel und der frühere Gouverneur von Florida, Jeb Bush.

In dem Interview lobte Hanning auch die Zusammenarbeit mit israelischen Geheimdiensten: „Für uns war Israel immer ein Vorbild, weil Israel sehr ernsthaften Bedrohungen ausgesetzt war.“ Deutschland erlebe zwar nicht dieses Ausmaß, doch habe es sich Präventivmaßnahmen von den Israelis abschauen können, besonders mit Blick auf Terrorabwehr.

Die Diktatur des „Guten“ auf Kosten der Freiheit

Die Deutschen haben im Herbst die Wahl zwischen einer grün-linksradikalen Plagiatorin, einem nordrhein-westfälischen Islam-Anbiederer und einem bislang kaum wahrnehmbaren sozialdemokratischen Besserverdiener. Alle drei stehen für noch mehr islamische Zuwanderung – eine Haltung, die das jüdische Leben verunmöglichen und die deutsch-israelische Freundschaft langfristig in Frage stellen wird (JR).

Von Jaklin Chataschadorian

Nach 16 Jahren ist es endlich soweit. Das Land bekommt im Herbst einen neuen Regierungschef bzw. eine neue Regierungschefin. Doch wen kann man eigentlich wählen, wenn man nicht nur auf persönliche Sympathie setzt, sondern einmal genauer hinsieht und einen Wechsel mit der Hoffnung auf Verbesserung verbindet? Die Aussichten sind düster.

Neulich erst sagt mir jemand, dass die Zeit reif wäre für eine junge Frau, die ja eben kein Fachbuch, sondern nur ein Sachbuch geschrieben hätte. Ich wusste nicht, wie ich darauf reagieren sollte. Wo sollte ich anfangen? Bei der Definition eines Sachbuches? Den Unterschieden zwischen einem Sachbuch und einer Kolumne, oder der Unredlichkeit, die Meinung bzw. Vision eines anderen als die eigene zu verkaufen – und das auch noch gegen Geld? Soll man die zur Wahl stehende Kandidatin kritisieren oder sich vor dem Wählerpool fürchten, der aus Gründen des Gefühls bzw. der Ideologie bestimmte Dinge nicht verstehen will?

Über die junge Kandidatin zu nachzudenken fällt einfacher als über das mangelnde politische Urteilsvermögen in einem Land, das fröhlich pfeifend, gar erhaben, ins Verderben rennt. Allein die Idee, es käme bei der Wahlentscheidung des Bürgers auf das Alter oder das Geschlecht der Kandidatin an, ist – mit Verlaub – einfältig. Zwar streut die Einordnung der Kandidatin in die Gruppe der „jungen Frauen“ Puderzucker in die Augen und lässt auf Frische, Attraktivität und Sympathie schließen. Doch genau darauf kommt es bei der Führung eines Landes nicht an, am wenigsten, wenn nicht einmal dahinter mehr zu erwarten ist.

Die Dinge müssen regelmäßig nicht aus einer femininen Perspektive betrachtet werden, um zu einem besseren Ergebnis zu führen, sondern aus einer sachlichen, am Gemeinwohl orientierten. Nichts Anderes gilt für das Adjektiv „jung“. Die damit einhergehende Unerfahrenheit kann sich grundsätzlich positiv wie negativ äußern, hängt aber entscheidend von Führungs- und Problemlösungskompetenz, von Überzeugungskraft und Fachwissen ab. Gleichzeitig ist zu betonen, dass Erfahrung mitnichten alles ist. Man schaue auf die noch amtierende Kanzlerin: weiblich, erfahren – und doch eher ein geschlechtsneutraler, unzugänglicher Experte für Machterhalt mittels Beliebigkeit.

Und genau an dieser Stelle ist der Unterschied zwischen Angela und Annalena kaum vorhanden. Baerbock mag ein angenehmeres Antlitz liefern, doch dieses ist eben auch begleitet von einer – der Unwissenheit geschuldeten, vom jeweiligen Redeschreiber abhängigen – Beliebigkeit.

In der CDU nur heimliche Kritik an der Vorsitzenden

Eine widersprüchliche, unschlüssige, rechthaberische Politik darf man von



Die drei Kanzlerkandidaten Laschet (CDU), Baerbock (Grüne) und Scholz (SPD)

beiden Damen erwarten, während die Parteimitglieder als Kollektiv sich nur in einem Punkt unterscheiden. Während man in der CDU die Vorsitzende nur dann kritisiert, wenn es niemand mitbekommt, und gleichzeitig vor jeder Kamera ihre Weisheit und Heiligkeit besingt, befeuern Grüne die zu beobachtende Idiotie der Selbstherrlichkeit aus voller Überzeugung. Das Parteiprogramm der Grünen etwa, steht ebenso wie die Parteitagrede der Spitzenkandidatin im Juni 2021, für die Diktatur des Guten auf Kosten der Freiheit. Eine Art Sozialismus in x-ter Auflage. Moralisch hehre Absichten scheinen Selbstzweck zu sein. Alles ist erlaubt, wenn es dem Schutz des sogenannten Klimas oder der sogenannten Minderheiten bzw. der sogenannten Gerechtigkeit „für alle“ dient. Das Verbot, die von einer Strafandrohung begleitete Anweisung eine bestimmte Handlung zu unterlassen, reicht den Grünen nicht mehr. Sie arbeiten an Zugangsbeschränkungen zu Ressourcen durch Teuerungen und an der Einschränkung von Freiheiten, etwa der Freiheit sich zwischen mehreren Möglichkeiten entscheiden zu können, und mischen sich in das tägliche Leben der Bürger ein – und das soweit, wie es eigentlich in totalitären Systemen üblich ist.

Armin Laschets Bilanz in Nordrhein-Westfalen ist verheerend

Das Gegenstück dazu scheint der CDU-Spitzenkandidat zu sein: nicht mehr ganz so jung, männlich. Trotz der zu erwartenden Änderung politischen Stils, von sturer Befehlsgewalt hin zu dem Bemühen, bescheiden, nonchalant und wohlwollend zu regieren, ist – ebenso wie bei Baerbock – auch im Falle der Kanzlerschaft von Armin Laschet eine Entwicklung vom Regen in die Traufe zu erwarten. Vielleicht mag bei ihm der Benzinpreis nicht ganz so stark steigen und er wird den Menschen auch nicht das Steak vom Teller nehmen wollen – und das spricht tatsächlich in direkter Konkurrenz für ihn. Doch zeigt ein Blick nach Nordrhein-Westfalen weitere Baustellen, die es mit den so-

genannten Christdemokraten ebenso gibt, wie mit den Grünen oder den Sozialdemokraten. Das reicht innenpolitisch von der Stärkung türkisch-nationalislamistischer Kräfte über ein außenpolitisch gutes Verhältnis zu Diktatoren wie Erdogan bis hin zu einem an den Bürger adressierten Plädoyer für eine gute, vernünftige Sicherheitspolitik, welche gleichzeitig tunlichst die Identifizierung von Gefahren und Gefährdungen vermeidet, um nicht versehentlich politische Mitspieler zu verunsichern. Dabei geht es bei Laschet weniger um politisches Verhandlungsgeschick, als vielmehr um ein janusköpfiges Wesen, das auf allen Hochzeiten gleichzeitig tanzen möchte.

Biedermann Scholz verschwindet in der Versenkung

Ein ganz kleines, trotz roter Färbung, geradezu unbedeutendes Licht ist da nun der dritte im Bunde, der Kanzlerkandidat der SPD, Olaf Scholz. Die SPD hat den Arbeiter schon lange verloren und ist eigentlich nur noch mit Personalfragen oder dem Gendersternchen in den Schlagzeilen. Scholz selbst hat 2019 für den Vorsitz kandidiert, konnte die eigene Partei jedoch nicht von sich überzeugen. Als Finanzminister ist er mehr schlecht als recht in den Medien zu finden. Erwähnt seien der Wirecard-Skandal und die Cum-Ex-Affäre. Außenpolitisch ist er derjenige, an dem die Vizepräsidentin der USA, Kamala Harris, ohne Kommentar vorbeifährt. Innenpolitisch ist er ein alter Freund des politischen Islam, mit einer gewissen Hingabe gegenüber der iranischen Theokratie. Scholz mag den geimpften Bürger nicht teuer, sondern lebensnah mit einer Bratwurst belohnen, während er kurz davor betonte, dass er sich anlässlich seines ordentlichen Einkommens nicht für die Benzinpreise interessiere. Dass er neuerdings in den Umfragewerten zulegt, dürfte weniger mit seiner eigenen Leistung zu tun haben, als mit der Schlechtleistung der Konkurrenz und dem im Land mangelnden politischen Urteilsvermögen.

Gesellschaft, die aus Gründen der Harmoniesucht die freie Rede verwehrt

Letzteres ist eine wesentliche Auswirkung der inzwischen 16 Jahre andauernden Herrschaft des „Systems Merkel“ – mit all seinen parteiübergreifenden, das Prinzip der Gewaltenteilung missachtenden Kontakten und Kooperationen, den Auswirkungen einer fatalen Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten, dem Nichtverstehen grundlegender demokratischer Prinzipien u.v.m.. Letztlich leben wir in einer Gesellschaft, die sich aus Gründen der Harmoniesucht die freie Rede verwehrt, die im Kampf gegen Rassismus dem Islamismus zuarbeitet. Wir leben in einer Gesellschaft, die meint, Kritik an der Regierung sei mit dem Label „rechts“ zu verfemen, sobald man sich nicht links der immer-noch-zu-rechts qualifizierten Regierung einordnet. Bei uns engagiert man sich für das Klima, nicht für den Schutz der Natur, und das indem man auf die nächste Generation verzichtet und das Existenzrecht von Haustieren (Lebewesen!) an ihrer Ökobilanz bemisst. In Deutschland ist man feministisch, wenn man sich für das Kopftuch ebenso engagiert wie für das Recht eines biologischen Mannes, sich in der Frauenmannschaft zu behaupten und die Frauennumkleide zu nutzen. Die deutsche Debattenkultur gleicht einem Trauerspiel. Die Zukunft des Landes wird jedenfalls nicht in den nächsten vier Jahren zu retten sein.

Nicht einmal beim Blick gen Israel lassen die Kanzlerkandidaten auf Gutes hoffen. Zwar verurteilen alle drei fleißig per Floskel Angriffe auf Israel, stehen aber innenpolitisch – und genau damit eben auch außenpolitisch – für die Anbiederung an den politischen Islam. Eine Haltung, die die deutsch-israelische Freundschaft langfristig untergraben wird. Der Nahost-Konflikt ist schließlich nicht nur ein Konflikt um Land und Boden. Den herrschenden „palästinensischen“ Kräften geht es um die Vertreibung und Vernichtung der Israelis, der Juden.

Radikaler Israelfeind Omri Boehm als willkommener Reisegenosse von Steinmeier

Der Israelhasser Omri Boehm ist in Deutschlands linkem Milieu und bei Bundespräsident Steinmeier so beliebt, dass er das Staatsoberhaupt sogar bei dessen jüngster Israelreise begleiten durfte. An seiner ablehnenden Haltung zum jüdischen Staat hat das nichts geändert. Obwohl Israel die einzige Demokratie in der Region ist, ist es in Omri Boehms Weltbild offenbar ein „Land der Rechtsradikalen“ (JR).



Von Stefan Frank

Omri Böhm, Begleiter des Bundespräsidenten Steinmeier bei dessen jüngster Israel-Reise

Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vom 30. Juni bis 2. Juli auf Einladung des israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin zu einem Staatsbesuch nach Israel reiste, wurde er von einer Gruppe Prominenter begleitet.

Bei den meisten von ihnen war klar, dass sie deshalb mitreisten, weil sie irgendetwas mit den deutsch-israelischen Beziehungen zu tun haben. Uwe Becker etwa, der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, oder Ruth Ur, die Direktorin des Yad-Vashem-Büros Berlin.

Was aber mag den Bundespräsidenten dazu bewogen haben, ausgerechnet den Philosophen Omri Boehm mitzunehmen, der sich damit einen Namen gemacht hat, dass er in deutschen Zeitungen die Apartheidlüge gegen Israel verbreitet, und der in seinem Buch „Israel – eine Utopie“ die erwiesenermaßen falsche Behauptung aufstellt, Theodor Herzl, der Begründer des modernen Zionismus, habe „Palästinenser“ vertreiben wollen?

„Nicht weniger demokratiefeindlich, als es eine AfD-Regierung wäre“

In Jerusalem wurde Steinmeier von Yair Lapid begrüßt, Israels Außenminister und alternierendem Ministerpräsidenten, der auch Vorsitzender der liberalen Partei Jesch Atid ist. In seinem Buch spricht Boehm Lapid ab, ein Liberaler zu sein. Über das Mitte-Links-Bündnis Blau-Weiß, das Lapid bei der Parlamentswahl 2019 mit Benny Gantz (dem aktuellen Verteidigungsminister) schloss, schrieb Boehm, dessen politische Grundsätze seien „deutlich rechts von einer Partei wie der AfD angesiedelt.“

Davon, „AfD“ zu sagen, wenn er von israelischen Politikern spricht, ist Boehm besessen. Die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sei „nicht weniger demokratiefeindlich“, „als es

eine AfD-Regierung wäre“, behauptet er etwa in seinem Buch. Bei nochmaligem Nachdenken darüber kommt Boehm sogar zu dem Schluss, das Kabinett Netanjahu sei „mit der AfD gleichzusetzen“.

Es gebe „keinen Grund, warum führende AfD-Politiker nicht bald genauso willkommen in Israel und in Yad Vashem sein sollten, wie es andere stramm rechte Antisemiten“ angeblich bereits seien, so Boehm. Der Höhepunkt der Boehm'schen AfD-Variationen: „Jeder denkbaren israelischen Regierung“ wäre angeblich „eine AfD-geführte Bundesregierung viel lieber als eine CDU- oder SPD-geführte“.

Warum Boehm in Deutschland so beliebt ist

Boehm will den deutschen Lesern den Eindruck vermitteln, das israelische Parlament – und damit notwendigerweise auch dessen Wählerschaft, die israelische Bevölkerung – bestehe aus Rechtsradikalen.

Damit rennt er bei vielen deutschen Journalisten offene Türen ein: Bei keinem anderen Land der Welt wird das Wort „rechts“ (beziehungsweise „rechtskonservativ“, „ultrarechts“ und so weiter) so oft zur Beschreibung von Politikern, Parteien, Regierungen und auch gewöhnlichen Bürgern („rechte Israelis“) benutzt wie bei Israel, während auf der anderen Seite niemals von der „rechten Fatah“, der „rechtsextremen Hamas“ oder auch nur von „rechten Palästinensern“ die Rede ist – die existieren offenbar gar nicht.

Als Journalist ist Boehm in Deutschland als Kämpfer gegen die Anti-BDS-Resolution des Deutschen Bundestages aufgefallen, wobei er seine Argumentation auf sein falsches Verständnis des Resolutionstextes stützte: Der Deutsche Bundestag habe „behauptet“, so Boehm,

dass es „antisemitisch“ sei, „auf der schieferen Gleichheit von Juden und Palästinensern zu bestehen“. In Wahrheit steht in der Resolution nichts, was auch nur in die Richtung einer solchen Aussage ginge. Die „Zeit“ hat Boehms Text trotzdem veröffentlicht.

Wo er jetzt schon zusammen mit dem deutschen Bundespräsidenten nach Israel reist, muss man Boehm zugestehen: in Deutschland ist er höchst erfolgreich. Was genau ist seine Masche?

Juden „Täter“, Palästinenser „Opfer“
Der Plan eines binationalen Staates von Juden und Arabern, den er in seinem Buch vorschlägt, ist sicherlich nicht das, was seine Fans so von ihm schwärmen lässt. Der ist das Verkaufsargument, der Türöffner: Verlage haben gern etwas Positives, etwas, das als Lösung eines Problems daherkommt. Für Boehm ist diese „Utopie“ ein Mantel, unter dem er seine Ressentiments notdürftig kaschiert.

Der wahre Kern seines Buches ist es, den Zionismus als ein Projekt darzustellen, das von Anfang an – nämlich seit Theodor Herzl – auf nichts anderes ausgehen und „Palästinenser“ zu vertreiben, eine Form der organisierten Kriminalität, und das seit über 120 Jahren.

Der angebliche jüdische Plan zur Vertreibung der „Palästinenser“ ist das eigentliche Thema seines Buches. Boehm beschreibt ihn als eine generationenübergreifende Verschwörung, die mit Theodor Herzl begonnen habe und sich über David Ben-Gurion bis in die Gegenwart erstreckte, bis hin zu Netanjahu, Gantz, Lapid und sogar „Netanjahus Sohn“, von dem Boehm in seinem Buch einen Tweet zitiert, um zu zeigen, dass die nächste Generation zionistischer Bösewichter schon auf dem Sprung ist.

Das angebliche Verbrechen, für das Boehm von den Israelis Buße verlangt,

ist die Massenflucht von Arabern während des arabisch-israelischen Kriegs von 1948. Dieser „Nakba“ (arabisch für „Katastrophe“) müssten die Juden gedenken, und zwar so wie des Holocausts, fordert er.

Im Verhältnis zu den „Palästinensern“ sollen die Juden sich als „Täter“ benennen, die „Palästinenser“ hingegen als „Opfer“. Die einen sind böse, die anderen gut, Graustufen kennt Boehm nicht. Dass er die hundertjährige Geschichte der von Arabern in Palästina an Juden verübten Morde und Massaker ausspart, erleichtert ihm die Arbeit sehr.

Den Überfall der arabischen Staaten von 1948 stellt er – wie wir im zweiten Teil dieses Artikels sehen werden – so dar, als hätten mitten im Frieden Juden angefangen, ihre arabischen Nachbarn zu vertreiben.

Und das hätten die Zionisten eben von langer Hand geplant, eine angebliche ethnische Säuberung, die Theodor Herzl schon mehr als 50 Jahre vorher – zu einer Zeit, als das Gebiet noch vom Sultan in Konstantinopel regiert wurde – ausgeheckt haben soll, wenn man Boehm Glauben schenkt (was man aber nicht tun sollte).

Der Boehm-Plan

Boehm will „die bekannten zionistischen Tabus auf den Prüfstand stellen“. Die Israelis müssten „den Mut haben“, sich „einen Umbau des Landes vorzustellen: vom jüdischen Staat in eine föderale, binationale Republik“. In dieser wären die Juden dann eine Minderheit, wie in Europa – oder wie in Algerien, Libyen, Ägypten oder dem Irak, als es in diesen Ländern noch Juden gab. Man sieht, worauf das hinausläuft, und warum die Juden sehr viel „Mut“ brauchen werden.

Dass man Boehms „Utopie“ eines jüdisch-arabischen Staates nicht als das

Hauptthema seines Buches ansehen kann, zeigt sich schon daran, wie wenig Platz Boehm auf die Darstellung seines Plans verwendet. Um zu skizzieren, wie seine „Republik Haifa“, aussehen soll, benötigt er nicht mehr als drei Seiten – von insgesamt 256.

Auf diesen drei Seiten präsentiert er einen Zwölf-Punkte-Plan, mit dem er vorgibt, den seit hundert Jahren bestehenden Konflikt zwischen Juden und Arabern zu beenden: Eine binationale Föderation aus „Israel und Palästina“ mit einer gemeinsamen Verfassung will er schaffen, in der alle wohnen dürfen, wo sie wollen. Unabhängig vom Wohnsitz soll jeder Israeli das Recht haben, das israelische Parlament zu wählen, jeder „Palästinenser“ das Recht, das Parlament Palästinas zu wählen. (Boehm sieht offenbar eine Zukunft ohne Mahmud Abbas, der bislang ja jegliche Wahlen unterbindet).

West-Jerusalem wird Israels Hauptstadt, Ostjerusalem die Hauptstadt Palästinas. Es gibt einen gemeinsamen Gerichtshof und „Lenkungsausschüsse“, die beispielsweise für solche Sachen wie die „gemeinsamen Sicherheitsinteressen beider Staaten“ und die „Verteidigung ihrer gemeinsamen Außengrenzen“ (es gibt in Boehms Utopie also immer noch kriegerisch gestimmte Feinde, die den utopischen Staat angreifen könnten) zuständig sind. „In dem gemeinsamen Gerichtshof und den Lenkungsausschüssen werden Jüdinnen und Palästinenserinnen gleich stark vertreten sein“, versichert Boehm.

„Wirtschaftliche Freiheit“ soll es auch geben: „Israelische“ und „palästinensische“ „Staatsangehörige“ sollen gleichermaßen das Recht haben, „auf dem gesamten Territorium zu leben, zu arbeiten und Land zu kaufen“.

Halten wir fest: Jüdische Israelis sollen das Recht bekommen, nicht nur überall in Jerusalem, sondern auch in Hebron, Jericho und Nablus Land zu kaufen? Einen solchen Vorschlag würde selbst der rechteste jüdische Knesset-Abgeordnete nicht machen. Aus Sicht der „Palästinenser“-Führer, die darauf achten, dass kein Jude seinen Fuß in ihre Städte setzt, ist Boehms Plan schon allein deshalb ein Rohrkrepierer. Vielleicht hätte er vor dem Schreiben seines Buches mal mit ihnen reden sollen, um zu erfahren, wie sie so ticken?

Was Boehm auch nicht zu wissen scheint, ist, dass der arabisch-israelische Konflikt nicht etwa darauf zurückzuführen ist, dass es jemals einen Mangel an Plänen für eine friedliche Koexistenz gegeben hätte. Zu Dutzenden solcher Pläne haben die „Palästinenser“-Führer im Lauf der Geschichte – von Amin el-Husseini über Jassir Arafat bis zur derzeitigen geteilten Regierung von Mahmud Abbas und der Hamas – nein gesagt, nun sollen sie plötzlich ja sagen?

Wenn sie den Teilungsplan der Peel-Kommission von 1937, den UN-Teilungsplan von 1947, den Reagan-Plan von 1982, den Camp-David-Plan von 2000 und den Olmert-Plan von 2008 abgelehnt haben, was sollte sie dann für den Omri-Boehm-Plan von 2020 begeistern? Zur Erinnerung: „Palästina“ „innerhalb der Grenzen, die es zur Zeit des britischen Mandats hatte“, ist laut der PLO-Charta „eine unteilbare territoriale Einheit“ und einzig und allein „das Heimatland des arabischen, palästinensischen Volkes“.

Und der Terror?

Aber auch die israelischen Juden dürften Einwände gegen den Boehm-Plan haben. Wenn zwischen Mittelmeer und Jordan völlige Freizügigkeit herrscht, wie verhindert man dann, dass die gleichen Terroristen von Fatah, Hamas und Islamischem Dschihad, die in der Ver-



Bundespräsident Steinmeier mit Israels neuem Regierungschef Bennett

gangenheit Massaker an Juden wie in der Diskothek Delphinarium, der Pizzeria Sbarro oder im Park Hotel verübt haben, das in Zukunft wieder tun werden, wenn kein Zaun sie mehr daran hindert?

Laut Mahmud al-Habbash, dem obersten Schiariichter der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und persönlichen Religionsberater von Mahmud Abbas, ist der Krieg zwischen Muslimen und Juden die im Koran angekündigte Endschlacht, die zur Vernichtung der „Kinder Israels“ führen wird. Wird Boehm Herrn al-Habbash eines Besseren belehren? Schön wäre es, aber zu argumentieren ist bei so prinzipienfesten Leuten meist wenig aussichtsreich.

Die von Boehm vorgeschlagene Freizügigkeit für alle Bewohner zwischen Mittelmeer und Jordan gab es übrigens schon mal: vor dem Oslo-Prozess. Ein palästinensischer Mitarbeiter von „Amnesty International“ erzählte vor einigen Jahren einem Reporter von „Time“, wie sich seine im Westjordanland geborene Mutter an die Zeit vor Oslo zu erinnern pflegte:

„Vor Oslo war es nie so wie jetzt, habibi (Arabisch für „Lieber“; S.F.). Ich konnte von der Arbeit in Jerusalem nach Hause fahren, deinen älteren Bruder von der Kita in Ramallah abholen und zum Strand fahren und dort ein Picknick machen. Es gab keine Mauer. Es gab keine Checkpoints.“

Was sich durch die Oslo-Abkommen geändert hat, war, dass Arafat nun Sturmgewehre, Sprengstoff und Panzerfäuste importieren konnte. Statt Terroristen festzunehmen und an Israel auszuliefern – wie er in den Osloer Abkommen versprochen hatte –, bewaffnete er sie und befahl ihnen, Massaker an Juden zu verüben, in Supermärkten, an Bushaltestellen, in Restaurants, auf Marktplätzen.

Daraufhin musste Israel den Trennungsaum bauen (der an den Stellen, wo Arafats Scharfschützen Menschen töten konnten, eine Mauer ist). Darum gibt es keine Freizügigkeit mehr. Würde man sie wieder einführen, ohne vorher die Waffen einzusammeln, die es in den „Palästinensischen Autonomiegebieten“ gibt, würde das Blutbad just dort weitergehen, wo es 2005 aufgehört hat.

Welche Einrichtung schlägt Boehm vor, um das zu verhindern? In dem Abschnitt seines Plans, der einer Beantwortung dieser Frage am nächsten kommt, konzediert er, „natürlich“ sei sein „Vorhaben mit zahlreichen Komplikationen eigener Art verbunden“. „Spezifische Aspekte der Sicherheit“ müssten „ausgehandelt, konkret geplant, öffentlich be-

ratschlagt und im Ergebnis von den Weltmächten unterstützt werden“.

Die „Weltmächte“ also sollen das Leben der Juden vor denen schützen, die sie vernichten wollen. Das hat schon bei der Evian-Konferenz von 1938 nicht funktioniert und in den letzten Jahrzehnten ebenfalls nicht.

Hat Boehm einmal der „Palästinenser“-Führung zugehört?

Ein anderes Problem, für das ein etwaiger Plan zur Beendigung des Konflikts zwischen Israel und der PLO eine Lösung finden müsste, wäre die von der PLO stets erhobene Forderung eines „Rückkehrrechts“ für alle Nachfahren der Flüchtlinge von 1948.

2008 bot der damalige israelische Ministerpräsident Ehud Olmert Mahmud Abbas an, einen „palästinensischen“ Staat mit mehr als hundert Prozent des Westjordanlandes und Ostjerusalem als Hauptstadt zu gründen; zudem sollte Israel als Geste 150.000 Flüchtlinge von 1948 beziehungsweise deren Nachfahren aufnehmen, über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Abbas, erinnerte sich die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice später, „fing sofort an zu verhandeln: Ich kann nicht vier Millionen Palästinensern sagen, dass nur 5.000 von ihnen nach Hause zurückkehren können“.

Mittlerweile sind es sieben Millionen „palästinensische“ „Flüchtlinge“, ohne deren „Rückkehr“ (nämlich in das Israel innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949) die PLO nicht einmal über einen Termin für Friedensverhandlungen reden würde. Wie löst Boehm das Problem, dass Israel dann Platz schaffen müsste für sieben Millionen arabische Einwohner? Er lässt einen Ausschuss bilden:

„Da die Staatsbürgerinnen beider Staaten volle Freiheiten im gesamten Territorium genießen werden, wird ein gemeinsamer Lenkungsausschuss die Regeln festlegen, nach denen die Einwanderung von Jüdinnen nach Israel und die von Palästinenserinnen nach Palästina erfolgt.“

Zwar präsentiert Boehm eine Utopie, die sich sogar um Details wie jenes kümmert, dass es „gemeinsame öffentliche Gedenkveranstaltungen für den Holocaust und die Nakba geben“ wird – aber die Beantwortung der wichtigsten Fragen überlässt er sicherheitshalber einem zukünftigen „Lenkungsausschuss“, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, was er selbst vorschlagen würde, wenn er Mitglied in jenem Ausschuss wäre. Klammert man alle kontroversen Punkte aus, lässt sich jeder Konflikt sehr leicht

lösen.

Boehms Plan besteht im Grunde in dem Vorschlag, auf die Weisheit von Ausschüssen zu vertrauen, die schon das Richtige entscheiden werden. Würden die getroffenen Entscheidungen dann auch von allen akzeptiert, oder würde es Bürgerkrieg geben? Was Boehms Vorschlag der Freizügigkeit betrifft, hat Mahmud Abbas die Frage schon beantwortet: Er werde in einem zukünftigen palästinensischen Staat „keinen einzigen Israeli“ dulden, sagt er. Auch in diesem Punkt würde Boehms Plan also kläglich scheitern.

Steinmeiers Reisebegleiter: Juden sind „Täter“

Doch das wird Boehm keine schlaflosen Nächte bereiten. Viel wichtiger ist ihm nämlich etwas anderes. Sein eigentliches Herzensthema, dem er den größten Teil seines Buches widmet, ist die Dämonisierung Israels.

Boehms Forderung: die Erinnerung an den Holocaust müsse „entnationalisiert“ werden, indem die „Nakba“ zum „untrennbaren Teil des Holocausts“ gemacht werde. „Die Israelis“ – gemeint sind israelische Juden – könnten sich „nicht guten Gewissens der Geschichte ihrer Opferschaft und Erlösung erinnern ... ohne sich ihrer Rolle als Täter zu erinnern“.

Die Juden sind schuldig, lautet also die Botschaft. Das wird in Deutschland immer wieder gern gehört und erklärt den Erfolg von Boehms Buch. Den Juden dabei zu helfen, sich als „Täter“ zu fühlen, betrachtet Boehm als seinen Auftrag.

Welches Signal sandte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier da an seine israelischen Gastgeber, indem er ausgerechnet in Boehms Begleitung in Israel auftauchte? „Mena-Watch“ fragte nach, ob der Bundespräsident weiß, für welche Positionen Boehm steht. Eine Sprecherin des Bundespräsidenten antwortete, Steinmeier sei bei seinem Staatsbesuch in Israel

„von einer Delegation begleitet worden, die die ganze Breite der einzigartigen deutsch-israelischen Beziehungen widerspiegelt. Dabei gilt selbstverständlich, dass der Bundespräsident sich nicht jede Äußerung jedes Delegationsmitgliedes selbst zu eigen macht“.

Aha, die ganze Breite also. Das bedeutet offenbar, dass Mitglieder der Reisegruppe, die den Staat Israel erhalten wollen, durch jemanden ausbalanciert werden, der auf das Gegenteil hinarbeitet.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Von der EU bezahlt: Die selbsternannten „Faktenchecker“ im deutschen Journalismus

Seit Jahren sorgen sogenannte „Faktenchecker“ dafür, dass besonders Regierung und die Parteien des linken Spektrums bei ihrer Arbeit nahezu immer gut wegkommen. Dabei nehmen es die angeblich unabhängigen „Hüter der Wahrheit“ weder mit ihrer Unabhängigkeit noch mit der Wahrheit sehr genau (JR).

Von Claudio Casula

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ist die größte Nachrichtenagentur Deutschlands. Da sie praktisch alle Rundfunkanstalten und Tageszeitungen mit Nachrichten versorgt, hat sie einen enormen Einfluss auf das, worüber (und letztlich auch mit welcher Tendenz) berichtet wird. Die Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung von Nachrichten, so gibt sie vor, erfüllt sie „unparteiisch und unabhängig von Einwirkungen und Einflüssen durch Parteien, Weltanschauungsgruppen, Wirtschafts- und Finanzgruppen und Regierungen“.

Wie unparteiisch und unabhängig kann die dpa sein, von wem wird sie finanziert? Nun, in den redaktionellen Grundsätzen heißt es:

„Subventionen oder sonstige finanzielle Zuwendungen des Staates erhält dpa nicht. Sämtliche Einnahmen werden auf dem freien Markt erwirtschaftet. Die dpa ist eine GmbH und agiert nach rein marktwirtschaftlichen Prinzipien.“

Das ist beruhigend! Sonst ließe sich womöglich befürchten, die dpa könnte bei ihren Faktenchecks etwaige Sponsoren schonen, aber davon kann natürlich keine Rede sein. In den Faktencheck-Regeln wird diesem Verdacht auch gleich vorgebaut:

„Die dpa ist strikt überparteilich, an keine Konfession oder Weltanschauung gebunden und wirtschaftlich unabhängig. Unter dieser Prämisse wählen wir auch die Themen für unsere Faktenchecks aus. Für uns ist keine gesellschaftliche oder politische

Haltung ausschlaggebend, sondern allein der Geist des Grundgesetzes.“

Sechsstellige EU-Zuschüsse für „visual fact checks“

Und der Geist des Grundgesetzes ist prinzipiell im Kanzleramt zu Hause, weshalb die dpa-Faktenchecker sich gewohnheitsmäßig nicht die Politik der Regierung zur Brust nehmen, sondern deren Kritiker. Die, so belegt der Faktencheck dann regelmäßig, eigentlich immer im Unrecht sind.

Doch halt – wie war das? „Sämtliche Einnahmen werden auf dem freien Markt erwirtschaftet.“ (Der Umsatz der dpa betrug im Jahr 2019 immerhin 92,9 Millionen Euro.) Allerdings ist im „brussels report“ zu lesen, dass das Europäische Parlament allerlei Massenmedien in Europa mit finanziellen Zuschüssen unterstützt, die Liste der Subventionsempfänger ist dort verlinkt. Und auf dieser Liste des Generaldirektorats für Finanzen findet sich u.a. eine gewisse dpa mit Sitz in Hamburg, Germany. Für „visual fact checks (interactive graphics, animated videos)“ flossen 132.093,50 Euro. Aber wurde nicht wörtlich beteuert: „Subventionen oder sonstige finanzielle Zuwendungen des Staates erhält dpa nicht“? Vielleicht nicht des Staates, aber der EU? Also mit unseren Steuergeldern? Pieter Cleppe (auch Achgut.com-Autor) urteilt: „Es ist grundsätzlich besorgniserregend im Sinne der demokratischen Kontrolle, wenn Politiker versuchen, die ‚vierte Gewalt‘ finanziell abhängig zu machen.“



Peter Kropsch ist Geschäftsführer der Deutschen Presse-Agentur.

Schockierend, dass ein kurzer Faktencheck schon die Rede von den ausschließlichen „Einnahmen auf dem freien Markt“ offenkundig widerlegt. Jetzt steht natürlich auch die Frage im Raum, wie objektiv und kritisch die Faktenchecker der Deutschen Presse-

Agentur sind bzw. sein können, wenn es um die EU geht, man beißt ja selten die Hand, die einen (mit)füttert. Wir werden das demnächst mal unter diesem Aspekt stichprobenartig prüfen. Bei unseren Faktencheckern kann man gar nicht vorsichtig genug sein.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

WDR-Redakteur Kellermann: Nichts gegen queeren Antisemitismus – dafür aber gegen Juden

Georg „Georgine“ Kellermann, Studioleiter des WDR Essen, rückt infamerweise den jüdischen Publizisten Henryk Broder in die Nähe des Faschismus (JR).

Von Simone Schermann

Man bekommt den Hamburger Pride Award, wenn man ein Vorbildcharakter für die LGBTIQ-Gemeinschaft ist. Georg „Georgine“ Kellermann ist der erste Anwärter, der diesen Preis 2021 bekommen hat. Herr Kellermann ist Leiter des WDR-Studios Essen und erhielt den Pride Award im Rahmen der Pride Night, mit der die Veranstaltungswochen zum diesjährigen Christopher Street Day (CSD) eröffnet wurden. Neben dem WDR berichtete auch der NDR im Netz nicht ohne Stolz über diese frohe Botschaft.

Kaum bepreist musste Georg Kellermann seinen „Pride“ darüber am 25. Juli 2021 mit einem Tweet krönen. Jedoch leider nicht gegen Antisemitismus oder Judenhass, sondern in seiner ersten „vorbildhaften“ Amtshandlung beleidigte er Henryk Broder, einen Nachkommen von Holocaustüberlebenden. Anders macht man heutzutage nicht von sich reden, als durch die umgekehrte Projektion von Opfern und Tätern. Kellermanns Tweet insinuiert deutlich, Broder sei ein „alter weißer Mann“ und in diesem Jahrhundert zum „Faschisten“ mutiert, falls er das nicht „schon immer war.“

Dabei hätte sich Herr Kellermann stattdessen um Antisemiten in seiner eigenen LGBTIQ-Community kümmern können, die am 24. Juli in Berlin aufmarschierten. Stattdessen twittet Herr Kellermann Bekenntnisse, die an Wunderlichkeit kaum zu übertreffen sind und die für eine

kratie und gegen Antisemitismus e.V.“ (JFDA) und der Zeitung „Der Tagesspiegel“ kam es bei einer queeren Demo zu antisemitischen Vorfällen, zu Angriffen auf die Polizei und Presse, die teilweise aggressiv und gewalttätig waren und bei der jüdenfeindliche und israelfeindliche Hassparolen gebrüllt wurden.

Hier ein Auszug des JFDA-Kommentars:

„Im Zuge der ‚Internationalistischen Queer Pride‘ kam es am 24.07.2021 in Berlin zu antisemitischen Äußerungen und massiven Behinderungen der Pressearbeit. Die Geschehnisse sind zugleich auch ein Sinnbild für die Probleme, die linke Strukturen mit Antisemitismus haben.“

Am Nachmittag des 24. Juli 2021 fand in den Berliner Bezirken Neukölln und Kreuzberg die „Internationalistische Queer Pride“ (IQP) statt. Gedacht war sie als Gegenveranstaltung zu anderen Demonstrationen anlässlich des Christopher Street Days, die in Teilen der linken Szene als zu kommerziell, mainstream, unpolitisch oder nicht radikal genug betrachtet werden. Bei der IQP handelte es sich jedoch nicht nur um eine explizit antirassistische Veranstaltung, sondern auch um eine Demonstration, die vom Berliner BDS-Ableger sowie anderen, der antisemitischen Israel-Boykottbewegung nahestehenden Gruppierungen organisiert wurde.

Teil des Bündnisses, das die Demonstration veranstaltete, waren neben ‚BDS Berlin‘ etliche Gruppen, die bereits am 1. Mai 2021 Mitorganisator:innen der traditionellen 1. Mai-Demonstration in Berlin waren und für antizionistische

Dass keine Kritik an der LGBTIQ+feindlichen Politik der Fatah, Hamas und ihnen nahestehenden islamistischen Gruppierungen geäußert wird, stattdessen aber ‚Kritik‘ an Israel – jenem einen Land im Nahen Osten, in dem queeres Leben ermöglicht und geschützt wird –, lässt sich kaum anders als durch israelbezogenen Antisemitismus motiviert erklären. Auch die Ausblendung anderer antikolonialer oder sonstiger Kämpfe, denen internationalistische Solidarität ausgesprochen werden könnte, bei gleichzeitiger kompletter Konzentration auf den Nahostkonflikt, sagt einiges über den Fokus des QuARC-Bündnisses aus. In diesem Zusammenhang kann durchaus von einer Dämonisierung Israels und von Doppelstandards in seiner politischen Beurteilung gesprochen werden.

Doch schon bevor die Mitarbeiter:innen des JFDA mit der Dokumentation beginnen konnten, wurden sie von Ordner:innen der IQP massiv bedrängt und an der Ausführung ihrer Arbeit behindert. Immer wieder wurden die Pressevertreter:innen des JFDA sowie Kolleg:innen anderer Organisationen und Medien als „Zionistenpresse“ beschimpft – ein Begriff, dessen Ähnlichkeit zum antisemitischen Begriff „Judenpresse“ wohl nicht zufällig ist. Gegenüber einem Journalisten wurde zudem die Drohung ausgesprochen, die „Community“ würde ihn „killen“, falls er Fotos von Demonstrationsteilnehmer:innen veröffentlichte.

Die gezeigten Journalist:innen wurden zudem als ‚rechte Rassisten‘ bezeichnet. Da es sich hier um Bilder von Personen handelt, die unter höchstem Risiko auch neonazistische oder islamistische Bewegungen beobachten, stellen die Verbreitung der Fotos und ein versuchtes Outing eine reale Gefahr für sie dar. Am 25. Juli wurden die Fotos entfernt – allerdings scheinbar nicht von dem inzwischen deaktivierten Account, der sie verbreitet hatte, sondern von der Plattform Twitter. Das QuARC-Bündnis nennt die attackierten Pressevertreter:innen „right-wing journalists“, wobei „journalists“ in Führungszeichen steht. Die Berichte von Übergriffen und antisemitischen Slogans werden zudem als vermeintliche Lügen dargestellt.“

Der Tweet von Georg Kellermann erschien in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu der Pride-Auszeichnung und zu der beschriebenen queer-antisemitischen Demo in der deutschen Hauptstadt, die einmal mehr bewies, dass selbsternannte „Antifaschisten“ sehr wohl Antisemiten sein können, die sich mit Vorliebe als Antizionisten ausgeben. Wir finden sie bei den Sektierern von der DKP, bei der SPD, im grün-alternativen Milieu, bei den Fatah-Schwestern der Jusos und so weiter. Alles „ehrbare Antisemiten“ (Jean Amery), die Pläne für eine „Endlösung“ der Israel-Frage ausarbeiten. Ähnlich wie die queeren Pride-Antisemiten, die nach der „Endlösung“ für Israel rufen.

Es gibt, laut Henryk Broder, über-

zeugte Antisemiten und Gelegenheitsantisemiten, degenerierte und promovierte, habituelle und intellektuelle. Der Antisemitismus ist das „Gerücht über die Juden“, so Adorno oder, „wenn man Juden noch weniger mag als es normal ist.“ Nun hat dieses sich weiterentwickelt: zum Gerücht über Henryk Broder als vermeintlichem Faschisten.

All diese Antisemiten machen natürlich gerne lautstark „Jagd auf Nazis und Faschisten“ und gerieren sich so als vermeintliche Antifaschisten. Da ist natürlich ein Henryk Broder, der die chuzpah besitzt, stattdessen heutige, echte Antisemiten zu outen, genau diesen Schein-Antifaschisten ein Dorn im Auge.

Die höchste Form der Erlösung und der „Wiedergutwerdung“ (Eike Geisel) ist es, sich an den Nachkommen der Juden zu rächen, die den Antisemiten im Gewand des Antifaschisten unangenehm daran erinnern, dass er einer ist: nämlich ein stinknormaler Antisemit.

Anstatt sich also gegen die Antisemiten aus der Queer Pride Community zu stellen und zu sagen: ihr verdient es nicht euch so nennen, hatte Georg Kellermann andere Probleme, denen er sich zuwandte. Fühlte er sich von Broder angesprochen?

Fassen wir also zusammen: Eine links-queere Plattform hat schlicht und ergeifend unter der ekelregenden Maquillage eines hippen, antirassistischen und queeren Anstriches ihren antisemitischen und antiisraelischen Ressentiments freien Lauf gelassen hat. Das aggressive Auftreten, die Bedrohungen, Übergriffe und antisemitischen Hassparolen aus der queeren Demo-Community gegen Juden und den Staat Israel wird von deutschen Journalisten kaum thematisiert. Auch nicht vom preisgekrönten Georg „Georgine“ Kellermann vom WDR-Studio Essen. Kein Tweet, kein Wort zu diesen Vorstufen von Pogromen, ausgehend von gewalttätigen und aggressiven queeren Schlägertrupps auf Deutschlands Straßen.

Der Publizist Eike Geisel schrieb schon vor drei Jahrzehnten: „Abgeschirmt in Reservaten, den Hochsicherheitsghettos der jüdischen Gemeinden, dürfen sie an den Gedenktagen das deutsche Judenschutzgebiet verlassen, um als moralische Pausenclowns für das wohlige Gruseln, für die kleine Betroffenheit zwischendurch sorgen.“ Während also ehrliche, bekennende Nazis uns Juden einfach nur als „Unglück“ bezeichnen, setzte Kellermann den Sohn von Holocaustüberlebenden nicht nur mit Faschisten gleich, sondern er machte damit einen Juden zum eigentlichen und potentiellen Täter. Gleichzeitig ist Georg „Georgine“ Kellermann queerer Judenhass auf deutschen Straßen offenbar nicht der Erwähnung wert.

Irgendwie kommt mir all das nicht koscher vor ...



Verrohung und Verwahrlosung unserer Gesellschaft geradezu exemplarisch stehen.

So kommentierte Georg Kellermann den Beitrag von Henryk Broder "Sagen wir, wie es ist: Der Antifaschismus ist der Faschismus des 21. Jahrhunderts" mit den Worten "Sagen wir es, wie es ist: Auch alte, weiße Männer können im 21. Jahrhundert zu Faschisten mutieren. Wenn sie es nicht schon immer waren."

Laut „Jüdisches Forum für Demo-

und antisemitische Haltungen bekannt sind – wie ‚Palästina Spricht‘ oder dem Berliner Ableger der ‚Migrantifa‘. Die ebenfalls am Bündnis beteiligte Gruppe ‚Berlin Against Pinkwashing‘ ist dafür bekannt, explizit antiisraelische Positionen in den Vordergrund zu rücken und BDS-Positionen zu unterstützen. Hinzu kommt der ‚Jüdische antifaschistische Bund‘, welcher der als ‚Jewish Antifa‘ bekannten Gruppe nahesteht, die durch radikale, antizionistische Positionen in Erscheinung trat.

Politik-Versagen in der Überschwemmungs-Katastrophe: Deutsche Behörden waren offenbar schon im Feierabend

Der Klimawandel als Ausrede für fast jeden Missstand verhindert u.a. die Auseinandersetzung mit tödlicher Behörden-Schlamperei und ebenso die Bestrafung der Schuldigen an dem unsäglichen Leid der von der Unwetter-Katastrophe Betroffenen: Die JR liefert einen Vergleich mit dem effizienten Katastrophenschutz in Israel (JR).



Von Elisabeth Lahusen

Im Westen Deutschlands kommt es seit vielen Jahrhunderten immer wieder zu Überschwemmungskatastrophen.

10. Juli 2021: auf Deutschland rollt eine Katastrophe zu. Aber es ist Samstag, der Leiter des Katastrophenschutzes ist im Urlaub, seine Mitarbeiter offensichtlich im Wochenende und die Meldungen der Wetterdienste können in den Behörden nicht wahrgenommen werden. Wenige Tage danach trifft das Unglück auf unvorbereitete Menschen. Die Katastrophe hielt sich nicht an den Dienstplan der Ämter. Die Flut kam nachts – und da hatte man schon Feierabend. „Tod durch Mailverteiler“ titelt später die „Bild“ und berichtet: „Roger Lewentz (58, SPD), Innenminister von Rheinland-Pfalz sagte, es habe vor der Flut ‚keinen Hinweis‘ darauf gegeben, ‚dass es so dramatische Ausmaße annehmen würde‘. Seinen Krisenstab habe er deshalb am Flut-Abend schon um 19.30 Uhr verlassen.“ Dem zuständigen staatlich finanzierten Sender WDR hat es offenbar die Sprache verschlagen.

Von Jerusalem aus schauen wir fassungslos nach Deutschland. Sind froh, dass die Verwandten sich melden: Nur das Haus ist betroffen... Viele andere haben weniger Glück. Ganze Landstriche sehen aus wie nach dem Krieg. Aber auch jetzt sind die offiziellen Stellen in Deutschland

nicht fähig entsprechend schnell zu reagieren, geschweige denn, die Hilfe zu koordinieren. Fragen drängten sich auf. Wie kann das sein – wir haben doch in Deutschland einen der modernsten Wetterdienste Europas? Wieso wurden Tausende Menschen so überrascht? Wenn es der „Klimawandel“ ist, wie es schon am zweiten Tage hieß, bleibt doch die Frage offen: Stehen wir dem Klimawandel denn so wehrlos gegenüber? Was wäre nötig zur Prävention? Wir versuchen Antworten zu finden.

Umgang mit Katastrophen kann man lernen

Anfrage beim Militärsprecher der IDF: Nach Tagen werden wir mit dem zuständigen Offizier verbunden. Unser Gesprächspartner ist Golan Vach, Kommandeur der israelischen nationalen Rettungseinheit „Heimatfront“. Er ist im Auto unterwegs. Das hochkonzentrierte 16-minütige Telefonat ist für uns wie der Bericht aus einer anderen Welt. Vach war als Leiter eines Teams von Such- und Rettungsexperten gerade aus Miami zurückgekehrt. Am 24. Juni stürzten dort die Champlain Towers South ein, ein 12-stöckiges Gebäude in Surfside, einer Stadt nördlich von Miami Beach.

Dutzende von Bewohnern wurden im Schlaf von den Trümmern ihres Hauses erschlagen. Das siebenköpfige israelische Team des Home Front Command der IDF flog drei Tage nach dem Einsturz in die USA und begann unter der Leitung von Vach Vermisste zu finden und Tote zu bergen.

Die „Heimatfront“ wurde im Februar 1992 eingerichtet – als Lehre aus dem Irak-Krieg. Sie sollte die Bürger auf Notzeiten vorbereiten. Doch die Einheit, die heute Golan Vach befehligt, wurde schon 10 Jahre früher geschaffen als eine Autobombe in der südlibanesischen Stadt Tyros das israelische Militärhauptquartier zerstört hatte. Das „Kommando Heimatfront“ hat einen legendären Ruf. Die hochqualifizierten Spezialisten für vorsichtige Räumarbeiten wurden schon überall in der Welt eingesetzt, in Nepal, Indien, in der Türkei und in Brasilien.

Menschenwürde über den Tod hinaus

Eine besondere Aufgabe der israelischen Retter ist die Identifizierung der Toten mit allen heute zur Verfügung stehenden Methoden. Auch hier begegnet der Glaube der Moderne:

Im Judentum gibt es eine Tradition, dass jeder Tote vollständig begraben werden muss, um am Ende der Tage auch wieder vollständig auferstehen zu können. Vachs Leute vermeiden, einfach Bulldozer zu schicken und die Trümmer beiseitezuräumen. Seiner Einheit geht es darum, Vermisste zu finden, „ohne sie zu zerstören“. Deshalb werden „keine Bulldozer hingeschickt, weil die alles zerreißen“. Sie sehen, wo vielleicht Menschen sein könnten. Dann wird der Beton sorgsam beiseite geräumt, damit die Familien ihre toten Vermissten „komplett“ erhalten. Die Israelis haben dafür eine Methode entwickelt, Menschen über ihre Handys zu orten und mit Suchhunden zu finden. So kann deren Standort genau ermittelt werden, bevor man anfängt zu graben.

Wehrdienst neu denken

Der Kommandeur des Home Front Command ist ein Offizier im Rang eines Generalmajors, der Mitglied des Generalstabsforums und auch der Leiter des Zivilschutzdienstes ist. Ihm untersteht die Rettung, der Befehl über die Rettungsmannschaften, die Gestaltung der Schutzräume, die Aufklärung und die Belehrung der Bevölkerung für Notfälle. In Israel

arbeitet die „Heimatfront“ in enger und kompletter Zusammenarbeit mit Rettungsorganisationen wie Polizei, Feuerwehr und medizinischen Hilfsdiensten, mit lokalen Behörden, Notfallorganisationen und Ministerien. Sie ist eine Rettungs- und Ausbildungsbrigade, die auch die Bevölkerung durch entsprechende lebensrettende Schulungen, Übungen und Richtlinien auf Notfälle vorbereitet. Das Kommando ist in 5 Hauptbezirke mit ihren jeweiligen Unterbezirken aufgeteilt, die mit den 256 lokalen Behörden rund um die Uhr Kontakt halten. In den Einheiten werden Reservisten eingesetzt, die während ihres Militärdienstes bei dem Kommando ihre ersten Erfahrungen sammeln konnten und inzwischen als Ärzte, Ingenieure, Techniker oder Feuerwehrleute arbeiten.

Bürger wurden nicht informiert

Diese klare Struktur fehlt der Bundesrepublik. So war die deutsche Regierung zwar durch das Europäische Flutwarnsystem (Efas) schon frühzeitig vor dem Starkregen gewarnt – die Daten dazu hatte u.a. auch der Deutsche Wetterdienst geliefert – aber die Menschen in den betroffenen Gegenden hatten nichts davon erfahren. In Israel hätte das nicht passieren können. Da sind die Warnsysteme seit jeher zuverlässig mit dem Rundfunk koordiniert und das Abhören der Nachrichten ist landesweit eine Art Volkshobby. Gleichgültig, wo man sich gerade aufhält, ob zuhause, oder am Arbeitsplatz, im Bus, in der Bahn oder auf der Straße: Überall hört man Radio zur vollen Stunde und notfalls auch mal ununterbrochen. Katastrophenmeldungen werden automatisch

zum Aufmacher. Im Fall von Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen oder Libanon kreischen automatisch die Handys in den betroffenen Ortschaften oder Stadtvierteln, egal ob Großstädte wie Tel Aviv oder kleine Kibbuzim an der Gaza-Grenze im Schussfeld liegen. Im Fernsehen wird dann rechts unten auf dem Bild-

richtung am Smartphone eingeht, werden nicht nur entsprechende Anweisungen empfangen, sondern sogar die Leute registriert, die ihre Flucht unterbrechen. Das ist wichtig für die Rettungsdienste, falls jemand stürzt. „Wir planen, häufige Updates auf Anregung von Benutzern vorzunehmen – Sie können uns im Informa-

haltung des Schabbats. Wir erinnern uns: Deutsche Ämter sind am Wochenende nicht besetzt. Deutschland, dessen Kirchen am Sonntag gähnend leer sind, pflegt in den Amtsstuben die Sonntagsruhe – und auf eine Flut, die über Nacht kommt, kann man nicht reagieren, weil man Feierabend hat. Zwar ertrinken auch in Israel Menschen, die trotz Warnung bei Starkregen ihr Auto aus der Tiefgarage holen wollen, oder gerade Überschwemmungstage für Wanderungen durch die Wüste nutzen, aber ein komplettes Versagen der Vorwarn-Systeme wie jetzt in Deutschland kann man sich in Israel nicht vorstellen.

Das israelische Kommando lernt vor allem bei den Auslandseinsätzen immer wieder dazu. In Brasilien zum Beispiel waren sie im Einsatz nach Dambrüchen. Das war eine Gelegenheit, zu untersuchen, wie weit Menschen mit dem Wasser weggeschwemmt werden. Die damals entwickelten Computer-Modelle könnten heute bei anderen Hochwasser-Katastrophen verwendet werden.

Zu den Vorgängen in Deutschland will sich der israelische Kommandeur dann doch nicht äußern. Denn er sei nicht dort gewesen und einen Eindruck über Ursachen und Folgen könne man sich nur selber vor Ort machen. Deutschland habe zudem jegliche Hilfsangebote zurückgewiesen, weil es über ausreichend qualifizierte Hilfskräfte verfüge. Gleichwohl sei ein Team von 15 hochqualifizierten Spezialisten von Israel nach Deutschland gekommen, um sich in der Eifel und in NRW umzuschauen und gegebenenfalls, falls das gewünscht wird, ein paar hilfreiche Tipps zu geben.

„ Deutschland habe zudem jegliche Hilfsangebote zurückgewiesen, weil es über ausreichend qualifizierte Hilfskräfte verfüge.“

schirm eine unübersehbare Tabelle eingeblendet mit den Namen der akut bedrohten Orte. Selbst wer sich von allen Kommunikationsmitteln abnabelt, kann sich in Israel darauf verlassen, die Alarmsirenen auf den Dächern zu hören, um noch rechtzeitig in den mit Stahlbeton ausgestatteten „sicheren Raum“ in der Wohnung, ins Treppenhaus oder in einen Luftschutzbunker zu flüchten. Jederzeit kann man in Israel auch die Notrufnummer der Stadt anrufen, da sitzen dann nicht nur Polizei und Feuerwehr, wie in Deutschland, sondern auch Vertreter der Armee, jeweils 2-3 Offiziere. 24/7 und 365 Tage im Jahr, erzählt uns Vach.

Auch die neue Home Front Command-App ist direkt mit nationalen Systemen verbunden, die den Alarm an jedes Gerät übertragen, sobald er in Sirenen- und Kommunikationssystemen gehört wird, und manchmal sogar davor. Sobald die Benach-

tionszentrum in der App und auch über den App Store kontaktieren. Wir lesen jede Antwort“, berichtete Major Itai Zamir, der dafür zuständige Offizier stolz. In einer Nacht haben Hunderttausende von Benutzern diese App heruntergeladen! (www.idf.il)

Aus der EU erfahren wir dagegen: „Eine neue Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsländer, bis zum 21. Juni 2022 ein Warnsystem via Mobiltelefon einzuführen. (...) Wie der deutsche Innenminister Horst Seehofer bekanntgab, soll die Bevölkerung künftig auch via Push-Nachricht auf dem Handy alarmiert werden.“ (NZZ). (2022!)

Rund um die Uhr dem Leben verpflichtet

Kommandeur Vach trägt selber, so erzählt er uns, ohne dass wir fragen, eine Kippa – er ist also ein frommer Jude. Aber sein Team ist rund um die Uhr im Dienst, weil das Gebot der Lebensrettung noch wichtiger ist als die Ein-

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,

Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Wir haben es nicht geschafft!

Die Spaltung der Gesellschaft und Zerstörung der bürgerlichen Mitte gehören zur Bilanz von 16 langen Jahren Merkel-Kanzlerschaft. Nach den Wahlen im September wird die Regierungszeit Merkel vermutlich zu Ende gehen.

Eine frühe Weggefährtin und ein Israeli blicken zurück auf die Regierungsjahre einer Bundeskanzlerin, die die Bevölkerung polarisiert und die eigene Partei beschädigt hat wie kein Regierungschef vor ihr (JR).

Von Eldad Beck (Israel Hayom)

Die „Story“ der Angela Merkel ist die eines Kleinstadt-Mädchens, das eigentlich keine Absicht hatte in die Politik zu gehen, aber dann doch dazu inspiriert wurde durch ein Ereignis von nationaler Tragweite, und sich aufmachte und der erste weibliche Kanzler in Deutschlands Geschichte wurde.

Merkel wurde 1954 in Hamburg geboren, im Westen Deutschlands. Kurz nach ihrer Geburt zog die Familie nach Templin in Ostdeutschland. Ihr Vater, Horst Kasner, war lutherischer Pfarrer, daher wurde Merkel christlich erzogen, obwohl Ostdeutschland zu dieser Zeit kommunistisch war. Merkel hat niemals offen gegen das Regime opponiert. Sie wurde sogar Mitglied der offiziellen kommunistischen Jugendbewegung FDJ (Freie Deutsche Jugend) unter den Fittichen der marxistisch-leninistischen SED.

Als junge Frau zeigte sie kein Interesse an Politik. Stattdessen begann sie Physik zu studieren. Doch der Fall der Berliner Mauer im November 1989 wurde zum Wendepunkt für Angela Merkel, die sich plötzlich dazu entschloss Politikerin zu werden. Zu dieser Zeit war sie bereits mit ihrem ersten Ehemann Ulrich Merkel verheiratet. Sie wurde Mitglied der Partei „Demokratischer Aufbruch“ und 1991 als jüngste Bundesministerin verantwortlich für das Ressort Frauen und Jugend in der ersten Regierung des vereinigten Deutschlands. Rasch erklomm sie die Karriereleiter und wurde 2005 die erste weibliche Kanzlerin in der Geschichte der Republik. In wenigen Monaten wird sie dieses Amt nach 16 Jahren Amtszeit abgeben, während derer sie das Gesicht Deutschlands entscheidend verändert hat.

Bis vor kurzem, so scheint es, konnte sich Merkel in der Rolle eines „politischen Superstars“ gefallen. Jahrelang wurde sie als eine der mächtigsten Frauen der Welt bezeichnet und erfreute sich einer fast beispiellosen öffentlichen Verehrung, sogar der Vergleich mit Mutter Teresa wurde nicht gescheut. Der frühere US-Präsident Barack Obama nannte Merkel seine „engste Verbündete“. Außerdem erhielt sie Dutzende Orden von anderen Staatsführern und Ehrendoktorate von Universitäten. Doch das alles änderte sich nach ihrer Entscheidung, 2015 Deutschlands Grenzen für Hunderttausende muslimische Zuwanderer zu öffnen – eine Tat, die ihr sowohl die Ernennung als „Person of the Year“ des Magazins „Time“ einbrachte, als auch eine Lawine von Kritik und Verurteilungen.

Merkel gegen Trump

Die Ankunft der Zuwanderer führte zu einem sprunghaften Anstieg von Gewalt, Kriminalität, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Terrorismus, und veränderte vollkommen das allgemeine Urteil über Merkel. Enge Vertraute behaupten, sie hätte schon 2017 ihren Rücktritt erwogen, doch rückte von diesem Vorhaben ab, als Donald Trump zum Präsidenten der



Merkel mit ihrem Kanzleramtsminister Braun

Vereinigten Staaten gewählt wurde. Sie blieb im Amt, um die „westliche liberale Demokratie“ gegen den „nationalistischen Populismus“ des neuen Präsidenten zu verteidigen.

Bei den Wahlen 2017 erreichte Merkels Partei, die Christlich Demokratische Union (CDU), ihr bis dato niedrigstes Ergebnis von 32,9 % der Stimmen. Über Nacht wurde die rivalisierende, auf Merkels Machtverlust zielende neue Partei „Alternative für Deutschland“ drittstärkste Partei im Bundestag.

Neben ihrem eindrucksvollen Bestehen als Deutschlands führende politische Gestalt hat Merkel während ihrer Regierungszeit eine Reihe tiefer politischer Zerwürfnisse ausgelöst. Kritiker bezichtigen sie der Zerstörung ihrer eigenen politischen Partei durch Preisgabe von deren Prinzipien, der Überflutung Deutschlands mit illegalen Immigranten, der Spaltung Europas und zuletzt noch des Missmanagements in der Corona-Epidemie. Deutschland hatte 92.000 Corona-Tote seit Ausbruch der Epidemie. Lediglich 37 % der Bevölkerung wurden bisher geimpft, obwohl BionTech, der Partner des Pfizer-Konzerns bei der Entwicklung des Impfstoffes, eine deutsche Firma ist.

Einer der bekannten Kritiker Merkels ist der deutsch-israelische Schriftsteller Chaim Noll. Er wurde 1954 in Ost-Berlin geboren, seine Eltern waren Anhänger des Kommunismus, doch er selbst verweigerte den Wehrdienst in der ostdeutschen Armee, wofür er in psychiatrischen Gewahrsam genommen wurde. Ihm und seiner Frau blieb nur die Flucht in den Westen. Aufgewachsen ohne Kenntnis des Judentums, begann er

sich als Erwachsener für das Studium seiner Religion zu interessieren. Er wurde observant, änderte den von seinen Eltern gegebenen Namen (Hans) in Chaim und wanderte 1995 mit Frau und Kindern nach Israel aus. Die Familie lebt in der Negev-Wüste, wo Noll weiterhin schreibt und viele Jahre an der Ben-Gurion-Universität unterrichtete.

In der vergangenen Woche hielt Noll einen Vortrag über die alarmierende Zunahme des Antisemitismus in einer Veranstaltung, die von der Alternative für Deutschland organisiert wurde. Wir trafen uns zum Interview in der kleinen Stadt Bamberg im Norden Bayerns. Wenige Tage zuvor, nur ein paar Kilometer entfernt, in Würzburg, hatte ein muslimischer Einwanderer drei Frauen durch Messerstiche ermordet und weitere sieben Menschen verletzt. Die deutschen Medien versuchten, wie dieser Tage oft, den Vorfall als zusammenhanglos darzustellen, nicht als motiviert durch muslimischen Extremismus. Merkel äußerte sich nicht zu diesem Anschlag.

Israel Hayom: Wie kam es dazu, dass du auf einer Veranstaltung der Alternative für Deutschland gesprochen hast?

Chaim Noll: Die „Alternative für Deutschland“ ist nicht ohne Fehler, aber das gilt für alle Parteien. Und ich nehme gern jede sich bietende Gelegenheit wahr, um vor deutschen Parlamentariern über die Bedrohung des jüdischen Lebens in Deutschland zu sprechen. Die CDU lädt mich nicht mehr ein, weil ich Merkel kritisiere. Die Sozialdemokraten boykottieren mich wegen meiner Kritik an Deutschlands Außenpolitik. Und die Partei „Die Linke“, die aus der kommu-

nistischen Partei hervorgegangen ist, lädt mich niemals ein, weil ich in ihren Augen ein Verräter bin, der den kommunistischen Staat verlassen hat. Die „Alternative für Deutschland“ wurde in demokratischen Wahlen gewählt. Man kann so weit gehen zu sagen, dass sie ihren Platz im Bundestag Angela Merkel verdankt. Merkel hat das Ansehen der anderen Parteien beschädigt und steht selbst nur noch für Opportunismus und Festhalten an der Macht. Dadurch ist die Notwendigkeit einer konservativen Partei entstanden, für bürgerliche Wähler mit christlichen Werten.

Israel Hayom: Wie hat sich Deutschland während Merkels Herrschaft verändert?

Chaim Noll: Das Land ist spürbar ärmer geworden und die Menschen weniger hoffnungsvoll. Als Angela Merkel 2005 ihr Amt antrat, war Deutschland ein Land voller Hoffnung. Ich bin 2006 zum ersten Mal nach zehnjähriger Abwesenheit nach Deutschland zurückgekehrt, eingeladen zu einem Schriftsteller-Kongress in Berlin, und damals hat mich die Stadt wirklich beeindruckt. Die Atmosphäre war sehr positiv, überall wurde gebaut, es war eine vielbesuchte, beliebte Stadt. Man konnte sogar mit der Kippa auf dem Kopf ohne Angst durch die Straßen spazieren. Seither bin ich mindestens einmal im Jahr nach Deutschland geflogen und habe mitansehen müssen, wie das Land Schritt für Schritt heruntergewirtschaftet wurde. In Berlin, der Hauptstadt, funktioniert nicht mal mehr die Verwaltung. Meine persönlichen Dokumente wurden gestohlen und ich musste mich an die Behörden wenden, um neue zu bekommen. Ein Vorgang, der im digitalisierten Israel zwei Tage dauert, kostete mich in Deutschland Monate. Merkel und ihre

Regierung haben die Digitalisierung verschlafen. Die haben, wie viele Experten sagen, die Gelegenheit versäumt, in Deutschland die Hightech-Revolution auf den Weg zu bringen. Die Vereinigten Staaten, China, Israel oder Singapur sind Deutschland inzwischen Lichtjahre voraus. Deutschland ist in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts steckengeblieben. Und das kann nicht mehr einfach so aufgeholt werden.

Viele Menschen haben die Hoffnung verloren. Sie erwarten nichts Großes mehr. Jeder weiß, dass sich Deutschland von den Verlusten durch Corona nur langsam erholen wird, falls überhaupt. Wahrscheinlich wird sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtern. Nimm Deutschlands Auto-Industrie: Deutschland hat sich auf die Herstellung von Luxus-Autos spezialisiert, doch das ist nicht mehr der internationale Trend. Die deutsche Autoproduktion, einst Stolz und Hoffnung, die das viele Geld ins Land brachte, schrumpft zusehends. Der Auto-Export nach China war schon vor der Pandemie eingebrochen.

Deutschland ist zu sehr vom Export abhängig. Die Wirtschaft eines Landes auf übermäßigem Export aufzubauen, ist ein Fehler. Die Regierung müsste die lokalen Märkte stimulieren. Die Deutschen verstehen, dass ihre Wirtschaft im Rückgang begriffen ist, und damit schwinden die Hoffnungen für eine bessere Zukunft, die zu Beginn von Merkels Herrschaft spürbar waren.

Israel Hayom: Wie steht es mit der Flüchtlingskrise?

Chaim Noll: Auch hier hat Merkel eine Reihe schwerer Fehler gemacht. Von Anfang an fehlte die Kontrolle, die Zahlen der Flüchtlinge aus dem Nahen Ost und Nordafrika sind niemals überwacht worden. Niemand weiß genau, wie viele von ihnen seit 2015 nach Deutschland eingeladen wurden. Es gibt Schätzungen, wonach Hunderttausende nicht registrierte Immigranten in Deutschland leben, und die Behörden kümmern sich nicht darum. Man weiß überall, dass man ohne polizeiliche Anmeldung in Deutschland leben kann. Merkel hat ein riesiges Problem geschaffen. Deutschland hat einfach nicht die Strukturen für so ein gewaltiges Projekt.

Israel Hayom: Und wie hat sich Merkels Herrschaft auf die jüdischen Gemeinden ausgewirkt?

Chaim Noll: Sie hat ihnen großen Schaden zugefügt. Zwischen den neunziger Jahren und 2005 sind 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Sie hätten nach Israel gehen können, doch sie entschieden sich für Deutschland. Das war Ausdruck eines großen Vertrauens in dieses Land.

Bevor Merkel Regierungschefin wurde, hat die deutsche Regierung eine Menge Geld in die jüdischen Gemeinden investiert. Sie baute Gemeindezentren sogar an Orten, wo vor dem Zweiten Weltkrieg kaum Juden gelebt hatten. Merkel ruinierte all das an einem einzigen Tag, als sie Hunderttausende der schlimmsten Judenfeinde ins Land ließ. Man kann davon ausgehen, dass sie ihre Entscheidung traf, ohne überhaupt an die Juden zu denken. Und dadurch für sie eine ständige Bedrohung schuf. Die Synagogen sind wie Festungen und die jüdischen Schüler werden von Security nach Hause begleitet. Das ist kein jüdisches Leben. Viele verlassen Deutschland und gehen in andere Länder. Die Lage ist noch nicht so schlimm wie in Frankreich, doch wenn es so weitergeht, wird es bald sein wie dort.

Merkel versteht nichts vom Islam. Sie und ihre Minister haben Berater, die

dafür bezahlt werden, Unwahrheiten über den Mittleren Osten und den Islam zu verbreiten. Einige wenige haben versucht, ihr die Gefährlichkeit ihrer Entscheidung zu erklären, doch sie war nicht bereit zuzuhören. Wenn man Hunderttausende Muslime ins Land holt, sollt man vorher wenigstens die Grundlagen des Islam kennen, nicht wahr? Aber was denkst du: Hat irgendwer in der deutschen Regierung jemals den Koran gelesen?

Merkel nahm an, das wären nette Leute. Wie Polen oder andere Fremde. Sie wollte Deutschland unbedingt als ein Land darstellen, das keine Fremdenfeindlichkeit duldet. Aber die Menschen, die im Protest gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung auf die Straßen gingen, taten es nicht aus Fremdenfeindlichkeit, sondern weil die Einwanderer eine mit den hiesigen Werten unvereinbare Mentalität mitbringen. Sie behandeln Frauen wie Menschen zweiter Klasse und wurden von klein auf zum Hass gegen Christen und Juden erzogen.

Merkel hält niemals ihre Versprechen. Sie hat eine Menge Leute schwer enttäuscht, darunter auch viele, die einst mit ihr gearbeitet haben. Sie hat den Juden vorgegaukelt, Deutschland wäre für sie ein sicherer Ort, doch sie hat auch dieses Versprechen gebrochen.

Israel Hayom: Sie hat einst erklärt, dass die Existenz Israels von vorrangigem nationalem Interesse für Deutschland sei.

Chaim Noll: Ich bin nicht ganz sicher, was dieses Statement bedeuten soll. Merkel ist eine gerissene und opportunistische Frau, die versteht, was Israel Deutschland zu bieten hat. Sie sah, dass viele junge Israelis in Israel nicht wirklich den geeigneten Platz finden können und viele – wegen des starken demographischen Wachstums – keinen Job. Daher machte es ihre Regierung jungen Israelis leicht, für Deutschland Visum und Arbeitsgenehmigung zu bekommen, was Tausende von ihnen veranlasste, nach Deutschland zu ziehen. Sie ermöglichte es den Nachkommen deutscher Juden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Sie können daher in Deutschland studieren, ohne – wie in Israel üblich – dafür Studiengebühren zu bezahlen. Ein cleverer Schachzug.

Dennoch nahm sie allmählich in ihrer Außenpolitik pro-„palästinensische“ Positionen ein. Vielleicht ist „Verrat“ hier noch nicht das richtige Wort, um zu beschreiben, was Merkel getan hat. Aber sicher ist, dass sie immer weniger Rücksicht auf Israel nimmt.

Israel Hayom: Worin zeigt sich das?

Chaim Noll: Während der israel-feindlichen Proteste anlässlich des letzten Israel-Hamas-Konflikts blieb sie stumm. Sie hätte sich klar positionieren können gegen die Leute, die vor deutschen Synagogen aufmarschiert sind und dort rassistische Beleidigungen gebrüllt haben. Keiner von ihnen wurde verhaftet. Die Behörden behaupten, sie könnten die Verantwortlichen nicht auffindig machen, dabei wurde alles von Kameras gefilmt. Wenn Merkel gesagt hätte: Ich erwarte von der deutschen Justiz, dass sie die Leute vor Gericht bringt, die zum Judenmord aufgerufen haben, dann wäre das geschehen. Aber sie blieb stumm. Das war nun wirklich Verrat.

Vera Lengsfeld

Eine andere kritische Stimme gegen Merkel ist die Politikerin Vera Lengsfeld. Sie wurde 1952 in Ost-Deutschland geboren. Als junge Frau opponierte sie gegen das kommunistische Regime und nahm an Protestaktionen

teil, weshalb man sie verhaftete und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte. Später wurde ihr die Ausreise in den Westen nahegelegt. Gleich nach dem Fall der Berliner Mauer kehrte sie ins frühere Ost-Berlin zurück und wurde ins erste (und einzige) demokratische Parlament Ost-Deutschlands gewählt. 1990 wurde sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages und blieb es bis 2005, dem Jahr, als Angela Merkel Kanzlerin wurde. Obwohl immer noch Mitglied der CDU, verbirgt Lengsfeld nicht ihre Kritik an Bundeskanzlerin Merkel.

Vera Lengsfeld: Merkel übernahm eine funktionierende, starke deutsche Wirtschaft, doch nach 16 Jahren hinterlässt sie ein Land, das dringend erholungsbedürftig ist. Wer immer nach ihr Bundeskanzler wird, hat mit einer Menge Schwierigkeiten zu kämpfen. Deutschland wurde durch die von Merkel vorangetriebene Energie-Revolution beschädigt, als sie nach dem Fukushima-Desaster von 2011 entschied, die deutschen Atomkraftwerke abzuschalten. Dadurch wurde die Elektrizität in Deutschland eine der teuersten in der Welt, wenn nicht die teuerste. Seither braucht Deutschland ständig elektrischen Strom aus dem Ausland, wodurch das Land in (politische) Abhängigkeit gerät. Für ein Industrieland ist das eine nicht ungefährliche Situation.

Zu allem kommt nun das enorme Versagen im Umgang mit der Pandemie. Von Anfang an reagierte Merkel falsch. Sie machte jeden nur denkbaren Fehler. Zu Beginn war die Regierung ignorant, erklärte, es bestehe kein Grund zur Panik und zum Tragen von Masken. Dann erklärte man das Tragen von Masken plötzlich zur Pflicht, doch nun gab es keine zu kaufen. Daraufhin veranlasste die Regierung private Anbieter, Tonnen von Masken zu importieren und versprach, den Ankauf zu finanzieren. Sie bezahlte die Ankäufer dann aber nicht, die Schulden belaufen sich auf rund 600 Millionen Euro, und die irregeleiteten Anbieter beginnen nun, die Regierung zu verklagen.

Die Preise für Masken waren astronomisch. Abgeordnete bereicherten sich durch illegale Begünstigung der Maskenhersteller. Heute sitzt die Regierung auf Bergen von Masken. Dafür wurde der Schutz von Risiko-Gruppen versäumt. Als sich die Gefährlichkeit des Virus für ältere Menschen in Pflegeheimen herausstellte, hatte die Regierung lange keine Strategie, wie man sie schützen könnte. Bis heute gibt es keine Strategie für das Schulsystem, das sich in völligem Chaos befindet.

Vor allem aber versagte die Regierung bei der Impfung. Inzwischen sollten alle deutschen Staatsbürger geimpft sein, aber wir sind nicht annähernd so weit. Ich ge-

höre zu einer Risiko-Gruppe. Doch ich lebe in Berlin und bin bis heute nicht immunisiert. Als sich die Regierung schließlich entschloss, massenhaft Tests durchzuführen, wurden große Geldsummen für Test-Center bereitgestellt, doch die Tests wurden in vielen Fällen gar nicht durchgeführt. Keine der Aktionen der Regierung zur Eindämmung der Pandemie hat wirklich funktioniert.

Es gibt keine Demokratie mehr. Was wir in den vergangenen Jahren erlebt haben, war die Unterminierung des Rechtsstaates. Von dieser Art waren auch die Maßnahmen der Regierung im Kampf gegen das Covid-Virus: Restriktionen, Lockdowns, Ausgangssperren, das Verbot von Demonstrationen. Gegen die Beschränkungen konnte kein Rechtsanspruch geltend gemacht werden. Vieles erinnerte an die Situation in Ostdeutschland, als es gleichfalls unmöglich war, der Regierung durch das Rechtssystem Widerstand entgegenzusetzen.

Israel Hayom: Wie erklären Sie sich Merkels Transformation von einer gemäßigt konservativen und liberalen Politikerin zu einer, die immer mehr linke Positionen übernommen hat?

Vera Lengsfeld: Ich bin nicht sicher, dass sie eine Transformation durchgemacht hat, denn ich weiß nicht, ob sie überhaupt jemals irgendwelche Standpunkte hatte. Ich kenne sie persönlich seit 1990 und denke, sie tut, was sie im betreffenden Augenblick für am vorteilhaftesten hält. Eine Zeitlang war sie eine Reformerin. Die Reformen, die sie förderte, ehe sie Kanzlerin wurde, haben Deutschlands Wirtschaft geholfen. Sie unterstützte die Steuerreform, die Reform des Gesundheitswesens und die des Rentensystems. Doch kaum war sie Kanzlerin, setzte sie nicht eine ihrer Ankündigungen um. Sie gab das alles auf und verfolgte eine durchweg sozialdemokratische Politik. (Drei von Merkels vier Regierungen basierten auf einer sogenannten „Großen Koalition“ zwischen Konservativen und Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten waren wenig erfreut, dass sich Merkel einfach ihre Politik aneignete, und betonten, alle Leistungen der Regierungen, in denen sie vertreten waren, seien eigentlich ihre Ideen.

Israel Hayom: Manche behaupten, Merkel hätte Deutschlands Position in der Welt gestärkt.

Vera Lengsfeld: Nein, sie hat nichts gestärkt. Nur ruiniert. Europa ist gespalten und Deutschlands Image als glaubwürdiger Partner beschädigt. Auch die Tatsache, dass Deutschland in den Vereinten Nationen auffallend oft für die Verurteilung Israels stimmt, ist kein Zeichen einer glaubhaften Politik. Schließlich hat sie einst vor der Knesset erklärt, die Existenz und Sicherheit Israels wären in Deutschlands nationalem Interesse. Das finde ich geradezu empörend.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Brisante Falschbehauptung des Auswärtigen Amtes: Gaza angeblich bis heute von Israel besetzt

Auf den amtlichen Internetseiten des deutschen Außenministeriums steht seit 2019 die unwahre Behauptung, der Gazastreifen sei seit 1967 bis heute von Israel besetzt (JR).

Von Mirjam Lübke

Zwei Monate nach meiner Anfrage an das Auswärtige Amt, in der es um den rechtlichen Status des Gaza-Streifens ging, geruhte man mir nun endlich zu antworten. Damals hatte mir während einer Diskussion in den sozialen Medien ein junger Araber stolz einen Link zu dessen Homepage geschickt, um den Beweis dafür zu erbringen, dass Gaza israelisch besetzt sei. Wenn sogar das Auswärtige Amt das schriebe, dann müsse es ja wohl stimmen.

Zunächst konnte ich es kaum glauben. Zwar ist bekannt, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier – so wie einige andere Politiker der SPD – den „Palästinensern“ recht herzlich zugeneigt ist. Auch sind die finanziellen Zuwendungen an das „Flüchtlingshilfswerk“ UNWRA seitens der Bundesregierung kontinuierlich gewachsen. Aber eine israelische Besetzung des Gaza-Streifens zu behaupten und das auf einer amtlichen Seite – das erschien mir doch zu abwegig.

Und doch, da stand es, unter dem genannten Link! Gaza sei seit 1967 von Israel besetzt – mit einem Datum vom November 2019! Seit 2005 sollte doch jemand die Gelegenheit gehabt haben, die Seite zu aktualisieren? Das war das Jahr des Abzugs der israelischen Truppen aus Gaza. Das Jahr, in dem auch die jüdischen Siedler aus Gush Katif und anderen Siedlungen für die Hoffnung auf Frieden alles zurücklassen mussten. Bekanntlich war diese Hoffnung umsonst – Gaza verwandelte sich in ein Cape Canaveral des Raketenterrors gegen Israel.

Jeder mit ein wenig gesundem Menschenverstand sollte erkennen können, dass so etwas unter israelischer Besetzung wohl kaum möglich wäre, so auch mein Argument in Diskussionen – was sollten das für Besatzer sein, unter deren Augen derartige Abschussrampen errichtet werden können? Also fragte ich höflich beim Auswärtigen Amt nach, warum der Eintrag noch nicht aktualisiert worden sei. Schließlich diene er gerade in politischen Krisen als Informationsquelle, auf deren Verlässlichkeit die Leser vertrauen.

Viel Meinung, wenig Ahnung

Denn Ende Mai dieses Jahres, als die „palästinensischen“ Raketenangriffe auf Israel einen neuen Höhepunkt erreichten, tobte auch in den sozialen Medien wie Twitter der verbale Stellvertreterkrieg zwischen den Unterstützern des jüdischen Staates und den „Free Gaza“-Aktivisten aller Couleur. In letzterer Fraktion spielt es eigentlich fast keine Rolle mehr, ob man es mit Deutschen oder „Palästinensern“ zu tun hat, der Hass auf Israel, getarnt als Sorge um die Menschen im Gaza-Streifen, ist groß, die Unwissenheit über den Status des Areal noch größer.

Sparen wir uns den komplizierten



Das Auswärtige Amt und seine Falschmeldung

Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Staates Israel, es genügt zu wissen, dass das Narrativ des „gegrabten Landes“ allgegenwärtig ist. Die Rolle der Terrororganisation Hamas in der Gegenwart allerdings eher weniger. Auch ich bin keine Nahost-Expertin und frage mich des Öfteren, welche Verflechtungen nun wieder am Werk sind, wenn es im Nahen Osten brodelt. Aber man muss auch kein Experte sein, um zu sehen, wie die Hamas immer wieder provoziert und welche öffentlichkeitswirksamen Taktiken sie dabei anwendet. Sie kultiviert ihr Image als schlecht ausgerüstetes Häuflein Rebellen, das tapfer Widerstand gegen die High-Tech-Nation Israel führt. Dass auch eine „selbst zusammengebastelte“ Rakete den Luftalarm in den betroffenen israelischen Orten auslöst und neben Sachschaden eine enorme psychische Belastung bei den Menschen verursacht, wird auch von vielen Deutschen nicht wahrgenommen. Dabei ist diese Zermürbung eine klassische Taktik eines asymmetrischen Krieges.

Die Medienberichterstattung in Deutschland springt auf diese Masche der Hamas bekanntlich oft mit Begeisterung an und berichtet über die israelische Gegenwehr ganz so als erfolge sie aus heiterem Himmel. Aus heiterem Himmel erreichte mich heute auch die Antwort des Auswärtigen Amtes, mit der ich schon gar nicht mehr gerechnet hatte. Auf ein „Wir entschuldigen uns für unser Versäumnis und haben den Seiteneintrag kor-

rigiert“ wartete ich freilich vergebens. Stattdessen erklärte man mir, warum dort alles so stand, wie es dort stand:

„Sehr geehrte Frau Lübke, wir beantworten Ihr Schreiben vom 26.05.2021 zum völkerrechtlichen Status von Gaza.“

Die Palästinensischen Gebiete (Ost-Jerusalem, Westjordanland und Gaza) und der Golan wurden 1967 von Israel besetzt. Die Bundesregierung unterscheidet strikt zwischen dem Gebiet des Staates Israel und den besetzten Gebieten.

In den 1990er Jahren schloss Israel mit der PLO (Palestine Liberation Organization) das Interimsabkommen über das Westjordanland und Gaza (sog. Oslo-II Abkommen), welches eine palästinensische Selbstverwaltung für das Gebiet vorsah.

Im Jahr 2005 zog Israel im Rahmen des sogenannten „Disengagement Plans“ seine Landstreitkräfte aus dem Gebiet Gazas ab und räumte dortige israelische Siedlungen. Am 12. September 2005 erklärte das israelische Kabinett die militärische Besetzung des Gazastreifens formal für beendet. Für die Palästinensische Autonomiebehörde erklärte Präsident Abbas, dass der rechtliche Status von Gaza sich nicht geändert habe.

In einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen wird Gaza weiterhin als Teil der besetzten palästinensischen Gebiete betrachtet.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr Nahostreferat“

Da war ich erst einmal platt. Nicht

Deutschlands so oft beschworener Bündnispartner Israel bestimmt also durch Parlamentsbeschluss, dass die Besetzung beendet ist. Immerhin ist die Knesset demokratisch legitimiert und in ihr sitzen auch arabische Israelis. Nein, bedeutsam ist hier vor allem die Aussage des seit Jahren Neuwahlen verweigernden „Präsidenten“ der PA, Mahmud Abbas. Für die notorisch israelfeindliche UNO ist Gaza sogar „weiterhin Teil der besetzten palästinensischen Gebiete“ – und das deutsche Außenministerium macht sich diese Lüge offenbar auch noch zu eigen!

Da wird die Bundesregierung nicht müde, ihre „besondere historische Verantwortung“ für Israel zu betonen, Präsident und Außenminister legen bei jeder Gelegenheit Kränze für ermordete Juden nieder, aber wenn es um ein einfaches Bekenntnis zu einem durch Fakten gestützten Beschluss der Knesset geht, hält man sich plötzlich an die Aussage der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und die Fehleinschätzungen der israelfeindlichen UNO. Im Gesamtbild und in der Rückschau auf andere Entscheidungen – etwa die Nichtanerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels oder die eifrige Zusammenarbeit mit dem Iran – kann man nur feststellen: Auf solche Unterstützung durch Deutschland kann Israel gut und gerne verzichten. Das Auswärtige Amt hat hier zugleich ein Zeugnis seiner Rückgratlosigkeit abgelegt. Israel hat in Deutschland viele Freunde und Unterstützer, aber auf den deutschen Staat sollte es sich nicht verlassen.

Synagoga und Ecclesia: Was hat eine judenverunglimpfende mittelalterliche Statue in Bamberg mit dem heutigen Antisemitismus zu tun?

Vor dem Hintergrund einer bekannten Judenschmäh-Figur blendet der Chef des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, bei seinem Vortrag in Bamberg anlässlich des Jubiläums „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ erneut den virulenten und gewalttätigen Antisemitismus vor allem von islamischer Seite weitestgehend aus (JR).

Von Jaffa Lyn

Ecclesia und Synagoga sind der Stein des Anstoßes. Beide Steinfiguren stehen als Kopien auf gegenüberliegenden Säulen des Fürstenportals des Bamberger Doms mit seinem monumentalen Weltgericht. Ecclesia, das Christentum und seine Kirche, und Synagoga, das Judentum symbolisierend.

Ecclesia, mit Krone auf dem Haupt, das Gewand dicht gefaltet, den Leib verdeckt, steht starr und gerade vor dem Gewände. Einst hielt sie in der rechten Hand einen Kelch und in der linken Hand einen Kreuzstab. Hände, Kelch und Kreuzstab fehlen heute.

Synagoga, die Hüften sacht geschwungen, steht auf der Seite der Verdammten, den Kopf seitlich geneigt, die Augen verbunden. In ihrer rechten Hand hält sie einen zerbrochenen Stab und aus ihrer linken entgleiten ihr die Gesetzestafeln von Mose. Unter ihr blendet der Teufel einen aus ihrem Volk.

Die Originale stehen heute im Dom. Kunsthistorisch entstanden beide Figuren in der Hohen Zeit der Gotik im Jahre 1225. Sie gelten als Meisterwerk des Hochmittelalters.

Anlässlich des Jubiläumsjahrs „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ hat das Erzbistum Bamberg mehrere Runde Tische einberufen, um verschiedene Meinungen einzuholen: wie soll man mit dem antijüdischen Erbe umgehen? Und begünstigt der Antijudaismus den gegenwärtigen Antisemitismus?

Podiumsdiskussion und Runder Tisch

Auf einer Podiumsdiskussion im hellen Dominikanerbau der Universität Bamberg fand sich am 7. Juli 2021 um Josef Schuster (Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland) und Ludwig Schick (Erzbischof von Bamberg) ein Gesprächskreis zusammen, der sich auf vorwiegend theologischer und denkmalpflegerischer Grundlage am weiteren Schicksal der Synagoga- und Ecclesia-Statuen im und am Bamberger Dom abarbeitete. Dabei wurden aus den mittelalterlichen antijüdischen Stereotypen Bezüge zum heutigen Antisemitismus hergestellt. Auch bei dieser Veranstaltung lag der Schwerpunkt auf christlichem Antijudaismus, während die meisten Juden sich heute eher von Muslimen bedrängt fühlen. Die deutschen Leitmedien bagatellisieren dieses aktuelle Problem ebenso wie der Zentralrat der Juden.

Verschiedene Ideen zum Verbleib oder zur Entfernung der beiden Statuen wurden erörtert. Der Erzbischof Ludwig Schick plädierte für einen Verbleib beider Statuen im Inneren des Doms. Wohingegen sich Herr Schuster für einen Verbleib von Synagoga und Ecclesia außerhalb des Doms, in einem Museum, aussprach. Damit aber wird weder der Antisemitismus noch die Israelfeindlichkeit verschwinden. Vertreter der Denkmalpflege sind für einen Verbleib beider Statuen im Dom, wo sie sich derzeit schon befinden.

Weitere Vorschläge waren bei-



Synagoga und Ecclesia in Bamberg

spielsweise die Aufstellung moderner Skulpturen, die eine Versöhnung von Judentum und Christum fröhlich verkünden, verbunden mit dem frommen Wunsch, dass die ehemalige antijudaistische Deutung abgemildert wird oder gar verschwindet. Eine Pädagogin empfahl eine Fotodokumentation im Inneren des Domes über das Leben und Sterben von Juden in deutschen Konzentrationslagern. Sie erhoffte sich eine erzieherische Wirkung und Mahnung zugleich.

Im Gespräch mit Dr. Dr. Matthias Scherbaum, Theologe und Philosoph, kam der Gedanke, Aufklärung über die beiden Statuen im Dom mittels QR-Codes sichtbar zu machen. Einer der

wenigen vernünftigen und umsetzbaren Vorschläge!

Die Judaistikprofessorin an der Uni Bamberg, Susanne Talabardon, stellte eine „weise“ Frage. Sie wollte wissen, ob denn bei der Veranstaltung auch Juden anwesend seien und was deren Meinung zum Verbleib der beiden Statuen wäre. Dies sei doch interessant, denn schließlich beträfe es vor allem sie. Es meldete sich niemand. Die jüdische Gemeinde hatte nur drei Karten erhalten zu dieser exquisiten Veranstaltung.

Wie wirken Ecclesia und Synagoga heute auf Juden?

Beide Statuen stehen jetzt ohne Selbpreisung und Verdammnis, auf sich

selbst zurückgeworfen, im südlichen Schiff des Domes.

Eine mögliche Antwort könnte sein: Von der einst triumphierenden Ecclesia ist nicht viel geblieben. Die Kirche ist inzwischen in die „Jahre gekommen“. Ohnmächtig und handlungseingeschränkt steht sie da: ohne Hände, Kelch und Kreuzstab. Angekommen in der Gegenwart. Sehr authentisch!

Und Synagoga? Tapfer und anmutig hat sie alle Demütigungen ertragen. Es mag sein, es gleiten ihr die Tafeln aus der Hand. Aber sie liegen nicht auf dem Boden. Und Synagoga hat ihre Treue bewahrt und den Bund nicht gebrochen, und sie steht schöner da denn je: anmutig und stolz.

Vom Regen in die Traufe: Merkels Abgang wird das von ihr als Kanzlerin zu verantwortende politische Desaster in Deutschland nicht beenden

Es ist sicherlich ein Irrtum anzunehmen, dass mit Angela Merkels überfälligem Abschied in Deutschland eine politische Wende zum Besseren eingeleitet wird. Folgt man den Umfragen und betrachtet die potentiellen Kandidaten für die kommende Bundestagswahl, so steht der Fortsetzung des bisherigen desaströsen Merkel-Kurses auch ohne die Kanzlerin Merkel nichts im Wege. Das verfilzte Geflecht aus Journalisten und Politikern wird auch weiterhin keine Gelegenheit auslassen am ideologischen Umbau, der Cancel Culture und dem kulturellen Niedergang dieses Landes arbeiten (JR).

Von Edgar Emanuel Roth

In Erwartung der kommenden Bundestagswahl und Angelas Merkels Erklärung, sich nicht wieder zur Wahl zu stellen, kommt man in Versuchung, eine kritische Bilanz ihres Wirkens zu erstellen. Doch ist höchste Vorsicht geboten. Denn ein Ende ihrer Kanzlerschaft bedeutet noch lange kein politisches Ende.

Vielleicht kommt sie als Bundespräsidentin zurück auf die politische Bühne oder sie findet in der EU oder in der UNO einen – aus ihrer Sicht – angemessenen Posten. Alles ist möglich und man sollte diese Frau nicht voreilig abschreiben. Diesen Fehler haben schon zahllose Konkurrenten vorher begangen, die daraufhin in die politische Bedeutungslosigkeit stürzten oder domestiziert wurden und fortan das Hohelied auf ihre Kanzlerin sangen.

Das große machtpolitische Geheimnis Angela Merkels ist ihr Umgang mit den Medien. Wenn Nicolo Machiavelli aus dem Grabe steigen würde, um seine Hauptwerke über Politik und Macht, „Der Fürst“ und „Discorsi“, zu überarbeiten und zu aktualisieren – Angela Merkel würde mit Sicherheit ihr eigenes Kapitel bekommen. Im Kern würde es darum gehen, dass die Bundeskanzlerin mit den Medien eine strategische Partnerschaft eingegangen ist.

Die Mehrzahl der Journalisten in diesem Land hat eine linke Weltanschauung und vertritt politische Ansichten zwischen Linkspartei und Grüne, mit etwas SPD dazwischen.

Die Mehrheit der Bürger aber wählt auf Bundesebene regelmäßig konservative Parteien oder solche, die der Wähler für konservativ und bürgerlich hält.

Bezahlung der Journalisten durch die Hintertür

Angela Merkel wiederum hat ihre Partei in den letzten Jahren Stück für Stück nach links modernisiert und setzt beharrlich linke Positionen um. Dafür ist ihr der Beifall von linker Seite sicher und im Gegenzug bekommt die Kanzlerin aus diesem Milieu volle Unterstützung für ihren Kurs. Merkel ihrerseits hat aber die Medien über finanzielle Zuwendungen an sich gebunden. Regierungsseitige Anzeigen sind im harten medialen Alltag willkommen und lindern die finanzielle Not, in der sich viele private Zeitungen und Zeitschriften befinden. Und welcher Verlag beißt schon die Hand, die ihn füttert? Die öffentlich-rechtlichen Medien hingegen brauchen für ihren unersättlichen Finanzbedarf den Goodwill der Politik. Natürlich wird mal hier und da ein Politiker zum Abschuss freigegeben. Eine hervorragende Angelegenheit für beide Seiten. Ambitionierte Politiker können unliebsame Konkurrenten aus dem Weg räumen und die Sender können „Staatsferne“ und „Unabhängigkeit“ demonstrieren. Der zahlende Bürger soll ja auch etwas geboten bekommen.

Aber zurück zu Angela Merkel. Sie hat eine Energiewende zu verantworten, die bis 2025 den deutschen Steuerzahler 500

Milliarden Euro kosten wird und unterm Strich – außer den höchsten Stromkosten – Deutschland nichts bringt. Das Energienetz in Deutschland befindet sich regelmäßig am Rande des Kollapses. Nur über Notabschaltungen in der Industrie können Zusammenbrüche vermieden werden. Hören Sie von diesen Missständen etwas in den Leitmedien? Eher nicht.

Der Antisemitismus feiert in Deutschland Höchststände. Woher kommen diese Menschen, die auf Demonstrationen Israel das Existenzrecht absprechen und Juden beleidigen – wir wissen es alle. Aber wenn man deren Herkunft ansprechen würde, müsste die Gesellschaft auch über massenhafte illegale Einwanderung sprechen und diskutieren. Und was noch viel wichtiger ist – sie müsste gar zu politischem und behördlichem Handeln kommen. Aber seien wir ehrlich: Außer tränenreiche Sonntagsreden um den heißen Brei gibt es keine Konsequenzen. Außer, dass man feststellt, dass der „Topf gegen Rechts“ noch weiter gefüllt werden müsse.

Aber wie geht es mit Deutschland weiter, wenn Angela Merkel das Kanzleramt geräumt hat?

Werden sich die Verhältnisse normalisieren? Die Aussichten sind in Wahrheit eher düster, denn Deutschland befindet sich seit Jahrzehnten in einem Putsch, der in Zeitlupe stattfindet und das Land Stück für Stück zerfallen lässt.

Dieser Langzeit-Putsch erfolgt auf zwei Ebenen:

Zum einen auf der schulischen Ebene. In der Bildung scheint man sich davon verabschiedet zu haben, Wissen zu vermitteln. Statt den Kindern Strategien beizubringen, wie sie die Welt erkennen und Sachverhalte vollständig durchdringen können, werden Ideologien gebüffelt und wird Moral gepaukt. Wen wundert es da, dass Universitätsprofessoren sich über rechtschreib- und rechenschwache Studenten aufregen, die zwar unfähig zum Recherchieren sind, aber ihren Biologie-Dozenten vorschreiben wollen, wie viele Geschlechter es gibt?

In der Schulpolitik gilt nicht mehr das Humboldt'sche Bildungsideal, das sich nach oben orientiert; stattdessen werden die Anforderungen nach unten geschraubt. Einige Spitzenpolitiker in Bund und Ländern sind hingegen bei ihren eigenen Kindern sorgsam darauf bedacht, diese in exzellente Privatschulen zu schicken. Denn sie wissen nur zu gut, welche Katastrophen sie denen zumuten, die schon länger hier leben.

Die zweite Ebene des klammheimlichen Staatsstreiches ist exklusiver angesiedelt. Es handelt sich dabei um Spitzenämter in Verwaltungen, Gerichten, Parteien und in sogenannten Thinktanks, zu Deutsch „Denkfabriken“. Hier wird Schritt für Schritt am grundgesetzwidrigen Umbau eines Staates gearbeitet, wobei der störende Souverän – der deutsche Staatsbürger und Wähler – konsequent ausgeschaltet wird.

Die Taktik läuft dabei nach dem immer



gleichen Muster ab: Die Denkfabriken überlegen sich eine neue gesellschaftliche Transformation. Sei es Inklusion, Gender-Mainstreaming, Klimakatastrophe, eine Trendwende in der Wirtschaft, die „Ehe für alle“ oder die Schaffung islamischer Sonderrechte. Journalisten greifen diese Gedanken auf und publizieren sie in ihren Magazinen. Politiker adaptieren den neuen Trend und engagieren sich dafür.

Kritiker dieser Ideen werden diffamiert und aus dem Diskurs entfernt. Nach zehn Jahren Indoktrination in Presse, Fernsehen und Schule glaubt eine Mehrheit an die verbreiteten Ideen oder hält sie für fortschrittlich.

Abgelenkt durch familiären und beruflichen Alltag

Denn der ganz normale Bürger begeht den fatalen Fehler, selbsternannten Fachleuten und Politikern zu vertrauen. Ganz mit der Bewältigung des familiären und beruflichen Alltags ausgelastet, hat er keine Zeit, um selber zu recherchieren und die Materie zu durchdringen. Er übergibt den Faktencheck an Nichtregierungsorganisationen, an Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen, wie zum Beispiel die Kirchen. Er unterstellt dabei diesen ideologischen Playern, dass sie uneigennützig und objektiv vorgehen. Und wenn eine grüne Partei, die für sich das Label „kompetent in Fragen des Umweltschutzes“ erworben hat, behauptet, dass wir uns zügig einer Klimakatastrophe nähern, deren Auswirkungen wir in hundert Jahren spüren werden, dann wird das schon so stimmen. Und flugs veröffentlicht Umfrageinstitute, dass der deutsche Bürger für oder gegen jenen Umstand sei.

So wird ein Teil der Bürger weichgekocht, damit er nicht gegen Entscheidun-

gen aufbegehrt, die nicht in seinem Interesse sind.

Ausweitung des Wahlrechts

Es gibt jedoch noch einen eleganteren Weg, um dieses Land zu verändern:

Die Ausweitung des Wahlrechtes zum deutschen Bundestag auf alle in Deutschland lebenden Personen. Dies ist der Traum von Menschen wie der SPD-Politikerin und ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz. Wie sehr ein solcher Schritt dieses Land und Europa verändern würde, machen sich die Wenigsten wirklich klar. Perfider kann man ein Volk nicht entmündigen.

Solange die beschriebenen Personen in Deutschland und Europa an zentralen Stellen sitzen und an der Abschaffung westlicher Werte und der westlichen Kultur arbeiten, ist das Grauen nicht vorbei. Doch wie entfernt man auf rechtstaatliche Art und Weise diese Menschen aus den Schaltstellen der Macht? Was tun gegen teilweise gutmeinende, aber destruktive Menschen, deren katastrophale Fehlentscheidungen sich erst Jahre später manifestieren, wenn sie selbst die Folgen ihres Handelns nicht mehr spüren müssen oder für dieses zur Verantwortung gezogen werden können?

Vielleicht liefert die Sängerin Nena eine mögliche Antwort. Sie hatte kürzlich auf einem ihrer Konzerte dem Publikum folgende Aussage zugerufen: „Die Frage ist nicht, was wir dürfen, sondern die Frage ist, was wir mit uns machen lassen!“ Aber die Frage, was Sie mit sich machen lassen ist eine, die Sie sich selbst beantworten müssen. Irgendwie, irgendwo, irgendwann.

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Armut ist ganz sicher nicht die Ursache des arabischen Terrorismus

Terror mit Geldgeschenken an die Täter besiegen zu wollen, wie es die USA seit Biden wieder verstärkt versuchen, ist ein grundlegender Fehler. Die Hauptursache des in unserer Zeit hauptsächlich vom Islam ausgehenden Terrorismus ist vor allem dessen menschenverachtende Ideologie. (JR).

Stephen M. Flatow (JNS)

Ist Armut die Ursache des „palästinensisch“-arabischen Terrorismus?

Das scheint US-Außenminister Antony Blinken zu denken. Auf einer Pressekonferenz während seines jüngsten Besuchs im Nahen Osten argumentierte Blinken, dass das bevorstehende US-Hilfspaket für Gaza die Terroristen besiegen werde.

„Wiederaufbau und Hilfe für das Volk von Gaza“ würden „die Hamas untergraben“, behauptete er. „Ich sage das, weil die Hamas leider von Verzweiflung, Elend und Mangel an Gelegenheiten lebt.“ Wenn die Vereinigten Staaten „echte Aussichten auf Chancen, Fortschritte und materielle Verbesserungen im Leben der Menschen“ bieten, „wird die Hamas ihre wichtige Stellung in Gaza verlieren. Wir wissen das, und ich denke, die Hamas weiß das.“

Wir wissen das? Woher genau? Normalerweise können wir Dinge aus Erfahrungen in der Vergangenheit schließen. Wir wissen, dass in der Vergangenheit etwas passiert ist, und schließen daraus, dass es wieder passieren wird, wenn wir dieselben Bedingungen wieder herstellen. Wenn die Milliarden von Dollar an Hilfgeldern, die die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit an die „palästinensischen“ Araber geschickt haben, zu einem Rückgang des Terrorismus und zur Untergrabung der Hamas geführt hätten, dann wäre es vernünftig, zu dem Schluss zu kommen, dass wir mehr davon tun sollten. Aber in Wirklichkeit ist genau das Gegenteil passiert.

Mit der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens begann Amerika, jährlich 500 Millionen Dollar an die „palästinensischen“ Araber zu überweisen, einschließlich an die des Gazastreifens, der damals noch von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ regiert wurde. Das sind insgesamt mehr als 10 Milliarden US-Dollar von 1994 bis 2006.

Wenn irgendetwas die Hamas „untergraben“ würde, dann hätte es diese Großzügigkeit tun sollen. Doch irgendwie überzeugten all die „Chancen, Fortschritte und materiellen Verbesserungen“, die das Geld brachte, die Menschen in Gaza nicht, dem Terrorismus abzuschwören. Im Gegenteil, bei den „palästinensischen“ Parlamentswahlen von 2006 gaben die Wähler der Hamas bei einer demokratischen Wahl die Mehrheit der Parlamentssitze.

Im Juni 2007 wurde die Hamas das herrschende Regime in Gaza. Seitdem hat die Hamas alle paar Jahre Israel angegriffen, die Israelis haben Gaza bombardiert und die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft sind mit Hunderten von Millionen Dollar an „humanitärer Hilfe“ herbeigeeilt. Doch diese Hilfe hat die Hamas nie „untergraben“. 14 Jahre später ist die Hamas immer noch an der Macht.

Es stimmt, dass Armut in den Ver-



Die Amerikaner glauben islamischen Fanatismus mit Dollars besiegen zu können.

einigten Staaten zur Kriminalität beiträgt. Blinken begeht den Fehler, anzunehmen, dass der Nahe Osten dem amerikanischen Mittleren Westen ähnelt und Terrorismus nur eine andere Form von Kriminalität ist. Keine dieser Annahmen stimmt.

Die Hauptursache des Terrorismus ist Ideologie, nicht Armut. Das ist für manche Amerikaner schwer zu begreifen, weil es so anders ist als unsere eigene Erfahrung. Die meisten Amerikaner sind nicht ideologisch. Die amerikanische Kultur akzeptiert keine politische Gewalt. Die amerikanische Regierung fördert die Anwendung von Gewalt nicht. Die Religionen, die die meisten Amerikaner pflegen, unterstützen keine Gewalt.

Vergleichen Sie dies mit dem Nahen Osten, wo der muslimische Fundamentalismus aktiv Gewalt fördert und regierende Regime wie die „Palästinensische Autonomiebehörde“ den Terrorismus aktiv fördern und Terroristen als Helden und Märtyrer verherrlichen! Die „palästinensisch“-arabische Öffentlichkeit wird täglich durch die vom Regime kontrollierten Medien mit gewaltbereiten Botschaften geimpft. Kinder in PA-Schulen nehmen diese Botschaften täglich in ihren Klassenzimmern auf. In Sommercamps in Gaza lernen Kinder, mit Waffen, wenn auch nur Spielzeugwaffen, in den Händen unter Stacheldraht hindurchzukriechen.

Akademiker als Terroristen

Das Klischee, dass „palästinensi-

sche“ Terroristen alle alleinstehende, arbeitslose junge Männer sind, die wegen ihrer Armut ausrasten, ist Unsinn. Studien über Selbstmordattentäter haben zum Beispiel ergeben, dass viele gutausgebildet, berufstätig und Familienväter und sogar Frauen waren.

Denken Sie an die 415 Hamas-Terroristen, die der damalige Premierminister Yitzhak Rabin 1992 als Reaktion auf eine Welle von Terroranschlägen gegen Israelis in den Libanon deportierte. Die „Chicago Tribune“ berichtete damals, dass „viele“ der abgeschobenen Terroristen „Geschäftsleute, Akademiker, Anwälte [und] Ärzte“ waren.

Auch der Mitbegründer und langjährige Führer der Hamas, Abdel Aziz al-Rantisi, war praktizierender Kinderarzt. Tagsüber behandelte er „palästinensische“ Kinder; nachts organisierte er die Ermordung israelischer Kinder. Rantisi ist nur ein Beispiel für einen erfolgreichen, gebildeten „palästinensisch“-arabischen Profi, der sich dafür entschieden hat, ein Massenmörder zu werden.

Es gibt unzählige andere.

Dies gilt auch für andere Terrorgruppen im Nahen Osten. Im Jahr 2016 führte die Weltbank eine Studie mit 4.000 Ausländern durch, die sich dem IS angeschlossen haben. Hier die wichtigsten Ergebnisse des Berichts:

„Diese Personen sind alles andere als ungebildet oder Analphabeten ... 69 Prozent der Rekruten geben mindestens eine Sekundarschulbildung

an ... ein großer Teil hat an einer Universität studiert. Nur 15 Prozent haben die Schule vor dem Abitur verlassen und weniger als 2 Prozent sind Analphabeten.“

„Ausländische Rekruten aus dem Nahen Osten, Nordafrika sowie Süd- und Ostasien sind deutlich besser ausgebildet als in ihrer Region üblich.“

„Die überwiegende Mehrheit ... der [ISIS]-Rekruten aus Afrika, Süd- und Ostasien und dem Nahen Osten ... erklärten, einen Job gehabt zu haben, bevor sie der Organisation beitraten.“

Die Autoren der Studie schrieben, dass ihre Schlussfolgerung „im Einklang mit einer Reihe anderer Studien steht, die zu einem ähnlichen Ergebnis kommen: Armut ist kein Treiber der Radikalisierung zu gewalttätigem Extremismus“.

Blinken liegt falsch. Der Plan der Biden-Regierung, Hunderte Millionen Dollar nach Gaza zu schicken, wird die Hamas nicht untergraben. Es wird keine Mäßigung fördern. Es wird die Chancen auf Frieden nicht erhöhen. Es wird nur gutes Geld schlechtem hinterhergeworfen.

Stephen M. Flatow, Anwalt in New Jersey, ist der Vater von Alisa Flatow, die 1995 bei einem vom Iran unterstützten palästinensischen Terroranschlag ermordet wurde. Er ist Autor von „A Father's Story: My Fight for Justice Against Iranian Terrorism.“

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

9 Gründe, warum ich ein Zionist bin

Zionismus ist mehr als nur eine politische Überzeugung der Neuzeit. Zionismus, das ist jüdisches Lebensgefühl, jüdische Geschichte, jüdischer Glaube und jüdischer Überlebenskampf in einem (JR).

Von Don Feder

Ich schätze, ich bin die meiste Zeit meines Lebens Zionist gewesen, zumindest seit ich in der Mittelschule Leon Uris' „Exodus“ und „Das Tagebuch der Anne Frank“ gelesen habe.

Ich hatte das Privileg, Israel sieben Mal zu besuchen, normalerweise als Journalist. Ich habe Israel vom Negev bis nach Galiläa gesehen, von den Stränden von Tel Aviv bis zu den Kopfsteinpflasterstraßen der Altstadt von Jerusalem und von den Höhlen von Qumran bis zur Mauer. Ich habe Yad Vashem besucht und gesehen, was passiert, wenn die Dunkelheit uns überkommt.

Ich schreibe über Israel, solange ich schreibe. Jetzt bin ich gezwungen, über meinen Zionismus zu schreiben.

Die jüngste Messerstecherei gegen einen Rabbiner in Boston – nicht weit vom Wohnort meiner Familie – und die Angriffe auf Juden in Amerika zeigen, dass Juden immer noch unauslöschliche Zielscheiben auf ihren Rücken haben, und dies wahrscheinlich immer haben werden.

In der Vergangenheit schien es nicht notwendig zu erklären, warum ich Zionist bin, genauso wenig wie ich erklären musste, warum ich Amerikaner bin, was ebenso eine Frage der Entscheidung wie des Standorts ist. Jetzt aber ist es notwendig.

Ich bin Zionist, weil:

1. Ich ein Jude bin – Vor einer Generation wäre das undenkbar gewesen, aber heute sind viele Juden (fast alle links) keine Zionisten mehr. Der christliche Zionismus, der in der Vergangenheit wie ein Widerspruch in sich schien, ist heute weitgehend Realität. Als ich das letzte Mal in Israel war, traf ich immer wieder auf koreanische Kinder. Schließlich fasste ich den Mut, eine Gruppe zu fragen, warum sie dort waren. Sie antworteten ganz einfach: „Weil wir Christen sind“ – fast so als wollten sie sagen „wo sollten wir sonst sein?“.

Doch mein Zionismus wurzelt in meinem Judentum. Er ist eine Möglichkeit, jenen Generationen meines Volkes die Treue zu halten, die die Hoffnung auf die Wiedergeburt einer jüdischen Heimat am Leben erhalten haben. Ohne den Gott Israels und das Land Israel wird das Judentum auf Nostalgie reduziert.

2. Ich ein Amerikaner bin – Es ist mehr als die Tatsache, dass Israel unser einziger wirklicher Verbündeter im Nahen Osten ist oder dass die Ideale, auf denen diese Nation gegründet wurde, vom Sinai stammen. Gott versprach, die Nation, die die Nachkommen Jakobs segnet, selbst zu segnen und die Menschen zu verfluchen, die die Juden verfluchten. An diesem gefährlichen Punkt in unserer Geschichte möchte ich den Segen für mein Land.

3. Das 2.000-jährige Gemetzel ein Ende haben muss – Ich lese Michael Walsh' „Last Stand: Why Men Fight When All is Lost“. Neben Thermopylen, Alamo und der Belagerung von Khartum gehören dazu Masada (73-74 v. Chr.) und der Aufstand im Warschauer Ghetto (1943). Da stehen sie wie Buchstützen auf zwei Jahrtau-



Ein Freund Israels in New York

senden blutgetränkter Geschichte. Dazwischen die Massaker, Pogrome, Vertreibungen und Ghettos bis hin zu den Gaskammern. Es muss eine Zuflucht für ein Volk geben, dem seit Babylon aufs Kinn gegeben wurde. Juden haben sich in so vielen Ländern des Exils – Polen, Deutschland, Frankreich – wohlgefühlt, nur um letzten Endes in den Abgrund gestürzt zu werden. Theodor Herzl (der Vater des modernen Zionismus) glaubte an die Assimilation, bis er als Journalist zum Dreyfus-Prozess den Pariser Mob „Tod den Juden“ schreien hörte – im Land der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. In den Vereinigten Staaten werden laut FBI über 60 % aller religiös begründeten Hassverbrechen an Juden (die nur 2 % der Bevölkerung ausmachen) verübt. Israel ist ein Rettungsboot in einem Meer, dessen Stürme nie nachlassen.

4. Israel an vorderster Front im Krieg des Terrorismus gegen die westliche Zivilisation steht – Hamas, Hisbollah, ISIS, Al-Qaida, die Taliban, Iran ... Israels Feinde sind die Feinde der Menschheit – wie die Kommunisten und Nazis. Das ist kein Zufall. Israel ist der unmittelbare Fokus, aber nicht das langfristige Ziel. Ohne den jüdischen Staat würde ihre volle Wut auf den Rest des Westens fallen.

5. Die Unterstützung oder Ablehnung Israels schon immer ein Lackmустest war – Nennen Sie einen Feind Israels in den Vereinigten Staaten – Louis Farrakhan, Ilhan Omar, Bernie Sanders, Rashida Tlaib, AOC – und zwei Dinge an ihnen sind of-

fensichtlich: Sie hassen Amerika und sie sind im Allgemeinen abscheuliche Menschen. Neben der Arbeit an der Abschaffung Israels will die Abgeordnete Tlaib, die sogenannte „palästinensisch“-amerikanische Kongressabgeordnete, CBP, ICE und Homeland Security schwächen.

6. Antizionismus auch Antisemitismus ist, nur getarnt – Martin Luther King Jr. hatte Recht, als er einem Studenten schrieb: „... Sie erklären, mein Freund, dass Sie nicht die Juden hassen, Sie sind nur ‚Antizionist‘. Und ich sage, lass die Wahrheit von den hohen Berggipfeln erschallen, lass sie durch die Täler von Gottes grüner Erde hallen: Wenn Menschen den Zionismus kritisieren, meinen sie Juden – das ist Gottes eigene Wahrheit.“

7. Israel ist das dem jüdischen Volk, meinem Volk, ewig versprochene Land. Gott ändert seine Meinung nicht – Wenn die Bibel etwas bedeutet, dann ist es, dass das Land Israel den Juden für alle Zeiten gegeben wurde. Es ist ein Versprechen, das in den Schriften immer wieder wiederholt wird. Das Wort Gottes zu hassen heißt, Gott zu hassen. Gottes Verheißungen abzulehnen bedeutet, Gott abzulehnen.

8. Lügen müssen aufgedeckt werden – Der Vorwurf, Israel sei ein kolonialer Ausbeuter, ist die jüngste in einer langen Reihe von Verleumdungen. Wie kolonisiert man sein eigenes Land? Arabische Muslime waren die Eindringlinge und Eroberer, die im 7. Jahrhundert von der Arabischen

Halbinsel kamen und indigene Völker töteten oder versklavten. Wenn Israel ein Ausbeuter ist, warum ist dann der Lebensstandard der Araber in Jerusalem oder Ramallah so viel höher als in Kairo oder Beirut?

9. Der Messias muss einen Ort haben, an den er gehen kann, wenn er kommt – Wenn nicht Israel, wohin dann? Newark, London, Addis Abeba, Ulan Bator? So viel wir gemeinsam haben (insbesondere einen Moralkodex), es gibt eine Kluft, die Juden und Christen trennt. Dennoch sind wir uns einig, dass Moshiah aus dem Haus Davids kommen und nach Jerusalem – der Stadt Davids – gehen wird. Das kann nur passieren, wenn Jerusalem und Israel jüdisch sind.

Ich sitze hier in meinem gemütlichen Zuhause in einem Mittelklasse-Vorort und schreibe am Computer über den Zionismus.

Und doch fühle ich mich mit denen verbunden, die im Laufe der Jahrhunderte um Zions Willen gekämpft haben – Männer in schmutzigen Kellern, die im Licht von Petroleumlampen schreiben, Männer, die in der Wüste mit antiquierten Gewehren Wache halten, Männer auf einem Berggipfel, die auf römische Legionen herabstarren.

Mit allen von ihnen und den noch kommenden Generationen muss ich dem Glauben treu bleiben.

Zuerst erschienen bei „Frontpage Mag“.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

Mansour Abbas: Das Kuckucks-Ei des „Ministerpräsidenten um jeden Preis“, Naftali Bennet

Seit dem Antritt der neuen israelischen Links-Regierung unter Bennett und Lapid gibt es zunehmend Probleme mit den zum Zwecke der merkwürdigen Koalitionsbildung gemachten zahlreichen Konzessionen an den neuen arabischen Bündnispartner (JR).

Von Antje C. Naujoks

Wegen der Stimmverweigerung des Ra'am-Abgeordneten Said al-Kharumi fiel der Regierungsantritt blamabel aus. In dem Stil ging es weiter. In den wenigen Wochen seit Vereidigung musste die Koalition mehrmals beschämende wie alarmierende Abstimmungsschlappen einstecken.

Dabei sorgte keineswegs nur die bewusst gegen eigene Einstellungen abstimmende Opposition für Hingucker, sondern vor allem Ra'am, die Vereinigte Arabische Liste, die sich als erste arabische Partei in Israels Geschichte tolerierend an die Seite der Regierungskoalition stellte.

Schmerzgrenzen

Ra'am legte einen wechselhaften Abstimmungsmodus an den Tag. Dass Mansour Abbas und ein weiterer Ra'am-Abgeordneter trotz Protest letztlich für den Erlass zur Unterbindung der Familienzusammenführung israelischer und palästinensischer Araber stimmten, bügelte die Schlappe nicht aus.

Das Votum der anderen beiden Ra'am-Abgeordneten sorgte nämlich dafür, dass der Erlass erneut durchfiel. Für die Koalition, die zur regierungsfähigen Mehrheit auf die Stimmen dieser vier Abgeordneten angewiesen ist, warf das lange Schatten auf die Zuverlässigkeit dieses Partners.

Hinzu kamen Statements, darunter vom Ra'am-Abgeordneten Ghanaim Mazon, die erneut die Alarmglocken läuten ließen: „Gaza, Libanon sowie die muslimischen und christlichen Heiligen Stätten [in Jerusalem] sind unsere Schmerzgrenze.“ Noch schärfer fielen die ablehnenden Ra'am-Töne anlässlich jüdischer Besucher des Tempelberges zum Tisha BeAv aus, wenn Juden der Zerstörung der Tempel gedenken.

Eine Koalition im Würgegriff

Als die Koalitionsleitung Sondierungsgespräche mit anderen arabischen Knesset-Mitgliedern aufnahm, die gegenwärtig die einzige Alternative sind, die Koalitionsmehrheit auszubauen, ging der Ra'am-Abgeordnete Walid Taha umgehend in den Strafanandrohungsmodus. Vorerst werde Ra'am die Arbeit in allen Komitees einstellen und Plenarsitzungen fernbleiben.

Ra'am ließ durchblicken, auch vor weiteren Koalitionskrisen nicht zurückzuschrecken. Man will sich die Machtposition nicht nehmen lassen; schon gar nicht von der anderen arabischen Knesset-Partei, deren Abgeordnete zu Ra'ams schärfsten Kritikern zählen und von denen sich Ra'am weiterhin distanzieren, indem es betont, der (einzige) „legitime Player“ zur Durchsetzung der Belange der arabischen Gemeinschaft zu sein.

Um den Ra'am-Partner bei der Stange zu halten, gab die Koalitionsleitung grünes Licht, einige vertragliche Zusicherungen früher als geplant umzusetzen. Nicht wenige sahen darin ein



Mansour Abbas, der Anführer der arabischen Ra'am-Partei in Israel

Einknicken. Noch mehr Verstimmung kam auf, als sich Ra'ams die Koalition auf die Probe stellender Abstimmungsmodus nicht änderte.

Trickreiches Knesset-Parkett

Ausgerechnet in dieser Atmosphäre musste Mansour Abbas, der als Mann des Kompromisses gilt, eingestehen, in Sachen Cannabis keine Möglichkeit für Zugeständnisse zu sehen. Somit stand der Koalition sogar bei einer vermeintlich „leichten parlamentarischen Übung“ wie der Lockerung des Strafmaßes für Marihuana-Besitz erneut eine Blamage in Aussicht.

Aber Mansour Abbas ist nun einmal Mansour Abbas: „Auch wenn Cannabis einerseits eine [laut islamischem Gesetz] verbotene Droge ist, so möchten wir andererseits die Auswirkungen dieses Gesetzes für die gesamte Gesellschaft analysieren.“ Daher bat er um eine zweiwöchige Vertagung der Abstimmung. Ra'am hatte den Kopf aus der Schlinge gezogen; vorerst zumindest.

Obwohl Katerstimmung herrschte, wurde von den Koalitionspartnern betont: „Die Beziehungen sind bestens.“ Alle würden Neuland beschreiten und lediglich etwas mehr Zeit brauchen, um einen Arbeitsmodus zu finden.

Der Weg des Mansour Abbas

Im Herbst 2019 rückte das angesehene Mitglied der Islamischen Bewegung Israels, Mansour Abbas, mit einem Paukenschlag ins Bewusstsein der israelischen Öffentlichkeit: Er habe keine Probleme, sich einer Netanjahu-Koalition anzuschließen, erklärte er damals.

Unter seiner Leitung schlug Ra'am einen bislang von einer arabischen Partei nie zuvor beschrittenen Weg ein, denn es galt als absolutes Tabu, sich an einer israelischen Regierung zu beteiligen. Das würde nämlich bedeuten, auch Entscheidungen rund um Besatzung und Krieg mittragen zu müssen. Ra'am brach mit diesem grundsätzlichen Tabu einer arabischen Nichtbeteiligung, sicherte sich als tolerierende Partei somit die Möglichkeit, bezüglich Themen, die für arabische Kreise von Relevanz sind, Einfluss geltend zu machen, im Hinblick auf andere Themen zugleich jedoch Distanz wahren zu können.

Viele Betrachter heben am Weg von Ra'am das beständige Hin und Her hervor, das über das Ausspielen einer Machtposition als „Zünglein an der Waage“ hinauszugehen schien: Nach der Wahl hielt man sich alle Türen offen, redete mit dem Likud, liebäugelte zweigleisig fahrend auch mit Lapid und Bennet, setzte bei Raketen- und Bombendonner Gespräche aus, strauchelte

während der Unruhen wegen versöhnlicher Gesten, nur um schlussendlich doch mit Bennett-Lapid zu gehen.

Nicht wenige deuten diesen Weg – erst recht nach den ersten Wochen parlamentarischer Arbeit – nicht nur als von Unzuverlässigkeit zeugend, sondern auch als mit versteckten politischen Interessen gekoppelt und von Skrupellosigkeit kündend; vor allem weil Mansour Abbas auch jetzt noch zugibt, dass er den neuen Weg lieber an Netanjahus Seite beschritten hätte.

Zwei Aspekte fördern dabei interessante Facetten des Mansour Abbas' wie auch seiner Islamischen Bewegung Süd zu Tage.

Dogmatischer Pragmatiker

Der 47-jährige dreifache Familienvater Mansour Abbas wandte sich mit 16 Jahren dem Islam zu. Schnell wurde er als „Koran-Wunderkind“ bezeichnet, weil er die 114 Suren auswendig kennt. Mit 17 Jahren hielt er bereits Predigten in der örtlichen Moschee seines Dorfes Maghar im Norden Israels, in dem Druzen und Christen die Mehrheit der Einwohner stellen.

Während der Zeit seines Zahnmedizinstudiums in Jerusalem (approbiert 2001) erlangte er in der Islamischen Bewegung Ansehen als sogar in schwierigsten Konflikten mit Geschick erfolg-

reich vermittelnder Mediator.

Als Vorsitzender der Arabischen Studentenvereinigung der Hebräischen Universität Jerusalem machte er Ende der 1990er Jahre Furore, weil er den hochgradig theoretisch-ideologischen Debatten seiner Kommilitonen die praktische Arbeit entgegensetzte. Damals erachtete er als vorrangig, die Studienbedingungen arabischer Studenten zu verbessern.

Mit diesem praktischen Ansatz fiel er in den mehrheitlich säkularen Kreisen arabischer Studenten ebenso auf, wie wegen seiner Frömmigkeit, dies jedoch im Stil des moderat-modernen Islam (Wasat).

Israels Islamische Bewegung

Mansour Abbas hält viel auf Scheich Abdullah Nimar Darwish, der die Islamische Bewegung Israels 1971 gründete und im Verlauf von zwei Jahrzehnten leitete, zeitweilig wegen terroristischer Aktivitäten in Haft sitzend. Nachfolgend gehörte Darwish, mit dem Mansour Abbas bis zu dessen Tod 2017 eng befreundet war, zu denjenigen, die Terrorakte israelisch-arabischer Bürger verurteilten, die Oslo-Abkommen begrüßten und sich sogar im interreligiösen Dialog engagierten.

1996 gewannen in der Islamischen Bewegung Darwishs die Befürworter eines Gangs in die israelische Parlamentspolitik die Oberhand. Die Gegner schlossen sich zum Ableger Nord zusammen, der immer radikaler wurde, was Israel 1995 zu einem Verbot veranlasste.

Der als gemäßigt einzustufende Ableger Süd, dessen stellvertretender Ge-

neralsekretär Mansour Abbas 2007 wurde, um 2010 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt zu werden, ist seither durch Ra'am in der israelischen Politik vertreten.

Wenn Religion Politik macht

Doch auch wenn Mansour Abbas nach außen tonangebend zu sein scheint, so steht er nicht alleine da, denn: Wie in islamischen Bewegungen üblich hat bei allen Entscheidungen der Schura-Rat mehr als nur ein Wörtchen mitzureden.

Auch in das Verfassen der Reden des Mansour Abbas ist nicht nur sein massiv in Richtung Legitimierung in der jüdischen Gesellschaft Israels strebender Kampagnenmanager Aaed Kayal, sondern immer auch der Leiter der politischen Abteilung der Islamischen Bewegung Ibrahim Hajaji involviert, der die Bremse zieht und dennoch im Namen des Schura-Rates Rückendeckung gewährt.

Man muss es als eine Fortsetzung der moderaten Linie der Islamischen Bewegung Süd ansehen, dass der Schura-Rat seine Zustimmung zu Ra'ams Sprung an die Seite der Regierung gab. Doch es gibt sogar in Kreisen arabischer Bürger Israels, die sich als (streng)gläubig bezeichnen, nicht wenige, die wegen dieser Struktur Magenschmerzen haben.

Organisatorisch ist die Bewegung nach dem Konzept der Muslimbruderschaft aufgebaut, wozu u.a. auch das Wirken in den Bereichen Da'awah („Einladung“, sich dem Islam anzuschließen) und Wohlfahrt gehört. Schon seit Jahren häufen sich die Hinweise, dass auf diese Weise letztlich nicht nur sozial Gutes getan wird, son-

dern gesellschaftliche Realitäten geschaffen und handfest Politik gemacht wird, die einen zunehmenden Druck auf die gesamte muslimische Gesellschaft ausübt.

Solche Kreise sehen den Segen, den der Schura-Rat Abbas' Bekenntnis zu Israel in Nazareth gab, als wohlkalkulierten Schachzug, um nach Etablierung im jüdischen Israel die eigentliche Agenda durchzusetzen, die vielen arabischen Bürgern Israels nicht wirklich geheuer ist.

Drahtseilakt ...

Mansour Abbas beharrt darauf, Probleme der Lebensrealität seiner arabischen Gemeinschaft praktisch angehen zu wollen. Er wird allerdings dabei selbst auch in der Realität ankommen müssen, denn als tolerierende Partei einer Koalition von Partnern, die u.a. LGBT- und Frauenrechte vorantreiben wollen, wird er wieder und wieder in Zwickmühlen geraten, die ihn auf dem eigenhändig in luftigen Höhen gespannten Drahtseil ins Straucheln bringen werden.

Einerlei wie aufgeschlossen er selbst als Mensch, als Mann und als Muslim auch eingestellt sein mag, er muss bei seinem Drahtseilakt nicht nur die Schwingungen überstehen, die seine Koalitionspartner verursachen. Auch die Islamische Bewegung wie die arabische Wählerschaft insgesamt drehen an der Drahtseilspannung.

Dass Ra'am bei der Wählerschaft trotz Mansour Abbas' Netanjahu-Affinität punkten konnte, ist u.a. darauf zurückzuführen, dass seit 2019 immer mehr arabische Bürger des Landes dazu tendieren, eine Beteiligung an einer

israelischen Regierung zu befürworten. Zu sehr machen die Probleme zu schaffen, die man, das schwant inzwischen fast allen, nicht mehr in den Griff bekommen wird, ohne bei den diesbezüglichen Entscheidungen auch mitzuwirken.

Vergessen darf man allerdings nicht, dass Abbas' arabischer Gegenspieler, die Vereinigte Liste, weiterhin mehr Knesset-Mandate errichte als seine Ra'am-Partei. Gerade diese Partei hat in der arabischen Öffentlichkeit Israels eine umfassende Ra'am-Delegitimationskampagne eingeläutet, die u.a. dafür sorgt, dass Ra'am umso lauter auf den Tisch pocht, was das Thema Jerusalem betrifft.

... ohne Sicherheitsnetz

Mansour Abbas hat nur eine einzige Chance, seinen Drahtseilakt zu überstehen und auf der anderen Seite anzukommen: Er muss abliefern und handfeste Ergebnisse einfahren. Geht es um das Thema Kampf gegen illegale Waffen und Bandenkriminalität stehen seine Chancen gegenwärtig trotz aller Koalitionsmissstöne extrem gut. Noch nie in der israelischen Geschichte genehmigten verschiedene Ministerien innerhalb von so wenigen Tagen einen vorgelegten Aktionsplan und begannen umgehend damit, bürokratische Hürden zu beseitigen und erste Finanzhilfen auszuschütten.

Und dennoch: Das sind lediglich kleine Schritte auf einem Drahtseil, von dem einige behaupten, dass Mansour Abbas auf ihm zudem noch ohne Sicherheitsnetz und über einem gut gespickten Minenfeld balanciert.

Klein, aber fein

Die Juden sind ein sehr kleines Volk und wurden über Jahrtausende durch viele Schicksalsschläge, Verfolgungen und den schrecklichen Holocaust noch weiter dezimiert. Ihrer Bedeutung für die Geschichte und ihrem immensen Einfluss auf die ethische Entwicklung der Menschheit hat das keinen Abbruch getan (JR).

Von Michael Selutin

In unserem Thora-Wochenabschnitt, W'etchanan, kommt ein kleiner Vers vor, der sehr leicht zu übersehen, aber von großer Bedeutung ist:

„Nicht deshalb, weil ihr zahlreicher wärt als alle Völker, hat der Herr sein Herz euch zugewandt und euch erwählt – denn ihr seid das geringste unter allen Völkern.“ (5. Mose 7,7)

Das geringste unter allen Völkern kann sich auf die Zahl der Menschen beziehen, aber auch auf die Stellung des Volkes, das von anderen Völkern im Laufe der Geschichte oft als geringer gesehen wurde sowie auf die eigene Einstellung des Volkes, das sich selbst als nicht besonders hoch einschätzt. Diese historischen Wahrheiten werden in nur einem kleinen Vers in der Bibel beschrieben.

Dass das jüdische Volk zahlenmäßig so gering ist, ist heute vielleicht am deutlichsten zu erkennen. In Israel leben etwa 7 Millionen Juden und weltweit sind es etwa 15 Millionen. Das Leben der Juden in den letzten 2000 Jahren war nicht besonders einfach und Pogrome, Kreuzzüge, Holocausts und die allgemeine Unterdrückung der Juden in den jeweiligen Ländern, all das hat die Zahl des Volkes gering gehalten.

Das Mädchen in Erbil

Ich hatte vor kurzem einen Ausschnitt eines Buches von Israel Joseph Benjamin gelesen, der das Leben der Juden im Nahen Osten Mitte des 19. Jahrhun-

derts beschreibt. In diesem Ausschnitt beschreibt er eine Szene in Erbil, dem kurdischen Teil des heutigen Iraks:

„Kurz vor meiner Ankunft leerte ein jüdisches Mädchen etwas schmutziges Wasser auf die Straße und besprengte damit versehentlich einen Muselmanen, der zufällig vorbeikam. Sofort versammelte sich eine Menschenmenge vor dem Haus, brach die Tür auf, ergriff das Mädchen und überhäufte sie mit allerlei Beschimpfungen; man fragte sie, wie sie, die Tochter einer verfluchten Rasse, es wagen könne, einen wahren Gläubigen zu beleidigen. Das Mädchen verteidigte sich nach Kräften, aber der Anführer des Aufruhrs rief ihr zu: ‚Es gibt nur einen Weg für deine Rettung, nimm unseren Glauben an, und du sollst einen aus unserem Volk heiraten, der jung, gutaussehend, reich und aus guter Familie ist.‘ Aber das Mädchen weigerte sich und antwortete: ‚Ich bin eine Jüdin, so geboren, und als solche werde ich sterben; niemals werde ich meinen Gott, mein Volk und meinen Glauben verleugnen. Wenn ihr mich tötet, wird Gott mein Blut von euch fordern, und der Herr wird mich rächen.‘ – Daraufhin ergriffen sie sie und töteten sie vor den Augen ihrer Eltern, indem sie sie mit ihren Messern erstachen und in Stücke rissen. Die Gemeinde wollte zunächst eine Klage beim Pascha von Bagdad und danach in Konstantinopel einreichen, aber aus Furcht vor weiteren Verfolgungen und einem allgemeinen Massaker sahen sie davon ab.“



Ben-Jehuda-Straße, Jerusalem

Mischehen

Juden lebten also nicht nur in Europa unter ständiger Lebensgefahr, auch in den moslemischen Ländern wurden sie schwer unterdrückt. Heute jedoch könnte man meinen, dass das jüdische Volk in Israel und dem relativ sicheren Leben in der Diaspora zahlenmäßig stark zunehmen würde, aber irgendwie ist das nicht der Fall, was wahrscheinlich an der hohen Rate der Mischehen in den USA liegt, wo 5,7 Millionen Juden leben. Es scheint ein göttliches Dekret zu sein, dass das jüdische Volk klein bleibt.

Der oben genannte Vers sagt uns jedoch, dass das nicht so schlimm ist, wir sind klein, aber Gott ist auf unserer Seite

und auch weltlicher Erfolg scheint nicht von der Zahl der Bürger abzuhängen, wie Israel immer wieder zeigt.

Die wirtschaftlichen, technologischen, medizinischen (und sportlichen) Erfolge Israels sind im Vergleich zu zahlenmäßig viel größeren Ländern ein regelrechtes Wunder und vielleicht wird uns dies irgendwann ermöglichen auch ein großes und kein geringes Volk zu werden. Ich mit meinen vier Kindern leiste leider nur einen kleinen Beitrag zum Bevölkerungswachstum Israels, aber ich bin mit denen schon überfordert. Es sind übrigens noch 5 Wochen, 4 Tage und 13 Stunden, bis die Ferien zu Ende sind und die Kinder endlich wieder in Schulen und Kindergärten gehen.

Das anti-demokratische Konstrukt der „palästinensischen“ Araber

Hass auf Israel und Unterdrückung nach innen sind das Lebenselixier des Unrechtskonstruktes mit der falschen Bezeichnung „Palästina“. Obwohl die von Israel mit Selbstverwaltung beschenkte sogenannte „Palästinensische Autonomiebehörde“ seit Jahren durch repressive Maßnahmen gegen die eigenen Leute beweist, dass sie lediglich ein weiteres autoritäres arabisches Unrechtsgebilde ist, stören sich weder westliche Medien noch westliche Politiker an den dort herrschenden Menschenrechtsverletzungen. Stattdessen üben sich EU, Biden-USA und UNO gemeinsam in der Dauer-Verurteilung des demokratischen Staates Israel (JR).

Von Khaled Abu Toameh

Artikel I des Gesetzes sieht vor, „eine Atmosphäre der öffentlichen Freiheiten in allen Gebieten Palästinas zu schaffen, einschließlich der Freiheit, politische und nationale Aktionen durchzuführen.“

Artikel II sieht vor, „die Inhaftierung, Verhaftung, strafrechtliche Verfolgung oder Verurteilung von Personen aus Gründen der Meinungsfreiheit und der politischen Zugehörigkeit zu verbieten.“

Seit dem Erlass des neuen Gesetzes am 20. Februar hat Abbas, der vor kurzem in das 16. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit eingetreten ist, jedoch die Wahlen unter dem Vorwand abgesagt, dass Israel nicht auf seine Bitte eingegangen sei, die Abstimmung in Jerusalem stattfinden zu lassen.

Es sei angemerkt, dass Israel nie gesagt hat, dass es den „Palästinensern“ verbieten würde, die Wahlen in Gebieten unter seiner Souveränität in Jerusalem abzuhalten.

Mit der Absage der Wahlen Ende April wollte Abbas offensichtlich den Eindruck erwecken, Israel habe den „Palästinensern“ in Ost-Jerusalem die Teilnahme an der Abstimmung verboten.

Abbas' „palästinensische“ Zentrale Wahlkommission war jedoch offenbar anderer Meinung. In einer Erklärung sagte die Kommission, dass 150.000 Wähler in Ost-Jerusalem in Wahllokalen in Gebieten unter der Kontrolle der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ am Rande Jerusalems ihre Stimme abgeben können, ein Vorgang, der keine Genehmigung von Israel erfordert. Getrennt davon würden symbolisch 6.300 Wähler ihre Stimmen in israelischen Postämtern in Ost-Jerusalem abgeben dürfen, in Übereinstimmung mit früheren Vereinbarungen zwischen Israel und den „Palästinensern“.

Der wahre Grund, warum Abbas die Wahlen absagte, war seine Angst, dass seine zersplitterte Fatah-Fraktion gegen die Hamas und andere politische Rivalen verlieren würde. Abbas hatte Angst, dass die Hamas wieder die Parlamentswahlen gewinnen würde, wie es 2006 der Fall war.

Außerdem hatte Abbas Angst, weil hochrangige Funktionäre aus seiner eigenen Fraktion, darunter Marwan Barghouti, Nasser al-Qidwa und Mohammed Dahlan, ihn offen herausforderten, indem sie ihre eigenen Wahllisten aufstellten.

Abbas brach sein Versprechen, die erste Wahl für das „palästinensische“ Parlament seit 2006 und die erste Präsidentschaftswahl seit 2005 abzuhalten. In den vergangenen Wochen hat er auch sein Versprechen gebrochen, die öffentlichen Freiheiten zu „stärken“ und Verhaftungen von „Palästinensern“ wegen ihrer Meinungsäußerung oder ihrer politischen Zugehörigkeit zu verbieten.

Nur eine weitere arabische Diktatur unter vielen

In der gleichen Zeit haben Abbas und seine Fatah-Fraktion gezeigt, dass sie sich im Grunde gar nicht so sehr von anderen totalitären Regimen unterscheiden, vor allem von denen in der arabischen Welt.

Sie haben die von der „Palästinensischen



Ein arabischer Staat „Palästina“ wäre nur eine weitere unter vielen arabischen Diktaturen zwischen Assads Syrien und Mohammed bin Salmans Saudi-Arabien.

Autonomiebehörde“ kontrollierten Gebiete im Westjordanland in einen Polizeistaat verwandelt, in dem politische Gegner zu Tode geprügelt, verhaftet, gefoltert und eingeschüchtert werden.

Sie haben diese Gebiete in einen Polizeistaat verwandelt, in dem die „palästinensische“ Regierung Schläger mobilisiert, um friedliche Demonstranten und Journalisten zu verprügeln.

Nizar Banat, der politische Aktivist und unverblümte Kritiker der „palästinensischen“ Führung, der offenbar am 24. Juni von „palästinensischen“ Sicherheitsbeamten zu Tode geprügelt wurde, war nicht das einzige „palästinensische“ Opfer von Abbas' beispiellosem Durchgreifen gegen die Meinungsfreiheit. Seit Abbas' Entscheidung, die Wahlen abzusetzen, wurden Dutzende von „Palästinensern“ von den Sicherheitskräften der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ verhaftet.

Diese brutale Repression wurde von den Mainstream-Medien im Westen fast vollständig ignoriert – bis zum Tod von Banat. Sie wurde ignoriert, weil es sich bei den Tätern nicht um israelische Polizisten oder Soldaten handelte. Es wurde ignoriert, weil die Medien keine Gelegenheit hatten, Israel zu beschuldigen, dass die „palästinensische“ Regierung „Palästinenser“ schikaniert, einschüchtert und foltert.

Hätten die ausländischen Medien und internationalen Menschenrechtsorganisationen den Praktiken der „palästinensischen“ Regierung gegen ihr Volk Beachtung geschenkt, wäre Banat vielleicht noch am Leben. Hätten sie auf die täglichen Verhaftungen von politischen Aktivisten aufmerksam gemacht, wären „palästinensische“ Journalisten und politische Aktivisten, die auf den Straßen von Ramallah gegen den Tod von Banat protestierten, vielleicht nicht zusammengeschlagen worden.

Das Schweigen der internationalen Gemeinschaft und der Medien gegenüber den Menschenrechtsverletzungen durch die „Palästinensische Autonomiebehörde“ hat „palästinensische“ Journalisten dazu veranlasst, einen direkten Appell an die Europäische Union zu richten, ihnen Schutz zu gewähren.

Mehrere „palästinensische“ Journalisten, die in den vergangenen Tagen von den „palästinensischen“ Sicherheitskräften schwer misshandelt oder eingeschüchtert

wurden, gaben die folgende Erklärung ab:

„Ich bin ein palästinensischer Journalist. Ich rufe die Europäische Union und internationale Menschenrechtsinstitutionen auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um mich bei meiner journalistischen Arbeit zu schützen. Leider sind meine Kollegen und ich seit Tagen Angriffen, Einschränkungen und Verboten der journalistischen Arbeit durch die palästinensischen Sicherheitskräfte ausgesetzt.“

Der „palästinensische“ Aktivist Jihan Awad kommentierte auf Twitter:

„Die palästinensische Presse ist in Gefahr – in der Gefahr der Repression, der Verhinderung von Berichterstattung und der Verschleierung und Verfälschung der Wahrheit.“

Eine andere „Palästinenserin“, Hala Marshood, schrieb als Reaktion auf die gewaltsamen Übergriffe von „palästinensischen“ Sicherheitsbeamten und Fatah-Schlägern auf „palästinensische“ Demonstranten:

„Die Situation heute war erschreckend. Schläge und Übergriffe, von denen einige einer sexuellen Belästigung gleichkamen, und die Entwendung von Handys. Angriffe auf Leute, die filmten; Stöcke, Steine und Dosen werden auf die Demonstranten geworfen. Das ist es, was passiert, wenn eine korrupte Behörde Schlägerbanden und Gewalttäter hervorbringt.“

Samer Nazzal war einer von mehreren „palästinensischen“ Journalisten, die aus Protest gegen die Gewalt und Brutalität der „Palästinensischen Behörde“ gegen ihn und seine Kollegen ihre Presseausweise zerrissen. „Es gibt keine Notwendigkeit mehr dafür“, schrieb Nazzal in einer Bildunterschrift zu seinem von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ ausgestellten Presseausweis.

Aus dem Bett gezerrt und zu Tode geprügelt

Der aktuelle Aufstand gegen Abbas und die „Palästinensische Autonomiebehörde“ geschieht nicht aus Liebe zu dem Aktivist, der Berichten zufolge von 27 „palästinensischen“ Sicherheitsbeamten aus seinem Bett gezerrt und mit Eisenstangen und Knüppeln zu Tode geknuppelt wurde.

Stattdessen spiegeln die spontanen Proteste die wachsende Frustration und Desillusionierung der „Palästinenser“ gegenüber ihren korrupten und repressiven Führern wider. Die Proteste richten sich

darüber hinaus vor allem gegen die Biden-Administration, deren Vertreter in letzter Zeit Abbas und seine Fatah-Kohorten hofieren und versuchen, sich bei ihnen einzuschmeicheln. Die Botschaft, die sie an die Biden-Administration senden: Hört auf, unsere korrupten Führer zu ermächtigen.

Die „palästinensische“ Schriftstellerin Nadia Harhash bezog sich auf die Maßnahmen der Biden-Regierung zur Stärkung der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und zur Wiederaufnahme der bedingungslosen Finanzhilfe:

„Seit der letzten amerikanischen Entscheidung, die PA im Westjordanland zu ‚stärken‘, spiegelt die Realität vor Ort die eskalierende Unterdrückung von Freiheiten wider; an der Spitze steht die Meinungsfreiheit und daneben schwebt die Korruption, die bis vor unsere Haustüren reicht. Die internationale Gemeinschaft mit ihren Regierungen, Institutionen und Menschen ist auch für diesen Mord verantwortlich, weil sie sehr wohl wissen, dass sie in den letzten Jahren eine systemische Korruption unterstützt haben, die nur noch zunimmt, und die Situation der Palästinenser verschlechtert sich. Und dennoch unterstützen sie ein solches korruptes kriminelles System. Es ist die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für ein solches Regime, die es ermöglicht, dass solche Verbrechen weitergehen können. Nizar [Banat] und Dutzende wie er, mich eingeschlossen, waren Opfer dieses korrupten kriminellen Systems, das weiterhin unser Leben bedroht.“

Was wird die westliche Welt, angefangen bei der Biden-Administration, mit den Aussagen der „palästinensischen“ Journalisten und politischen Aktivisten tun, die von ihren eigenen Führern ins Visier genommen und zum Schweigen gebracht werden? Werden die Biden-Administration und die westliche Welt tatsächlich politische Führer, die ihre eigenen Journalisten und Bürger terrorisieren, foltern und ermorden, legitimieren – und mit Millionen von Dollar und möglicherweise sogar einem Staat belohnen? Um was zu gewinnen? Ein Vermächtnis von Amerika, das ein solches Regime unterstützt?

Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter arabisch-israelischer Journalist und TV-Produzent. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatour-Online.

Israels berechnete Angst vor der fünften Kolonne: Der Fall Yaqoub Abu al-Qian

Illoyalität und tiefsitzender Hass gegen Juden kennzeichnen nicht geringe Teile des arabischen Bevölkerungsanteils des jüdischen Staates. Die internen Ausschreitungen während des Raketenterrors aus Gaza haben die daraus resultierende Bedrohung für die innere Sicherheit Israels noch einmal deutlich belegt (JR).

Von Antje C. Naujoks

Noch nie in der Geschichte Israels waren Vertreter der arabischen Minderheit in ähnlichem Ausmaß in das Regierungshandeln eingebunden – für alle gewöhnungsbedürftiges Neuland, das für jüdische Israelis viele Fragezeichen mit sich bringt. Der Weg, den der muslimisch-beduinische Unternehmer Yaqoub Abu al-Qian einschlug, führt vor Augen, dass Bedenken nicht unbegründet sind.

Israelische Chancen

Der 46-jährige Abu al-Qian wuchs mit mehreren Geschwistern in einer Wellblechhütte auf, ohne Strom und fließend Wasser. Trotz entstehender Planstädte für Beduinen zog es sein Stamm vor, in dem Gebiet zu verbleiben, das er 1956 von der Militärverwaltung zugesprochen bekommen hatte. Abu al-Qian wuchs in der Region Wadi Yatir auf, 40 Kilometer nordöstlich von Be'er Scheva. Weil Israel auf Schulpflicht auch für Beduinen ohne festen Wohnsitz besteht, besuchte er bis zum Abschluss der 10. Klasse die Schule.

Als 16-Jähriger suchte er sich zunächst eine Arbeit in der Landwirtschaft. Schnell stellte er fest, dass ein Kleinbusfahrer, der die Arbeiter zu den Feldern brachte, mehr verdiente als er. Somit führte ihn sein Weg als Unternehmer von einem zu mehreren Minibussen, dann zur Gründung einer Firma für Zeitarbeitskräfte, um schließlich den Sprung ins Baugewerbe zu wagen. Längst ist er ein in vielen verschiedenen Sektoren wirkender Millionär. Sein jährliches Geschäftsvolumen soll sich auf rund 100 Millionen Schekel (26 Mio. Euro) belaufen.

Vom „jordanischen Schloss“ hinter schwedische Gärten

In der beduinischen Kleinstadt Hura, die zu den sozioökonomisch schwächsten Orten Israels zählt, jedoch nahe der Ländereien liegt, die einst Abu al-Qians Zuhause waren, erbaute er eine hochherrschafliche Villa. Obwohl er das vergoldete Interieur des Erdgeschosses aus Ägypten importierte, nennt er sie sein „jordanisches Schloss“. Inzwischen kann er seine Villa nur noch als Meldeadresse, aber nicht mehr als Wohnadresse bezeichnen – denn er sitzt in Haft.

Landesweite Schlagzeilen machte Abu al-Qian erstmals vor fünf, sechs Jahren wegen seiner Karriere zum Selfmade-Millionär. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er bekannt, als er von arabischen Politikern des Landes forderte, den politischen Einsatz für die „palästinensischen“ Brüder und Schwestern zurückzustellen, um vorrangig die Probleme der eigenen Gemeinschaft anzugehen. Da kaum ein arabischer Abgeordneter seine politische Arbeit nicht irgendwie mit der „palästinensischen Sache“ verknüpft, war Abu al-Qians Forderung höchst ungewöhnlich.

Kehrtwende

Statt sich in einer der arabischen Parteien zu engagieren, schloss sich Abu al-



Zahlreiche Moslems wissen, dass sie in Israel einen höheren Lebensstandard und mehr Freiheiten genießen als in den arabischen Nachbarländern - doch einige von ihnen wissen dies nicht zu schätzen.

Qian der Partei Telem des Ex-Generalstabs- und -Verteidigungsministers Moshe (Bogie) Ya'alon an. Als er 2019 wegen eines aussichtslosen Listenplatzes nicht in die Knesset kam, wurde es still um ihn. Umso mehr stütze man, als er während der jüngsten Eskalationsrunde zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen im Mai 2021 mit unzähligen Posts in den sozialen Medien „den Kampf um Al-Aqsa“ ebenso wie die Hamas bejubelte.

Als nur wenig später bekannt wurde, dass er in Untersuchungshaft sitzt, kursierten schnell Verschwörungstheorien: Untersuchungshaft wegen seiner Äußerungen in den sozialen Medien? Insbesondere Beduinen spekulierten, Abu al-Qian solle etwas anhängt werden. Die Gerüchteküche lief umso mehr auf Hochtouren, als die arabische Partei Ra'am sich zu genau dieser Zeit der neuen Vielparteienkoalition an der Regierung anschloss.

Erst rund einen Monat später, Mitte Juli 2021, kam ans Tageslicht, warum Abu al-Qians Facebook-Konto schon vor Wochen gelöscht worden war und er noch immer in U-Haft saß: Der Verdacht des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shabak, dass Abu al-Qian mit einem libanesisch-irakischen Mann namens Haider al-Mashhadani in fortwährendem Kontakt gestanden hatte, erhärtet sich ebenso wie die Erkenntnis, dass dieser Verbindungen zum iranischen Geheimdienst gehabt habe.

Verstumme Solidarität

Während einige aus der beduinischen Gemeinschaft weiter an Verschwörungstheorien festhielten, mutmaßten andere, dass Abu al-Qian einfach nur gutgläubig auf etwas hereingefallen sei. Zu gerne habe er schließlich nicht nur

mit seinem Reichtum geprahlt, sondern auch zur Schau gestellt, dass er mit seiner Ehefrau Nummer zwei und den Kindern im jüdischen Örtchen Meitar wohnt, um die gemeinsamen Söhne möglichst gut in die jüdische Gesellschaft zu integrieren.

Wenngleich vielen aufstieß, dass dieser gläubige Muslim nur mäßig durch wohlthätige Arbeit aufgefallen war und andere nicht begeistert waren, dass Abu al-Qian in Polygamie lebt, wahrte man darüber nach außen Schweigen – schließlich hält man als Minderheit zusammen. Inzwischen herrscht umfassendes Schweigen, auch die Gerüchteküche ist verstummt; keiner will mit der Affäre in Zusammenhang gebracht werden.

Betretenes Schweigen

Zu den Ermittlungsergebnissen des Shabak schweigen ebenfalls zwei Ex-Generalstabschefs, deren Namen auf das Engste mit dieser Affäre in Verbindung stehen. Weder der inzwischen aus der Politik ausgeschiedene Moshe (Bogie) Ya'alon äußerte sich dazu, dass Abu al-Qian Information zu ihrer Beziehung und somit zu gehobenen Regierungskreisen weitergab, noch kommentierte Benny Gantz, dass Abu al-Qian die Termine und Aufenthaltsorte des amtierenden Verteidigungsministers weitergeleitet haben soll.

Abu al-Qian wird zudem zur Last gelegt, Treffen mit weiteren „Geschäftsmännern“ erbeten zu haben, obwohl er Kenntnis hatte, dass es sich um Iraner handelt. Dass diese Zusammenkünfte nie stattfanden, entlastet ihn wenig. Bedenkt man, dass um die Zeit, als Abu al-Qian seine Kontakte pflegte, das Mobiltelefon von Gantz gehackt wurde, so wird klar: Israel hat immer mit allen Eventualitäten zu rechnen.

Rundumschlag gegen Israels Araber?

Der Fall Abu al-Qian scheint die Befürchtungen der jüdischen Gesellschaft Israels zu bestätigen, dass man nicht auf die Loyalität der arabischen Bürger des Landes bauen könne. Es steht außer Frage, dass das Sicherheitsrisiko für Israel enorm hoch ist. Doch schützt sich Israel, so wird das immer wieder als Bestätigung dafür angeführt, dass nicht alle Bürger gleichbehandelt werden. In diesem Zusammenhang sollte man einen Blick auf einen sich parallel zu den Ermittlungen gegen Abu al-Qian zusammenbrauenden Sturm um die arabische Abgeordnete der Arbeitspartei Ibtisam Mara'ane-Menuchin werfen.

Gegen die Ernennung dieser Abgeordneten in den Ausschuss für Auswärtiges und Verteidigung begehrt vor allem die Opposition auf, die Mara'ane-Menuchin u.a. eine Nähe zu terroristischen Kreisen unterstellt. Sie selbst verstand die Aufregung um ihre Ernennung nicht, „schließlich geht es ebenfalls um meine Sicherheit“, meinte sie. Sie hat durchaus recht, denn weder Terroristen noch Raketen unterscheiden zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels, doch zugleich kam ihr keine Verurteilung der Hamas-Angriffe auf israelische Zivilisten über die Lippen.

Solche Haltungen lassen israelische Alarmglocken schrillen. Doch Israel ist, ob man es nun wahrhaben möchte oder nicht, eine Demokratie, deren Gewaltenteilung dazu beiträgt, dass nicht auf Gutdünken mit zweierlei Maß gemessen werden kann. Der Oberste Gerichtshof ordnete nämlich an, dass Mara'ane-Menuchins Ernennung in diesen Ausschuss, der über sensibelste Angelegenheiten berät, zulässig ist.

Nicht die Klagemauer, sondern der gesamte Tempelberg ist die heiligste Stätte des Judentums

Über 50 Jahre nach der Befreiung des Tempelbergs und der Befreiung des jüdischen Viertels von Jerusalem fragen sich viele Israelis, warum Juden noch immer nicht auf ihrem wichtigsten Heiligtum beten dürfen (JR).



Von Ryan Jones (Israel Heute)

Die moderne muslimische Erzählung leugnet die jüdische Verbindung zum Tempelberg, und Israel scheint sich damit abgefunden zu haben.

Der ehemalige langjährige Medienkommentator und Fernsehmoderator Nadav Perry löste in den sozialen Medien eine Debatte aus, als er beklagte, dass israelischen jüdischen Schulkindern als Teil des offiziellen Lehrplans beigebracht wird, dass die Klagemauer und nicht der Tempelberg die heiligste Stätte des Judentums sei.

„Im staatlichen Religionsunterricht, den ich erhielt (in Israel gibt es sowohl säkulare als auch national-religiöse öffentliche Schulen), wurde über die Klagemauer gesprochen, nicht über den Tempelberg. In erster Linie bekamen wir die Klagemauer. Das Bild in der Klasse war von den Fallschirmjägern an der Klagemauer“, schrieb Perry auf Twitter und bezog sich dabei auf das ikonische Foto von Fallschirmjägern der israelischen Armee, die nach der Befreiung der Jerusalemer Altstadt im Jahr 1967 vor der Klagemauer stehen.

„Wer auch immer von der Klagemauer als unserem heiligen Ort spricht, tut dies, weil wir so erzogen wurden. Sogar in religiösen Schulen“, so Perry.

Kniefall vor dem moslemischen Narrativ?

Viele sehen darin eine Kapitulation vor dem modernen muslimischen Narrativ, dass die Juden keine Geschichte auf dem Tempelberg haben, mit anderen Worten, dass die jüdischen Tempel, die

in der biblischen Erzählung so zentral sind, nie existiert haben.

Bis vor hundert Jahren erkannte der Islam die jüdische Geschichte an diesem Ort an, wie die 1925 vom Obersten Muslimischen Rat herausgegebene Reisebroschüre „A Brief Guide to al-Haram al-Sharif“ beweist. In dem englischsprachigen Führer heißt es über den Tempelberg: „Seine Identität mit der Stätte des salomonischen Tempels ist unbestritten. Auch dies ist nach allgemeinem Glauben der Ort, an dem ‚David dem Herrn einen Altar baute und Brand- und Dankopfer darbrachte.“

Und natürlich gibt es auch heute noch Muslime, die ihre Geschichte kennen und die historische Verbindung der Juden mit dem Tempelberg nicht leugnen.

Der muslimische Gelehrte Scheich Omer Salem, der an der Al-Azhar-Universität in Kairo promoviert hat und Autor des Buches „The Missing Peace: The Role of Religion in the Arab-Israeli Conflict“, erklärte 2016 in einem Interview mit einem jüdischen Newsletter, dass der Tempelberg nicht nur jüdisch sei, sondern dass die Muslime ihn eines Tages aus eigenem Antrieb an die Juden zurückgeben würden.

„Die Juden können auf dem Berg friedlich beten. Sie werden den Tempelberg bekommen, aber das muss in Etappen geschehen. Die Muslime werden

zustimmen, die Moschee zu entfernen, aber es muss von den Muslimen initiiert werden. Wenn die Juden versuchen, dies zu tun, wird es großes Blutvergießen geben. Wenn es [die Beseitigung der Moschee] geschehen wird, wird es ein Geschenk Allahs sein. Er ist derjenige, der die Herzen der Muslime umstimmen wird“, sagte Scheich Salem.

Yehudah Glick stimmt zu

Die eigentliche Frage ist, warum jüdischen Kindern in einem jüdischen Staat, der 1967 so freudig die Rückgabe des Tempelbergs in jüdische Hände fei-

erte, immer noch beigebracht wird, dass eine geringere Stätte, eine bloße Stützmauer, ihr zentraler Ort der Anbetung ist.

Unser Freund Yehudah Glick, der Perry antwortete, fragte sich dasselbe und betonte, dass es an der Zeit sei, diesen ungeheuerlichen Fehler zu korrigieren.

„Ganze Generationen wurden mit einer verzerrten und manipulierten Geschichtsdarstellung erzogen, während sie der historischen Wahrheit den Rücken kehrten“, betonte Glick. „Es ist an der Zeit, die Wahrheit zu sagen.“

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Spira, Warmaisa, Magenza: Das Judentum gehört zu Deutschland

Die UNESCO ernannt die jahrtausendealten deutschen Orte jüdischen Wirkens in den sogenannten SchUM-Städten Speyer, Worms und Mainz und zum Weltkulturerbe: Ein weiterer und eindeutiger Beleg für 17 Jahrhunderte jüdischer Präsenz im heutigen Deutschland (JR).



Carsten Costard

Von Mario Thurnes

Der jüdische Friedhof an der Mombacher Straße in Mainz

Die UNESCO hat die historischen jüdischen Stätten in Mainz, Worms und Speyer zum Weltkulturerbe ernannt. Damit seien sie das erste jüdische Weltkulturerbe in Deutschland, wie das Land Rheinland-Pfalz mitgeteilt hat. Das Land hatte die Federführung in der Bewerbung, deren Prozess mehr als 15 Jahre lang gedauert hat.

SchUM steht für die hebräischen Namen der drei Städte, die in der Geschichte des Aschkenasischen als „Jerusalem am Rhein“ gewürdigt wurden. Parallel zum Verfahren ist in Mainz eine neue Synagoge an dem Platz entstanden, an dem der Mob im November 1938 die Alte Synagoge zerstörte.

Für die Bewerbung arbeiteten das Land, die drei Städte und die jüdischen Gemeinde zusammen. „Große Freude“ empfand die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Mainz und Worms, Anna Kischner, als sie von der Entscheidung des Welterbe-Komitees erfuhr. „Enthusiasmus und viel sorgfältige Arbeit“ seien notwendig gewesen, um das Komitee vom historischen Wert der Stätten zu überzeugen.

Zu den Stätten gehören erhaltene Synagogen und Frauenschulen sowie eine Mikwe und der Alte Friedhof in Mainz. Deren Form und Gestaltung hätten die jüdische Architektur und Bestattungskultur nördlich der Alpen maßgeblich beeinflusst, begründete das Komitee seine Entscheidung. An keinem anderen Ort könne ein vergleichbares Spek-

trum jüdischer Gemeindezentren und Friedhöfe die kulturellen Leistungen europäischer Jüdinnen und Juden in der Formationsphase der lebendigen Tradition des aschkenasischen Judentums bezeugen, so die UNESCO.

Der jüdische Friedhof in Mainz wird derzeit aufgewertet. Dies ergibt sich zum einen aus dem Wachstum der boomenden Stadt. Bisher galten nur die Bereiche zwischen Bahndamm und Rhein als begehrte Innenstadtanlage. Aktuell wertet die Stadt die Gebiete westlich der Eisenbahnstrecke auf.

Dort liegt der jüdische Friedhof an einem Hang, der hinauf zum Sendezentrum des SWR führt. Oberhalb der Gräber ist bereits eine Baustelle eingerichtet. Dort entsteht ein Pavillon, von dem aus die Besucher den Friedhof erfahren können, ohne die Totenruhe zu stören.

Mainz werde durch das Kulturerbe „eine andere Stadt“ sein, kommentiert Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD). Die Bedeutung der Stätten im Land werde aufgewertet, sagt Innenminister Roger Lewentz (SPD). Die Stätten stünden für den kulturellen Austausch zwischen Christentum und Judentum, sagt Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD).

Das Jerusalem am Rhein und die Kreuzritter

Die SchUM-Städte waren als Zentren des aschkenasischen Judentums

so bedeutend, dass Historiker gerne vom „Jerusalem am Rhein“ sprechen. Die Erlasse ihrer Talmudschulen wirkten weit über das heutige Rheinland-Pfalz hinaus. Der Gelehrte Isaak Or Saura hinterließ gegen 1200 das Zitat: „Wie sehr gehören unsere Lehrer in Mainz, in Worms und in Speyer zu den gelehrtesten der Gelehrten, zu den Heiligen des Höchsten...von dort geht die Lehre aus für ganz Israel... seit dem Tage ihrer Gründung richteten sich alle Gemeinden nach ihnen, am Rhein und im ganzen Land Aschkenas.“

Die Geschichte des aschkenasi-

schen Judentums erlebte am Rhein ab dem 15. Jahrhundert einen Niedergang. Während ihre Mitglieder in Mainz bis ins 18. Jahrhundert hinein dauerhaft vertrieben wurden, bestand die jüdische Gemeinde in Worms durchgängig – bis in die Zeit des Nationalsozialismus.

Die Synagoge in Worms wurde 1034 errichtet und 1096 zerstört – von Kreuzzügeln. 1175 wurde dann ein Neubau beendet, der 1938 in der Reichspogromnacht zerstört wurde. Worms baute die Synagoge bereits 1961 wieder auf.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die jüdisch-kanadische Song-Legende Leonard Cohen: „Wenn er Rabbiner geworden wäre, dann hätte er zu einem der größten unserer Generation werden können“

(Aus unserer Reihe jüdische Singer-Songwriter, Teil 6) (JR)



VINCE BUCCI / Getty Images North America / Getty Images via AFP

Von Theodor Joseph

Ein gutgelaunter Leonard Cohen bei der Premiere des Films „Leonard Cohen - I'm your Man“ über sein Leben.

„Songs of Leonard Cohen“. Das ist der Titel seines Debüt-Albums aus dem Jahre 1967. Kein besonders spektakulärer Titel für ein Album. „Album“? Das Wort gab es 1967 eigentlich noch gar nicht für das, was wir heute als solches bezeichnen. Wir sagten damals „Langspielplatte“ oder kurz „LP“ – 33 Umdrehungen. In Deutschland erschien die LP am 23. Januar 1968.

Die Platte war in Deutschland nicht sonderlich erfolgreich. In England 70 Wochen in den Charts, Platz 13. Die Songlist, heute würde man sagen: „Booklet“ – auch das Wort gab es damals noch nicht – nennt u.a.: Master Song; Winter Lady; Sisters of Mercy; So long, Marianne; One of us can not be wrong.

Und dann hörten wir diese Musik, diesen Song, der uns in eine besondere Stimmung versetzte, Augenblicke des Träumens. Ein Lied, das uns ins Herz traf, das uns berührte – „Suzanne“. Ein Song, der nichts von seiner Einzigartigkeit verloren hat, eben weil er gut ist, ein Song, der bleibt.

„Suzanne takes you down to her

place near the river ...

You can spend the night beside her...“ Oh, lala!

Um die Frauen rumzukriegen

Dieser Song passte einfach. Leonard Cohens Melancholie, seine sonore Stimme. Dem konnte man sich nicht so recht entziehen. Nicht Ende der 1960er – und auch nie danach. Er schrieb seine Songs, wie er einmal bemerkte, weil er nicht anders konnte, „um die Frauen rumzukriegen“. Erst später schrieb er Songs, um Geld zu verdienen.

Über „Songs from Leonard Cohen“ urteilte Suzanne Vega 2009 so:

„Ich habe mich einfach in sein erstes Album verliebt. Es war, als wäre er ein Freund von mir. Ich habe ihn mir in meinem Zimmer angehört und er war wie eine leise Stimme, die zu mir gehört. Wenn man damals jemanden kennenlernen wollte, sagte man: ‚Magst du Leonard Cohen?‘ Und wenn derjenige dann fragte: ‚Wer?‘, wusste man, dass das Ganze keine Zukunft hat.“

Mit Rock hatte Cohen nie etwas am Hut, in die Welt des Pop geriet er in

den 80er Jahren eher aus Versehen. Tatsächlich bewohnte er seit den 60er Jahren das höchste Plateau des Folk – gleichberechtigt neben den beiden anderen großen jüdischen Songwritern des Jahrhunderts, Bob Dylan und Paul Simon. Musikalisch wird er selten im gleichen Atemzug genannt, als Persönlichkeit aber überstrahlte er beide. Seine Songs changieren zwischen amourös und religiös. Über seine Texte sagte er einmal:

„Wie für alle meine Songs, habe ich auch für ‚Suzanne‘ lange gebraucht – über einen Zeitraum von etwa vier oder fünf Monaten. Ich hatte viele, viele Strophen. [...] Es ist ein sehr schmerzhafter Prozess, weil man viele gute Teile wegwerfen muss. Zurückzufinden und diese drei Strophen von ‚Suzanne‘ zu kriegen, dafür habe ich sehr lange gebraucht.“

Im Spätsommer 1973 ist Leonard Cohen wieder einmal in Griechenland. In seinem Haus auf Hydra will er die Hohen Feiertage verbringen. Er wird hier kaum den Gottesdienst besucht haben, denn auf Hydra gibt es keine Synagoge. Ob er am Jom

Kippur, an diesem 6. Oktober 1973, der im Übrigen auf einen Schabbat fiel, das Fastengebot befolgt hat, wissen wir nicht, vermuten aber: Er hat.

Israelis werden überrannt

Jedenfalls erhält er an diesem Tag irgendwie die Nachricht, dass ägyptische Truppen den Suezkanal überquert, die israelischen Stellungen am Ostufer des Kanals überrannt haben und weit in den Sinai vorgestoßen sind. Der sog. Jom Kippur-Krieg hat begonnen, Israel ist in Gefahr und Leonard Cohen sofort alarmiert.

Er zögert nicht lange, packt rasch ein paar Sachen zusammen, besteigt das nächste Ferry-Boat nach Piräus, nimmt in Athen die nächste EL AL-Maschine nach Tel Aviv, streift sich ein khakifarbenes Hemd über und meldet sich bei der israelischen Armee dienstbereit. Er hatte sich ohne Plan spontan ins Flugzeug gesetzt in der Absicht, die ägyptischen Kugeln aufzuhalten. Er habe, so sagte er, „als Jude den Juden“ helfen wollen. Ihm lag das Überleben des jüdischen Volkes am Herzen, er wolle, betonte er,

bei jeder Krise, die Israel betrifft, dort sein.

Sieben Jahre nachdem er gegen den Vietnamkrieg auf der Bühne gestanden hatte, zieht es den Dichter also unversehens selbst an die Front: Als ambulanten Truppenbetreuer während des kompletten Jom-Kippur-Kriegs 1973 gibt er bis zu acht Konzerte täglich vor den Zahal-Truppen, teilweise sogar während der Gefechte. Ein Foto zeigt ihn im offenen Hemd unter israelischen Soldaten, gleich neben General Ariel Scharon.

Jüdischer Priester-Segen beim Konzert in Israel

In dieser Zeit tourt Cohen wiederholt in der ganzen Welt, tritt immer wieder in Israel auf. Er hat sich mehrfach für eine friedliche israelisch-„palästinensische“ Koexistenz ausgesprochen.

Zu Israel hatte Leonard Cohen eine besondere Beziehung, es war eine tief emotionale, vielleicht auch religiöse Bindung, die ihn beherrschte und es ist interessant, dass er in Europa anders auftrat als in Israel.

2009 bei einem Konzert bei Tel Aviv, sprach er, der Abkomme Aarons, am Ende über die Zuschauer den Priestersegen „Birkat Cohanim“, den hebräischen Segensspruch „Baruch ata adonaj, elojenu melech ha-alam“ und das Publikum antwortete mit „Amen“. Das alles passt zu seinem Namen „Cohen“. Vor einem jüdischen Publikum sah er sich als eine Art Pop-Priester.

Leonard Cohen, der kurz zuvor durch kriminelle Machenschaften seiner Managerin um sein Vermögen gebracht worden war und, was unvergleichlich schlimmer war, die Rechte an seinen eigenen Songs verloren hatte und mittellos war, spendet zwei Millionen Dollar der israelischen Tour-Einnahmen an israelische und „palästinensische“ Wohltätigkeitsorganisationen. Er wollte, dass das Geld im Lande blieb.

Wie in vielen seiner Texte, bedient sich Leonard Cohen religiöser und liturgischer Vorlagen. Er war ein dezidiert jüdischer Sänger und Songschreiber. Der Mann hieß Cohen – mit der Betonung auf der letzten Silbe. Jüdischer geht's nicht!

Wer Cohen oder Kohn, Kagan oder Kogon heißt, stammt der Überlieferung nach von den Kohanim ab, den Priestern im Jerusalemer Tempel. Cohens Familie war Teil einer Art jüdischen Adels im englischsprachigen kanadischen Westmount, in dem er aufgewachsen ist. Seinen Namen zu ändern, kam ihm nie in den Sinn: „Mir hat die Vorstellung nie gefallen, dass Menschen ihren Namen ändern“, meinte er, „Es ist immer schön zu wissen, woher man kommt“.

Es kam ihm auch nie in den Sinn, sein Judentum zu verleugnen. Einmal beteuerte er: „Ich habe mich meiner jüdischen Herkunft nie geschämt, und in jeder Krise Israels werde ich da sein. Ich habe mich dem Überleben des jüdischen Volkes verschrieben“. Dafür hatte er sich einer gegen den Staat Israel gerichteten Boykott-Bewegung zu erwehren.

Auf der Ägäis-Insel Hydra besaß Leonard Cohen ein Haus, hier hat er einige Jahre mehr oder weniger fest gewohnt, an seinen Romanen gearbeitet, Gedichte geschrieben, hier sind die besten seiner frühen Songs entstanden. Hydra war seine zweite Heimat.

Geboren wurde Leonard Cohen am

21. September 1934 in Montreal. Sein Urgroßvater Lazarus Cohen war Lehrer an der örtlichen Jeschiwa im litauischen Vilkaviskis. 1860 wanderte er nach Kanada aus, war als Unternehmer erfolgreich und wurde Präsident der jüdischen Gemeinde Shaar HaShomayim, der größten in Montreal. Sein Sohn Lyon Cohen, Leonards Großvater, der als Textilkauflaufmann und Versicherungsmakler erfolgreich war, folgte ihm in das Amt des Synagogenvorstands. Dessen Sohn Nathan, ein Ingenieur, übernahm das große Textilkauflaufhaus. Nathan Cohen starb, als Leonard neun Jahre alt war. Seine musisch interessierte Mutter Masha war die Tochter des aus Russland eingewanderten Talmudgelehrten Rabbi Solomon Klunitzky-Kline.

Leonard Cohen wuchs in einem ausgesprochen jüdischen Milieu auf, bewegte sich zeitlebens auf jüdischen Wegen – als Mensch und als Künstler. Er bekannte, Religion sei ihm das „liebste Hobby“. Rabbi Mordecai Finley sagte einmal über Leonard Cohen: „Er könnte ein großer Lehrer des Judentums sein. Wenn er einen anderen Weg eingeschlagen und Rabbiner geworden wäre, dann hätte es in seiner Macht gestanden, zu einem der größten unserer Generation zu werden“.

Schreiben als „Mission G-ttes“

Leonard Cohen begann als Schriftsteller und er blieb es – bis zuletzt. Das Schreiben, die Schrift, sinnierte er einmal, schuf nach alter jüdischer Tradition das Fundament seines Lebens. Und dezidiert jüdische Themen bestimmten seine Geisteswelt. Er war weit mehr als ein Musikkomponierer, -spielender und singender Künstler. Er verfügte auch über eine ausgeprägte und vielseitige Begabung als Zeichner. Er war, so charakterisiert ihn sein Sohn Adam Cohen, bei allen künstlerischen und das Leben betreffenden Strategien, die er in seinem über 80 Jahre währenden reichen und komplizierten Leben angewendet hat, unbeirrt seinen Weg als ambitionierter Schriftsteller gegangen. Kurz: Für Leonard Cohen war Schreiben sein einziger Trost, sein wahrhafter Lebenszweck. Nie versiegendes Schreiben war das Feuer, das er entzündete, das er hegte, war die Flamme, die er schürte. Schreiben verstand er als seine eigentliche Berufung, als, wie er es einmal ausdrückte, eine „Mission G-ttes“.

Das „Aufregende in einem in Flammen stehenden Gedanken“ war es, das ihn lebenslang antrieb. All das Gesagte spiegelt sich in seinem posthum erschienen, Buch „Die Flamme“ mit seinen eigenen Illustrationen wider – eine liebevolle, fast zärtliche Hommage an einen großartigen Künstler.

Seine Texte sind persönlich-intim, tiefgründig und geprägte von einer Jüdischkeit, die sein Leben und Werk bestimmen haben. Auf dem Frankfurter Flughafen vermerkte er am 19. Februar 2001 in sein Notizbuch 15-40: „Ich möchte beten/fünf Mal am Tag/und das tue ich/Ich möchte leben/als lebte G-tt/durch mich an dich/und das tue ich“.

Bob Dylan sagte einmal zu Leonard Cohen, er habe das Gefühl, dass sich seine Songs allmählich „zu Gebeten entwickelten“. Auf keinen Song traf das mehr zu als auf „If It Be Your Will“. Es war „ein altes Gebet“, meinte Leonard Cohen, „das über mich kam, damit ich es umschrieb“. Ein berührender Song, intim und zerbrech-

lich – „If It Be Your Will“: Ist es dein Wunsch, dass ich verstumme/Und meine Stimme schweigt, wie es war,/Werde ich verstummen und schweigen/bis Ich erlöst bin, so du es willst.

Kein Übertritt zum Buddhismus

Als Leonard Cohen Anfang der 1990er Jahre mit dem Buddhismus flirtete und sich sogar in ein buddhistisches Kloster zurückzog, ging ein Aufschrei durch die jüdische Öffentlichkeit. Einige befürchteten, er hätte dem Judentum abgeschworen, es gar verlassen. Dem war nicht so. Er hatte eine Schaffenskrise, wollte sich zum Meditieren zurückziehen, vielleicht im Kloster sich auch das Rauchen abgewöhnen.

Schließlich entschloss er sich zu einer anrührenden Klarstellung: „Ich bin kein Buddhist, sondern ein Schein-Buddhist. Ich habe nicht bei meinem alten Lehrer studiert, um eine neue Religion zu finden. Und ich war auch nicht darauf aus, mich zum Buddhismus zu bekehren. Ich bin zufrieden mit meiner Religion. Es ist die Religion meiner Eltern und Großeltern. Die Arbeit mit meinem Lehrer konzentrierte sich nicht auf meine Glaubensvorstellungen. Es ging eher um den Ablauf des Lebens mit einem religiösen Dogma oder einer bestimmten Anschauung Gottes. Ich habe bei ihm Freundschaft studiert“.

Als Bob Dylan 1979 zum Christentum übertrat, brachte das Leonard Cohens Welt ins Wanken. Er rang die Hände und sagte immer wieder: „Ich verstehe das einfach nicht. Wieso entscheidet er sich zu einem so späten Zeitpunkt für Jesus? Die ganze Jesus-Sache verstehe ich nicht“.

So ist auch nicht weiter verwunderlich, dass der gescheiterte Buddhisten-Mönch Leonard Cohen sein Judentum nie verleugnet hat. Und es ist ebenso wenig verwunderlich, dass viele seiner Songtexte einen jüdisch-religiösen Bezug haben.

Es ist das Jahr 1984. Die Zeit, in dem der Poet und Songwriter Leonard Cohen nach Möglichkeiten sucht, sich musikalisch weiterzuentwickeln. Damals sitzt Cohen bereits geschlagene drei Jahre an einem Lied, für das er am Ende insgesamt 80 Verse schreibt. Die Zeilen füllen zwei Notizbücher. Eine Baustelle. Schließlich gibt er seinem Lied den Titel: „Hallelujah“.

Es existieren zahlreiche Cover-Versionen anderer Musiker, mehr als 300 Aufnahmen von Hallelujah durch andere Musiker sind bekannt. Bob Dylan war der erste, der bei einem Auftritt 1988 in Cohens Heimatstadt Montreal das Stück seines Freundes in sein Repertoire aufnahm. Niemand sonst hatte zunächst eine Idee von diesem Lied. Für Bob Dylan jedenfalls war es sofort ein interessanter Song, 15 Jahre, bevor alle anderen nachzogen. Eine faszinierende Fußnote zu dieser Geschichte.

„Hallelujah“ ist heute einer der am häufigsten aufgenommenen Songs in der Geschichte der Pop-Musik. Paradenummer für stimmstarke Kandidaten in Casting-Shows. Eine Musik, die sowohl bei Hochzeiten als auch bei Beerdigungen gespielt wird. Universale Magie in C-Dur.

Er selbst hat sein Lied so kommentiert: „Halleluja ist ein Wort aus dem Hebräischen, das ‚Lobet den Herrn‘ bedeutet. Der Song stellt dar, dass es viele Arten von Hallelujas gibt. Ich sage: ‚Die vollkommenen und kapputten Hallelujas sind alle gleich wert‘. Es drückt den Wunsch aus,

meinen Glauben an das Leben zu bestärken, nicht auf formal religiöse Art, sondern mit Begeisterung, mit Gefühl“.

Zweifel am jüdischen Gott nach der Schoah

Mit seinem letzten Album „You Want It Darker“, drei Wochen vor seinem Tod erschienen, schuf Leonard Cohen ein dunkel glänzendes Spätwerk, sein musikalisches Testament, Lieder zum endgültigen Abschied – sein persönliches Kaddisch. Als Begleitsänger trat der orthodoxe Synagogenchor Shaar HaShomayim auf. In dieser Synagoge saß der Enkel Leonard jeden Schabbes und an jedem Feiertag in der dritten Reihe auf einem nummerierten Platz. Leonard Cohen war ein praktizierender Jude, der auch die Tefillin anlegte und den Talmud studierte.

Es kann eigentlich keinen Zweifel daran geben, dass der Song auch ein Versuch ist, sich dem Thema der Schoah zu nähern – „a million candles burning for the help that never came“. Das ewige Ringen jüdischer Theologie, nach der Schoah trotzdem noch an HaSchem zu glauben, wird hier durch Wut und Vorwürfe aufgelöst. Cohen besingt hier den Heil verheißenden und zugleich Heilung verweigern jüdischen Gott.

In einem großen Portrait im „New Yorker“ zeigte sich Cohen kurz vor Veröffentlichung des Albums als äußerst bereit zu gehen. Die göttliche Stimme, die ihn sonst immer ermahne, dass er gerade wieder einmal alles vermassele, muntere ihn jetzt nur auf, noch die letzten Dinge zu erledigen. Nach diesen Worten über seinen scheinbar nahenden Tod sagte er wenig später, dass er mindestens 120 Jahre alt werden möchte, wie von Gott in der Thora vorgesehen.

„Magnified, sanctified be thy holy name“, singt er auf „You Want It Darker“. Es sind dies die ersten Worte des Kaddisch, des jüdischen Trauer- und Totengebets, das kein Wort über Verlust verliert, sondern nur die Herrlichkeit Gottes preist.

Jissgadal wejiskadasch, schmehe raboh: verherrlicht und geheiligt werde Sein großer Name in der Welt, die Er erschaffen nach Seinem Willen.

Am 7. November 2016 starb der Songpoet Cohen in Los Angeles. Er wurde noch am gleichen Tag, wie es jüdischer Tradition entspricht, auf dem jüdischen Friedhof seiner Geburtsstadt Montreal, Shaar Hashomayim Congregation Cemetery, beigesetzt bevor sein Tod in der Welt bekannt wurde. Jedoch ist Leonard Cohen nicht 2016, sondern als Eliezer ben Nathan – unter diesem Namen wurde er zur Thora gerufen – am 6. Tag des Monats Cheschwan nach dem mosaischen Kalender des Jahres 5777 von der Welt gegangen. Er wurde als Jude geboren und ist im Alter von 82 als Jude gestorben.

Als Musiker schuf Leonard Cohen melancholisch gefärbte, poetische Lieder, die von zahlreichen Künstlern übernommen wurden. Zu seinen bekanntesten Liedern zählen „So Long, Marianne“; „Everybody knows“. Mit seinen Stücken wie „Hallelujah“ – eines der meist gecoverten Songs überhaupt –, oder „First We Take Manhattan“, schrieb er Musikgeschichte.

Leonard Cohen war, wie Bob Dylan, ein Mann der vielen Gesichter und er, der Poet, wäre gewiss ein ebenso würdiger, wenn nicht der geeigneteren Literaturnobelpreis-Träger gewesen.

Shimen Dzigan, Yisroel Shumacher und ihr jiddisches Theater

Zwei Lodzer Söhne erobern die Comedy-Szene mit ihrem jiddischen Kleynkunst-Theater (JR)

Von Simone Schermann

„Es ist eine unausgegorene Sprache, in Hast mitgenommen – wie das ungesäuerte Brot – auf der Flucht durch die Länder, durch die Zeiten. Spuren vieler Wanderschaft, durch viele Heimaten kleben an ihr.“

Alfred Polgar offenbart seine Sicht auf das Jiddische als sogenannte „Niemandssprache“, als Sprache des „wandernden Juden“; die im gleichen Moment ihrer Flüchtigkeit und der Wurzellosigkeit ihrer Sprecher immer auch Felsen und Heimat dieser Jiddischsprecher war, egal wo in der Diaspora sie sich gerade aufhielten.

Auch für das Duo Shimen Dzigan und Yisroel Shumacher war Jiddisch weit mehr als reine Verständigung und die Bühne mehr als Theater. Beides waren Heimat(en), in welche(n) man Mitgebrachtes – aus der alten Heimat – mit neu Gefundenem – aus einer neuen Heimat – verschmelzen konnte, um es zu satirischer Hochkunst zu verarbeiten. Die jiddische Bühne wurde so auch zu Yiddishland.

Ihre Kunst ist eine Mischung aus tragischer und modern-philosophischer Komik eines Charlie Chaplin mit jüdischen, folkloristischen Fertigkeiten der Spaßmacher und Posse-reißer aus dem Osten.

Die jiddische Bühne war für das Duo auch mehr als nur jüdischer Humor: sie war Ort des Widerstands und der Selbstverteidigung, der Opposition und Rebellion, Emigration und des Überlebens, der Tragik und des Lachens. Ironie, Satire und jiddische Kreativität. Auf dieser Bühne war Göring ein erschossener Eber, ein armseiliger Hitler bellte wie ein Hund. Und Ben Gurion war Der nayer Dybek! (Der neue Dämon!).

Neidisch auf eine Fliege

Die thematische und linguistische Unabhängigkeit machte den Geist ihrer Kunst zeitlebens aus und war ein Faktor für die Kreativität, so Diego Rotman in seinem Buch *The Yiddish Stage as a Temporary Home*. Darin beschreibt Rotman den Werdegang der beiden Künstler, die Stationen ihres Lebens und Wirkens und die Entwicklungen in ihrer Kunst.

Am 30. Mai 1939 spielten Dzigan und Shumacher im Warschauer Scala-Theater vor ausverkauftem Haus ihre letzte Show vor Kriegsbeginn: *Nadir un veyn nish!* (Nimm das und weine nicht!) Shumacher spricht mit einer Fliege, die er um ihre Freiheit beneidet, überall ungehindert hinfliegen zu können. Sie wisse gar nichts über Probleme wie Emigration, Pässe, Visa oder Affidavits. Es ist ein tragischer Abschiedsmonolog von ihrer Bühnenheimat. Vorerst.

Ihre Karriere begannen die Bühnenschauspieler, Komiker und Satiriker Shimon Dzigan (1905-1980) und Yisroel Shumacher (1908-1961) im modernistischen Kleinkunsttheater Ararat in ihrer Geburtsstadt Lodz, gegründet 1927 vom jiddischen Poeten und Mäzen Moyshe Broderzon. Auf den Theaterbühnen Warschauer der 1930er Jahre verfeinerten sie als Duo ihre bissige, politische und gesellschaftliche Satire im eigenen Ararat-



Shimen Dzigan und seine Frau Ewa

Theater. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges flohen beide Künstler in die Sowjetunion. Ihre Rückkehr nach Polen war von kurzer Dauer, denn sie wanderten Ende der 1950er Jahre nach Israel aus. Das Comedy-Team trat in seiner Laufbahn auch in Cabarets und später in Filmen auf.

Das Markenzeichen ihres auch schlicht als Dzigan und Schumacher's genannten Theater war die unverwechselbare Bühnensprache, mit der sie das Publikum in Europa, Israel, Nord- und Südamerika und der Sowjetunion begeisterten. Diese war von dem einmaligen Lodzer Yiddish durchdrungen, dass sich vom kommerziellen Jiddischen Theater Polens abhob, da es einen eigenen revolutionären Charakter besaß. Es war frech und unangepasst, war die lebendige Absage an kulturelle, sprachliche und ideologische Schranken. Die jiddische Bühnenkunst des Paares war geprägt von folkloristischen Parodien, Wortspielen, Witzen, aber auch von zeitgenössischer politischer Satire, die vor nichts zurückschreckte. Auch nicht, den Antisemitismus in Polen in Sketchen bissig zu karikieren, der ihr außergewöhnliches, kreatives und parodistisches Talent schier noch befeuerte und die große Popularität begründete.

Flucht in die Sowjetunion 1939 und das Arbeitslager in Kasachstan

Im Zuge der deutschen Invasion flohen Dzigan und Shumacher aus War-

schau nach Bialystok, dass aufgrund des Molotow-Ribbentrop-Pakts unter sowjetische Herrschaft kam. Nunmehr vom Flüchtling zum sowjetischen Staatsbürger „avanciert“ waren sie die Hauptattraktion in Der byalistoker melukhisher yidisher minyaturteater (Bialystok National-Jüdisches Miniaturtheater) und bespielten die komplette Sowjetunion bis zum historischen bekannten Bruch des Hitler-Stalin-Paktes im Juni 1941.

Bei dem Versuch, das Land zu verlassen, wurden sie wegen angeblicher antisowjetischer Aktivitäten verhaftet und vier Jahre in das Arbeitslager Aktyubinsk in Kasachstan interniert, das sie überlebten. Wenige Monate nach ihrer Entlassung im August 1946 und der Rückkehr nach Polen hatten sie ihr Theater wieder etabliert. Bereits 1949 spielten sie in West-Europa und ab 1950 gastierten sie in Israel. Im gerade gegründeten Israel galt eine Art staatliche Auflage, Jiddisch weitestgehend aus den Theatern zu verdrängen. Letztlich war auch dort der Erfolg unter den Jiddischsprechern unvermeidlich, da die Künstler ihr einzigartiges Talent in Israels Alltagsrealität übertrugen und umgekehrt. Hebräische Satire war laut Diego Rotman zu der Zeit kaum vorhanden und die israelische Lebenswirklichkeit floss in ihr Repertoire und wurde Teil ihrer legendären, politischen Satire-Kunst, die das hebräische satirische Theater maßgeblich beeinflussen sollte.

Eines der schönsten Beispiele ist

der Sketch *Der nayer Dybek*, aus dem Jahr 1957. Der Sketch ist eine Parodie auf den Klassiker der jiddischen Literatur, aus der Feder von Shlomo Anski *Der Dybbuk*, entstanden zwischen 1912-1917, 1922 aufgeführt vom berühmten hebräischen Habima-Theater in Osteuropa. Das Original war inspiriert durch folkloristische Legenden über Dämonen und Geister. Es schildert die Besessenheit einer Frau durch den Dämon ihres toten Geliebten, der ihr von einem Zaddik, einem Wunderrabbiner, mittels eines Exorzismus ausgetrieben wird.

Parodie auf Ben-Gurion

Der neue Dybbuk nach Dzigan und Shumacher war eine Parodie auf das Original und eine politische Satire über den Staatsmann Ben Gurion. Der Sketch offenbart in der Exorzismus-Zeremonie, dass ein 41-jähriger Immigrant der Dybbuk ist, der seinen Lebensunterhalt in Israel nicht verdienen kann. Dem Zaddik gelingt der Exorzismus nur, weil er dem „Dämon“ die ewige steuerliche Befreiung verspricht. Die Parodie spielt im Hause Reb Dovidl's, des Rebben von Plonsk, und somit in der Geburtsstadt David Ben-Gurions – des damaligen Premierminister Israels. Reb Dovidl ist natürlich niemand anderes als Dovid Grin, der synonym für Ben-Gurion und für den Staat Israel steht, deren Mythen im Sketch sozialkritisch-satirisch dekonstruiert werden.

Als die Künstler im Juli 1947 nach Warschau zurückkehrten, kamen sie in die Ruinen einer Stadt, aus der die Juden fast gänzlich verschwunden waren. Im Nachkriegs-Polen bedeuteten jiddische Witze und Sketche aus der Vorkriegszeit, in einer Art Code zu kommunizieren, der Erzähler und Zuhörer in ihrer gemeinsamen Vergangenheit vereinte und eine Identifikationsstiftende Zusammengehörigkeit erzeugte – so Rotman.

„Ich erzählte Witze“, schreibt Dzigan in seiner Autobiographie *Der koneykh fun yidishn humor* (Die Kraft des Jiddischen Humors, 1974), „und wir weinten alle“. Er spricht von dem Gefühl, „vor einer Zuhörerschaft von Toten zu spielen.“ Die Monologe klangen wie ein Kaddish, als wären sie Totengebete und die Performance geriet zu einem „Dokument der Rekonstruktion einer Kultur und Sprache aus der Vergangenheit.“ Bei Diego Rotman beschreibt ein Zuschauer eine Vorstellung in Paris aus dem September 1949: „Als sich der Vorhang hob, standen Dzigan und Shumacher schweigend vor dem Publikum, ohne ein Wort zu sagen. Vor ihrem Publikum, das schwieg und verstand, was dieses Schweigen bedeutete. Bis beide unisono nur vier Worte sprachen: *Abi m'zet zikh!* (Hauptsache, man sieht sich!).“

Wir sollten lachen...

Shumacher: „Nein, mein Freund, es gibt nichts, über das man lachen kann, niemanden, über den man lachen kann und niemanden, für den man lachen kann. Wenn ich mich so umschaue, die Zerstörung sehe, will

ich mich lieber selbst begraben. Avrom, gib mir ein Bier.“

Dzigan: „Höre nicht auf Gefühle der Verzweiflung. Ich glaube, wir müssen lachen, und wir sollten lachen...“.

Die Performance fährt damit fort, dass den Juden ihre Möglichkeiten aufgezeigt werden: weggehen, bleiben, weinen, lachen, nehmen, geben, spielen und nicht spielen, so Rotman.

Aufgewachsen im Lodzer Judenviertel Baluty, zwischen Schneidern, Schustern, Webern und anderen Kleinhandwerkern, sollte Dzigan in die Schneiderlehre gehen. Dieses Schicksal ersparte ihm seine Begabung und Moyshe Broderzon, der auf einem Bankett das Talent Dzigans entdeckte, als dieser die ganze Gesellschaft damit unterhielt, dass er die Redner parodierte.

Broderzon schrieb die Theaterstücke und Sketche für Ararat, die vom Jüdischsein in einer nichtjüdischen Umwelt, vom Antisemitismus und dem aufkommenden Nationalsozialismus handelten. Das Ararat (Artistischer revolutionärer teater) und seine junge Truppe symbolisierten die Kombination aus europäischem modernistischem Geist mit jüdischer Tradition, so Diego Rotman. Es verfolgte das Ziel, eine Bühne „für die poetische jiddische Sprache, für die jiddische Sprachfärbung und die jiddische Klangmelodie und ein jiddisches Theater mit einer einzigartigen „revolutionär-artistischen, jüdischen Autonomie“ in Polen zu erschaffen.

Die humoristische Sprache wie auch die expressionistische, theatralische Darstellung durch Gesten, Performance, Mimik und Verwandlungskunst mittels Makeups oder Kostümen gehörten ebenfalls zum innovativen, artistischen und revolutionären Charakter Ararats. Gepaart mit jiddischer Folklore, Liedern und Poetik von Dichtern wie Mordechai Gebirtig, Itzik Manger oder Itzhak Katzenelson.

Die Auseinandersetzung mit jiddischer Literatur, wie der Sholem Aleichems, der einen besonderen Blick für die humoristischen Aspekte des Alltags hatte, entwickelte Shimen Dzigans Gespür für Humor.

Zwei gegensätzliche Persönlichkeiten

Yisroel Shumacher hatte den Cheder und das Gymnasium besucht und entstammte einem wohlhabenden Elternhaus als sein Kompagnon. Seine Leidenschaft für das Theater entbrannte bereits im hebräischen Gymnasium, und er sah die Bühne als „seinen Platz im Leben.“

Das komische Duo funktionierte durch seine Unterschiedlichkeit. Wie man bei Rotman erfährt, sprach Shumacher ein feines, weiches Jiddisch, das wie eine Fidel klingt, während Dzigans Jiddisch kraftvoll und von sinnlicher Art war. Dzigan war der desorganisierte Chaot und Langschläfer, während Shumacher ein vorbildlicher Vater und Frühaufsteher war.

Es waren diese Persönlichkeiten, die ihr Spiel kontrastreich beeinflussten und zentrales Element der Sketche wie Aynstheyn-Veynshteyn (Einstein-Weinstein) wurden. Dieser basiert auf der Verwirrung über zwei ähnlich klingende Namen, die unterschiedlichen Personen gehören. Shumacher spielt den Intellektuellen, der von Dzigan – dem ignoranten, ungebildeten Geist – zur Weißglut getrieben wird, da dieser weder die

kulturellen Hintergründe zwischen Einstein, dem Wissenschaftler, und Weinstein, dem Exporteur, erfasst, noch deren Namen auseinanderhalten kann.

Während ihrer Warschauer Zeit entwickelte sich ihr Gespür für subversiven jiddischen Humor und Satire, so Rotman. Darin lag für Shimen Dzigan die „Einzigartigkeit des jüdischen Humors“ schlechthin.

Dzigan schrieb in seiner Autobiographie, das satirische Theater habe sogar seinen eigenen Einfluss in die Politik gefunden. Es habe gar zum historischen Politikwandel in Israel beigetragen, als Menachem Begin 1977 das Ende der Arbeiterpartei einläutete. Neben Begin waren Levi Eshkol und auch Golda Meir ebenfalls Opfer seiner Satire.

Lachen gibt Kraft

Mit der deutschen Invasion in Polen änderte sich Dzigan und Shumachers Theater, das sich unmittelbar auf die umgebende Realität einstellte und mit neuer politischer Satire darauf regierte. Dzigan beschreibt in seinen Memoiren den jüdischen Witz und das jüdische Lachen als „Stich gegen die Feinde, die so niemals die jüdische Seele mit ihrer Bosheit bezwingen konnten.“ „Lachen“, so Rotman, war für Dzigan ein „Mittel des Widerstands.“ „Damit würde ein Effekt erzeugt, der die Juden dazu befähigen sollte, die Verfolgung zu verkraften.“

Rotman lässt Holocaust-Überlebende zu Wort kommen, die in ihren Memoiren davon erzählen, wie im Konzentrationslager noch der Sketch In Shvitsbod (In der Mikweh) nachgespielt wurde: Ein Jude sitzt am Eingang der Mikweh, als ein deutscher Soldat mit seinem Hund vorbeiläuft und zum Juden sagt: „Hey Jude, siehst du den Hund? Er ist dein Bruder!“ Worauf der Jude antwortet: „Ist er beschnitten, dann ist er in der Tat mein Bruder. Wenn nicht, ist er dein Bruder.“

Ein anderer Sketch über Adolf Hitler ließ diesen, als gescheiterten Künstler dargestellt, den Mund öffnen, um zu bellen, statt zu sprechen. Diese Umkehrung der Entmenschlichung geschah in Anspielung auf das antisemitische Motiv, dass Juden mit Hunden gleichgesetzt hatte. Die Darstellung Hitlers als Hund stellte eine Form der „kollektiven Rache“ dar, und das jiddische Theater war die „Arena für Opposition und Widerstand auf der Bühne und in den Köpfen der Zuschauer.“

In Der Koyekh schreibt Dzigan: „Wir waren blind, taub und dumm, was die Bedrohungen anging. Ich habe keine Antwort wieso.“ Rotman erklärt den nichtendenden Fokus auf den Humor als die letzte Opposition gegen den Tod und das unausweichliche, besiegelte Ende. „Der überschäumende Humor sollte Terror, Angst, und Trauer verjagen, die bereits tief in uns verwurzelt waren und uns erschöpften“, wie Dzigan erzählt. „Wir waren das immer kräftiger und lauter spielende Orchester, das uns sinkende Schiffe in die Tiefen der Zerstörung begleitete.“

Antisemitismus in Polen

Der jüdische Kampfgeist des Comedy-Duos galt dem

Antisemitismus der Polen und der deutschen Okkupationsmacht; ihre Sketche wurden zensiert und landeten auf einer schwarzen Liste der Gestapo. Die Verhaftung in der Sowjetunion war das Ergebnis ihrer satirischen Kritik gegen das antisemitische Polen gewesen.

Die Artisten nutzten seit der 1930er Jahre diesen jiddischen Humor gegen politische Autoritäten, die die Unterdrückung und Diskriminierung der Juden symbolisierten. Aber Rotman schreibt, dass sie auch die Juden karikierten, „wie diese auf allen Vieren gehen, um in Kreisen Akzeptanz zu finden, die Juden eigentlich verabscheuten.“

Als Rezipient von Dzigan und Shumachers Sketchen erkennt man eine zwar gewaltlose, aber doch sprachgewaltige Abrechnung mit den Feinden der Juden, die man in Deutschland heute bei den Juden vergebens sucht.

Die heutige Passivität des Judentums sagt viel darüber aus, wie mutig diese Männer waren und wie groß ihr jüdisches Selbstwertgefühl gewesen sein muss. Sie nutzten ihre Möglichkeiten: die jiddische Bühne. Lautstark, mit jiddischer Stimme und Verve brachen sie Tabus und lachten über ihre Feinde. Und wenn die Juden mit ihnen lachten, waren sie Teil des Widerstands und der Überlebentechnik. Die Sketche und das Lachen darüber war ihre jüdische Antwort auf die judenfeindliche Umwelt.

Noch 1939 etwa 11 Millionen Jiddischsprecher

Wir wissen heute, dass noch 1939 Jiddisch mit ungefähr 11 Millionen Jiddischsprechern die bedeutendste der jüdischen Diasporasprachen war. Dass der überwiegende Teil der Millionen Jiddischsprecher in der Schoah ausgelöscht wurde, und mit ihnen die Adressaten der einst auf Jiddisch performenden Schriftsteller und Komödianten, hinterlässt eine spürbare Leere, die kaum zu ertragen ist.

Das polyglotte aschkenasische Judentum war das Biotop für den Ursprung unterschiedlichster jüdischer Denkweisen und Lebensentwürfe, für Hoffnung und Enttäuschungen, für mannigfache jüdische Umgangsweisen mit Emanzipation und Tradition, Assimilation und Antisemitismus. Aus den Ghettos und Shtetln heraus war ein immenses jiddisches Kulturgut entstanden und verloschen.

Jiddisch verkörpert auch heute für Juden Werte, Witz und Wärme, aber auch Verlust, Wurzellostigkeit und gleichzeitig eine gewisse Intimität,

eine unverwechselbare Vertrautheit und jüdisches Zusammengehörigkeitsgefühl. Es ist die ultimative Ausdrucksform jüdischer Sensibilität.

Eine Sprache ohne Territorium

Die Mameloshn ist der Gepäckträger jüdischer Ghettogeschichten, ist Erinnerungsort einer zerschmetterten Kulturlandschaft, Zusammenkunftsor t einer Schicksalsgemeinschaft, und manche sehen sie als Sprache ohne eigenes, festes Territorium.

Dzigan und Shumacher verkörpern fundamental die Fusion des Jiddischen mit den wechselnden und wandernden Heimatorten der aschkenasischen Judenheit, die durchaus eigene Identität(en) besitzt; nur eben solche, die wanderten und dynamisch waren.

Auch nach dem Verlust von geographischen Heimatorten konnten die Juden aus der Vielfalt und dem Reichtum der Sprachen schöpfen. Die jiddische Souveränität basiert nun mal auch auf dem Erzählten über vergangene Landschaften, Menschen und Kulturen oder eben über wandernde Territorien. Jiddisch ist durch Shimen Dzigan und Yisroel Shumacher eine Sprache der Überlebenden für Überlebende geworden, aber auch eine Überlebessprache – eine Sprache, um weiterleben zu können. Die Sprache der Errettung, da an ihr die Heimat haftet.

Dzigan und Shumachers Wanderung begann auf der Theaterbühne in Lodz, setzte sich in Warschau und der Sowjetunion fort und war nach ihrer Ankunft in Israel doch nie beendet, da sie in ihren Sketchen jüdische Lebenswelten durchstreiften und so die Sprache des Exils und der Diaspora zum Yiddishland auf der Bühne aufstehen ließen.

Im israelischen Diskurs hatte das Comedy-Paar, das als wichtigstes Duo des jiddischen Theaters bezeichnet werden muss, bleibenden Eindruck hinterlassen. Eliakim Rubinstein, stellvertretender Präsident des Obersten Gerichts Israels benutzte im März 2016 ein Zitat aus ihren Sketchen, um den Premierminister Benjamin Netanjahu zu kritisieren.

Die jiddischen Comedians Dzigan und Shumacher erklären in einem Sketch den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie: „Diktatur ist, wenn die Menschen nichts sagen dürfen, und die Regierung tut, was sie will. Demokratie ist, wenn die Menschen sagen können, was sie wollen, und die Regierung immer noch das tut, was sie will.“

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Die westeuropäische Geldhilfe für subversive und israel-feindliche NGOs im Land der Juden

Der Autor Tuvia Tenenbom beleuchtet bei einer Lesung aus seinem Buch „Allein unter Juden“ das schädliche Wirken von israelfeindlichen und mit dem arabischen Terror sympathisierenden NGOs aus Westeuropa und sogar aus Israel selbst (JR).

Von Dr. Nikoline Hansen

Können Bücher politisch etwas bewirken? Die Antwort lautet „ja“, wenn der Autor Tuvia Tenenbom heißt und einen Bestseller schreibt. Tuvia Tenenbom ist Journalist und Schriftsteller mit Leib und Seele – und er versteht es, den Finger in die Wunde zu legen, die Antisemitismus heißt.

Am 13. Juli stellte Tenenbom auf Einladung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V. Auszüge aus seinem Buch „Allein unter Juden“ vor, in dem es schwerpunktmäßig um europäische Geldflüsse zur Unterstützung der „palästina“-freundlichen NGOs in Israel geht. In der Tat – die im Buch geschilderten ehrlichen Stellungnahmen von Mitarbeitern dieser NGOs oder ihrer israelischen Freunde sind bemerkenswert. Besonders bedrückend: Reisen nach Israel dienen nicht immer dem Abbau von antisemitischen und israelfeindlichen Vorurteilen. Im Gegenteil, sie können diese geradezu bestätigen, wenn die entsprechende Auswahl an israelischen Gesprächspartnern getroffen wird.

Einige Israel-Touristen kommen, um sich in ihrem Hass auf Israel bestätigen zu lassen

Als Beispiel diene eine Passage aus Tenenboms Buch, in der er eine Reise der italienischen Friedensorganisation „Casa per la Pace Milano“ beschreibt. Diese Reise wurde von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Warum, fragte Tenenbom die verantwortliche Reiseleiterin, organisiert die italienische Friedensorganisation Reisen nach Israel? Die Antwort: „Israel missachtet und bricht das Völkerrecht, hält von ihm unterzeichnete Abkommen nicht ein, respektiert die Menschenrechte nicht und ist eine Besatzungsmacht“. Erneute Frage: Trifft das nicht auch auf andere Länder zu? Die Antwort lautet Ja. Und doch ist Israel das einzige Land, in das die Organisation Reisen anbietet.

Tenenboms Gesprächspartnerin ist sich in dieser Hinsicht ihrer israelfeindlichen Haltung bewusst – und sie bittet daher darum, dass die Veröffentlichung erst nach ihrer Abreise erfolgt, denn sie befürchtet sonst ausgewiesen zu werden: „Die Israelis würden mich des Landes verweisen, wenn sie wüssten...“, zitiert Tenenbom aus dem Gespräch.

Erschreckend, dass dabei gerne auch Holocaustvergleiche benutzt werden. Ein israelischer Reiseführer erklärt der Gruppe: „In Israel werden heute Afrikaner in Konzentrationslager gesteckt“ – womit er die illegalen Einwanderer aus dem Sudan und Eritrea meint. Und selbst die Gedenkstätte Yad Vashem muss als Plattform für diese Art der böartigen und relativierenden Propaganda herhalten. So erzählt der israelische Reiseführer seinen Zuhörern dort: „Die Palästinenserbehörde exekutiert heute viele Menschen auf Befehl Israels“ und „Ich habe 200, 300 Palästinenser festgenommen, manchmal auch kleine Kinder, und manchmal schlug ich sie zu-



Tuvia Tenenbom

sammen und warf sie auf einen Laster“. Solche Aussagen treffen auf offene Ohren – und sie verfestigen gerade an diesem Ort Zerrbilder, die nicht der Wahrheit entsprechen. Es ist angenehm, die eigenen Verbrechen relativiert zu sehen. Europäer sind für diese Art der Bestätigung ihres Israelbilds dankbar. In Europa ansässige Organisationen, die sich in derart in Israel tätigen NGOs engagieren, sind neben „Misereor“, „Brot für die Welt“ und dem „Internationalen Roten Kreuz“ etwa auch die „Rabbis for Human Rights“.

Als „Tourist“ durch die eigene Heimat

Tuvia Tenenbom erzählt seine Geschichten als Entdeckungsreise – und wie ein Tourist macht er Station. 55 Sta-



Tenenbom war zu Gast bei Jochen Feilcke von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

tionen hat er dabei in Israel dokumentiert, Episoden aus seinem halbjährigen Aufenthalt in Israel. Stationen, die er oft getarnt als Tourist absolvierte. Dabei war Israel mal seine Heimat, ehe es ihn nach New York verschlug. Geboren wurde Tuvia Tenenbom 1957 in Bnei

Berak, einer kleinen Stadt nordöstlich von Tel Aviv. Sie hat eine der höchsten Bevölkerungsdichten und zählt zu den ärmsten Orten in Israel mit vorwiegend ultraorthodoxen und antizionistisch eingestellten Bewohnern. Tenenboms Vater war Rabbiner. Er selbst wurde mit 17 Jahren aus der Gemeinde ausgeschlossen und ging nach New York, wo er 1994 mit seiner Ehefrau das „Jewish Theater of New York“ gründete. Seine Karriere als Buchautor begann 2011 mit der Dokumentation „I sleep in Hitler's room. An American Jew visits Germany“, das 2012 im Suhrkamp-Verlag auf Deutsch mit dem Titel „Allein unter Deutschen“ erschien. „Allein Unter Juden“ ist sein zweites Buch, das 2014 nach dem Erfolg des ersten Buches vom Suhrkamp-Verlag angeregt und finan-

„Was passiert, wenn die weibliche Seite Gottes, der Sohn Gottes und der Gesandte Gottes eine sexy junge Deutsche treffen, die den Arabern hilft, weil sie die Juden liebt?“. Dabei nimmt er den Leser mit auf seine Entdeckungsreisen. Er hält sich strikt an die Aussagen seiner Gesprächspartner, die er nach auszugsweiser Wiedergabe der Schilderung der Begegnungen in einer Quintessenz in knappe Worte fasst. So wie in diesem Beispiel, in dem er die Teilnahme an einer Filmvorführung in der Al-Quds-Universität in Jerusalem beschreibt:

„Als der Film zu Ende ist, erklärt uns ein Professor das Wesen des Zionismus – für den Fall, dass der Film an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ: ‚Der Zionismus ist eine kolonialistische, rassistische Ideologie. Anders kann man das nicht erklären.‘ Dank der großzügigen Finanzierung der EU, die praktisch alles hier fördert, habe ich heute zweierlei gelernt: Die Israelis haben Jesus gekreuzigt, und die Juden sind brutale Kreaturen.“

Besonders macht das Buch von Tuvia Tenenbom ein knapper dokumentarischer Schreibstil und ein bewusster Blick von außen, die sich zu einer Art bissigem Sarkasmus verbinden. Dabei wirken die geschilderten Szenen teilweise einfach unglaublich. Um sicher zu gehen, dass er dadurch keine Probleme bekommt, lässt er die Interviews mit Video dokumentieren. Die Gesprächspartner wissen das und sind mit der Verwendung des Materials einverstanden. Dabei verpackt er diese real erlebten Ausschnitte durch geschickte Aneinanderreihungen und erhellen-de Kommentare im Buch so handlich, dass sie sich wie ein Krimi lesen und amüsant erscheinen – wenn einem das Lachen nicht im Halse steckenbleiben würde.

Bestseller in Israel

Tenenbom ist ein großartiger Autor, der fasziniert und sein Publikum zu fesseln weiß. Nicht umsonst wurde sein Buch deshalb in Israel zum Bestseller. Und die dokumentierenden Videos taten dann ein Übriges, den Wahrheitsgehalt der Berichte zu belegen. Während es in Deutschland nicht gelang, aufgedeckte Missstände zu beseitigen, wurde in Israel in der Folge das sogenannte Transparenzgesetz erlassen, mit dem NGOs gezwungen werden ausländische Geldflüsse offenzulegen. Das zeigt: Der Einsatz hat sich gelohnt. Wer etwas über den Antisemitismus in der Welt erfahren möchte, dem seien die Bücher von Tenenbom ans Herz gelegt. Er hat ein ausgeprägtes Gespür dafür, Menschen ihre Gedanken über Juden und Israel zu entlocken. Das Lesen lohnt sich – man erfährt viel.

Tuvia Tenenbom: *Allein unter Juden. Eine Entdeckungsreise durch Israel. Mit Fotos von Florian Krauss, Jan Sulzer und Isi Tenenbom. Aus dem Englischen von Michael Adrian*
Suhrkamp Verlag Berlin 2014, ISBN 978-3-518-46684-1, € 10



„Потому что у нас еще большие планы.“
„Weil wir noch so viel vorhaben.“
**#ÄRMELHOCH
JEDE IMPFUNG ZÄHLT**



Fedor Z. und Tochter Vero haben sich impfen lassen. Denn nur die Corona-Schutzimpfung bringt unseren Alltag zurück. Mehr unter corona-schutzimpfung.de oder kostenfrei unter **Info-Tel. 116 117** und **0800 0000837** (English, العربية, Türkçe, Русский) sowie in Gebärdensprache unter www.zusammengegencorona.de.

13. August 1961 – Eine geschichtliche Einordnung zum 60. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

Die Parteien der linkslastigen und grünen damaligen politischen Anbieterer an das ostzonale Stasi-System, sind genau jene, die in unserer Zeit mit ihrem unreflektiert suizidalen Einlass vor allem islamischen Judenhasses schon wieder für die Verunmöglichung des sich in der Bundesrepublik noch vor kurzem wieder vertrauensvoll etablierenden jüdischen Lebens verantwortlich zeichnen.

Von Dr. Rafael Korenzecher

13. August 1961: Der Schmuddel-Deal der Respektierung der gegenseitigen Machtsphären zwischen dem von der Chicagoer Mafia ins Amt gehieften, durch ständige heimliche Sexaffären erpressbaren, wegen seines späteren gewaltsamen Todes von der Geschichtsschreibung übertrieben glorifizierten, in seiner Bedeutung weit überschätzten US-Präsidenten der Demokraten, John F. Kennedy, und dem verschlagenen sowjetischen Machthaber und Entstalinisierer Chruschtschow hatte gegriffen – zumindest bis zu der Kubakrise von 1962, das heißt bis zur nächsten großen Eskalation des andauernden Kalten Krieges.

Beide Staatschefs hatten sich noch kurz zuvor im Juni 1961 in Wien getroffen. Dort erklärte Kennedy gegenüber Chruschtschow sein Einverständnis zur vollständigen Abdichtung des ostdeutschen Freiluftgeheges „DDR“ an der letzten undichten Stelle, also an der Inner-Berliner Grenze zu den von den westlichen Alliierten kontrollierten Westsektoren der Stadt.

Auch der schnell konsultierte britische Premierminister Harold MacMillan hatte keine Einwände.

Die Zeit drängte. Die SBZ (Sowjetisch Besetzte Zone – ehemalige, durchaus korrekte Bezeichnung anstelle des späteren, sehr euphemisierenden Begriffes „DDR“ – Deutsche Demokratische Republik) drohte durch täglichen Menschenabfluss an der undichten West-Berliner Grenze auszubluten.

Daher ging nach dem einvernehmlichen Wiener Treffen alles andere ziemlich schnell. Walter Ulbricht holte sich Anfang August 1961 in Moskau die erforderliche Baugenehmigung zum Bau der Mauer, die der große sowjetische Bruder seinem ostdeutschen Statthalter prompt erteilte.

Der Warschauer Pakt verkündete am 7. August öffentlich folgende Begründung für eine bevorstehende Grenzschließung:

„...um an der Westberliner Grenze der Wühlbarkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers den Weg zu verlegen und um für das Gebiet Westberlins eine verlässliche Bewachung und wirksame Kontrolle zu gewährleisten...“

Entgegen dieses Statements gab es in der Führung der SBZ („DDR“) natürlich keinen Zweifel an den wirklichen Gründen der Abriegelung Ost-Berlins. Am 12. August sickerte aus dem Politbüro folgender interner Beschluss heraus:

„Die Lage des ständig steigenden Flüchtlingsstroms macht es erforderlich, die Abriegelung des Ostsektors von Berlin und die Unterbrechung des innerstädtischen S- und U-Bahn-Verkehrs durchzuführen.“

„Antifaschistische“ Einsperrung

Von da an konnten sich die Berliner nach kurzzeitigen, vor 60 Jahren am 13. August 1961 schnell ausgelegten Stacheldraht-Grenzsicherungs-Provisorien ganze 28 Jahre bis zum Jahr 1989 an



Noch kurz vor dem Fall der Berliner Mauer meinte der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am 12. Juni 1989, „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“

dem neuen Bauwerk, der viel und gern besuchten, von der Schießbefehl-SED, der Vorläuferin unserer „Linkspartei“ als „antifaschistischer Schutzwall“ (wenn auch in falscher Richtung) bezeichneten Berliner Mauer delektieren.

Unter Verschweigen der Chruschtschow-Kennedy-Vereinbarung wurde „Die Mauer“ von der westlichen Politik zwar stets und „just for show“ publikumswirksam, stirnumwölkt, tränenerstickt und mutig angebellt. Keinesfalls wurde sie aber trotz der – nicht anders als heute – gewohnt tränenreichen jährlichen 13.-August-Reden unserer Politiker bis zum ganz sicher nicht von den Ostermarschierern, sondern viel eher von der harten Linie des hier besonders bei der SPD gleich nach Donald Trump unbeliebtesten republikanischen US-Präsidenten, Ronald Reagan, erreichten Zerfall des Ostblocks jemals ernsthaft in Frage gestellt.

Mit den Sozialdemokraten stünde die Mauer noch immer

Im Gegenteil – ginge es wirklich nach der sozialdemokratischen Partei des heute im Pflicht-absolvierten Gedenken an die Toten der Berliner Mauer Kranz-legenden Berliner Bürgermeisters, dann gäbe es zwar keinen Grenz-zaun zwischen den USA und Mexiko, und auch keine Zaunanlage an Israels Grenzen, die die Einwohner des jüdischen Staates vor arabischem Terror und Mordattacken aus Gaza und den westlich des Jordan gelegenen Gebieten schützt. Dafür aber stünde immer noch die für die über 28 Jahre lang eingeschlossenen Bewohner Ostberlins fast unüberwindbare, 43 km längs durch

Berlin verlaufende innerstädtische Betonsperre (insgesamt war die Mauer um West-Berlin 155 km lang) mit ihren 302 VoPo-besetzten Schießtürmen, ihren 20 Bunkern, ihren 259 Hundelaufanlagen und ihren 105 km teilweise verminten Kraftfahrzeug-sicheren Grenzstreifen/-gräben.

Wie wenig gerade die letztlich verdient in die Nähe von 10 % Wähler-zustimmung getrashte SPD das Ende der ostdeutschen Diktatur des Sozialismus und die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands gewollt hat, belegen deutlich und unvergessen die damaligen Aussagen ihrer seinerzeit führenden Parteifunktionäre:

„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“

...verkündete der spätere SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder noch im Juni 1989 im niedersächsischen Landtag, nur kurz bevor das heute von der deutschen Politik wieder verpönte Ungarn seine Grenzen für ostdeutsche Flüchtlinge nach Westen öffnete.

Noch deutlicher wurde Oskar Lafontaine, der damalige langjährige Ministerpräsident des Saarlandes und SPD-Kanzlerkandidat für die Wahl 1990, noch nach dem Fall der Mauer kurz vor Weihnachten 1989. Er warnte damals vor „nationaler Besoffenheit“, nannte die von Kohl ins Gespräch gebrachte gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft „historischen Schwachsinn“ und verlangte allen Ernstes einen Zuzugsstopp für DDR-Bürger, was besonders vor dem gegenwärtigen, nicht zuletzt auch von der SPD mit Inbrunst geförderten

Migrations-Tsunami vor allem islamischer Frauen-, Homosexuellen- und Rechtsverachtung sowie ungebremsten islamischen Judenhasses keinesfalls einer gewissen Pikanterie entbehrt.

Das Saarland und Niedersachsen mit den SPD-Ministerpräsidenten Lafontaine und Gerhard Schröder stimmten am 31. August 1990 gegen den „Einigungsvertrag“, mit dem die neuen Bundesländer der DDR der Bundesrepublik beitreten konnten. Sogar die SPD-Fraktion im Bundestag stand kurz davor, mehrheitlich gegen den Einigungsvertrag zu stimmen, was durch Kohl in Kooperation mit dem dafür in der SPD-Kritik stehenden Brandt in letzter Minute verhindert werden konnte.

Auch „Die Grünen“ verfolgten 1989/90 einen ganz ähnlichen Kurs wie die SPD unter Lafontaine. Der Parteivorstand forderte die Bundesregierung am 14. November 1989, fünf Tage nach dem Fall der Mauer dazu auf, für Deutschland die Zweistaatlichkeit festzuschreiben.

Ende März 1990 sahen sich die Grünen gezwungen von der Zweistaatlichkeit Abstand zu nehmen, verweigerten aber gleichwohl die Teilnahme an der feierlichen Unterzeichnung des Einigungsvertrages. Die Sprecher der grünen Bundestagsfraktion begründeten den Boykott mit den Worten: „Bei diesem Vollzug einer Unterwerfung wollen wir nicht staunende Zuschauer sein.“

Noch im Juni 1990 wehrten sich die Grünen dann gegen die Wirtschafts- und Währungsunion der Bundesrepublik mit der DDR und auf dem Bayreuther Parteitag im September 1990 bezeichnete das Vorstandsmitglied der

Grünen, Hans-Christian Ströbele, den Einigungsvertrag, als „größte Landnahme der deutschen Industrie seit den Kolonialkriegen, von der Nazi-Zeit abgesehen“.

Den Vogel schossen „Die Grünen“ ab, als sie zur Bundestagswahl mit dem Wahlspruch antraten:

„Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Klima“. Damals erreichten sie damit im alten Bundesgebiet nur 3,8 Prozent der Stimmen.

Heute betreiben sie mit Hilfe der „Zeugen Gretas“ sowie eines unwissenschaftlich zusammengeschnitzten hysterischen Humbugs vom hauptsächlich menschengemachten Klimawandel Wirtschafts- und Fortschrittsfeindlichkeit, führen Krieg gegen Autofahrer und die Autoindustrie, treiben Landwirte in den Ruin und verbieten den Kühen nach Möglichkeit das Pupsen. Als ob es das fulminante Scheitern des Ostblocks nie gegeben hätte, sind sie nach Kräften bemüht, uns dabei zusammen mit der SPD und den Linken einen Sozialismus 2.0 überzustülpen.

Und der offensichtlich durch die ständige Gebetsmühlen-artige Gehirnwäsche der Gesinnungs-uniformierten Staatsmedien jeden gesunden Menschenverstandes und seines Rückgrats verlustig gegangene deutsche Wähler belohnt diesen Irrsinn auch noch durch seine Wahlstimme.

Ermutigt durch die neuen Umfrageergebnisse versucht der gegenwärtige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Uwe Kekeritz, gleichzeitig seine Israel-Feindlichkeit zu verbreiten und die deutsche Geschichte und die Funktion der Berliner Mauer neu zu definieren, indem er behauptet die deutsche Mauer sei geradezu „nur ein Spielzeug“ (Zitat U. Kekeritz) im Vergleich zu dem gewesen, was heute an Israels Grenze steht.

Das ist nicht nur sowohl gegenüber den ostdeutschen Maueropfern und den Israelis gleichermaßen böseartig und infam. Es ist in dem Umfang der manipulativen Faktenklitterung durch einen Parlamentarier des Deutschen Bundestags erschreckend und bedarf der Richtigstellung:

Nur die SED-Mauer sollte die Menschen drinnen- statt draußenhalten

In der Geschichte gibt es und gab es schon vor und neben der Berliner Mauer viele andere Mauern – von der Chinesischen Mauer über die US-Mexiko-Mauer bis hin zur israelischen Mauer. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie Menschen mehr oder minder zuverlässig daran hindern sollen, das jeweilige von der Mauer umgebene Land ohne legitime Berechtigung zu betreten.

Die Berliner Mauer dagegen erfüllte die Funktion einer Gefängnismauer. Sie war wie schon oben ausgeführt vor allem dafür errichtet worden, die Menschen, die von dem Recht Gebrauch machen wollten, die SBZ („DDR“) zu verlassen, nachhaltig und ebenso wirkungsvoll wie widerrechtlich daran zu hindern.

Niemand hat das Recht ein Land gegen dessen, durch die Exekutive erklärten Willen zu betreten – jeder unbescholtene Mensch hat dagegen das verbrieftete Recht sein Land jederzeit zu verlassen.

Das ist der fundamentalste Unterschied, aber es gibt auch noch andere. Im Unterschied zur Berliner Mauer gibt es an der israelischen und an der US-amerikanischen Mauer zu Mexiko keinen Schießbefehl und keinen Todesstreifen. Es gibt auch nicht – wie seinerzeit an der innerdeutschen Grenze – Selbstschussanlagen oder Minen.



US-Präsident Ronald Reagan forderte am 12. Juni 1987 den sowjetischen Staatschef Gorbatschow zum Niederreißen der Berliner Mauer auf, zu einem Zeitpunkt als sich viele Westdeutsche schon mit ihr abgefunden hatten. Gut zwei Jahre später erfüllte sich Reagans Vision.

Und im Gegensatz zum „Antifaschistischen Schutzwall“ ist die Mauer in Israel tatsächlich eine Schutzeinrichtung. Seit ihrer Errichtung ging die Zahl der durch arabische Terroristen und Gewalttäter begangenen Mordanschläge in Israel drastisch zurück.

Grünen-Politiker Uwe Kekeritz gegen Israel

Das sind in tiefer Verachtung der getöteten ostdeutschen Flüchtlinge für den Grünen-Abgeordneten Uwe Kekeritz unwichtige Petitessen, die keiner unterscheidenden Erwähnung bedürfen.

Dass die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken, die BDS-Anhängerin, Israel- und Amerika-Hasserin Annette Groth, deren Partei vor nicht allzu langer Zeit noch SED hieß, das genauso sieht wie ihr grüner Kollege, ist kaum überraschend und verrät einmal mehr wie sehr sich das Demokratie-Unverständnis der Grünen und der ehemaligen SED ähneln.

Leider scheint heute auch der deutsche Wähler nichts dagegen zu haben, dass auf der grünen Welle nach dem Muster Bremens und ausgerechnet des Mauer-geschädigten Berlins neben der SPD auch „Die Linke“ mit Hilfe der Grünen wieder exekutive Positionen, vielleicht bald sogar auch auf Bundesebene erhält. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das bereits dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch des totalitären ostdeutschen Regimes in der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik Deutschland schon wieder eine Partei das Regierungsgeschehen mitbestimmt, die zur Zeit der Mauer unter ihrem früheren Namen SED nicht nur für die hermetische Einzäunung des sozialistischen Freiluftgeheges SBZ gesorgt hat, sondern auch noch den Schießbefehl auf damals ostdeutsche Flüchtlinge angeordnet und diesen auch rigoros ohne jede Rücksicht auf die damit verbundenen Todesopfer umsetzte.

„Dann bin ich immer noch ich...“
Das Blendwerk der Umbenennung der

Partei ändert nichts an ihrem Fortbestand. Hierzu hatte selbst der Bundestagsabgeordnete aus der mit den Linken bereits in Bremen und Berlin paktierenden SPD Stephan Hilsberg sinngemäß festgestellt: „Wenn ich meinen Namen ändere, dann bin ich nicht mein eigener Nachfolger, sondern dann ich bin immer noch ich.“

Übrigens, und um etwaigen diesgerichteten Kommentaren zuvorzukommen – alles, was ich hier als kleiner Junge von der West-Berliner Seite der Bernauer Straße, an der meine Eltern im Jahre 1961 mit mir und meiner Schwester gewohnt haben, beobachtet, später eingeordnet und um der geschichtlichen Wahrheit willen jetzt am 60. Jahrestag des Mauerbaus wiedergegeben habe, bedeutet keinesfalls, dass ich als Jude und aus Polen immigrierter Sohn von Holocaust-Überlebenden sowie Enkel von in Majdanek durch deutsche Nazischergen bestialisch ermordeten Großeltern und weiteren Familienangehörigen die Legende von den an ihrer Teilung unschuldigen und von den Siegermächten schuldlos verunrechteten Deutschen auch nur im Ansatz teile.

Die Weimarer Republik war auch nach dem durch das fatale Weltkriegs-I-Abenteuer selbstverschuldeten Untergang des wilhelminischen Kaiserreichs in ihrer Ausdehnung groß genug.

Es gab nicht den geringsten Anlass weiteren sogenannten Lebensraum außerhalb der damaligen deutschen Grenzen, insbesondere im Osten suchen zu müssen. Aus Großmannsucht und rassistischem Herrenmensch-Wahn wurde mit sehr, sehr breiter Zustimmung des deutschen Volkes, in alle Himmelsrichtungen – auch weit in die damalige Sowjetunion hinein – ein grauenvoller und von den Deutschen grausam geführter Eroberungskrieg mit einer großen zweistelligen Millionen-Zahl an toten und verletzten Kriegsopfern angezettelt

und dazu noch sechs Millionen vollkommen unschuldige deutsche, polnische und europäische Juden, Kinder, Frauen und Männer, willkürlich und mit großem, vielfach begeistertem Konsens der deutschen Bevölkerung schlichtweg auf brutalste Weise entrechtet, entwürdigt, gedemütigt und bestialisch ermordet.

Die mit zeitlichem Abstand zu dem Geschehen zunehmend vorgetragene weinerliche Larmoyanz über die spätere Opferschaft und Verunrechtung Deutschlands durch die Siegermächte und insbesondere durch die zugegebenermaßen im späteren Gegenzug keinesfalls im Sinne der westlichen Sieger-Demokratien agierende Sowjetunion, an deren Entstehung 1917 das deutsche Kaiserreich übrigens nicht unmaßgeblich beteiligt war, verbietet sich angesichts des Ausmaßes der deutschen Gräueltaten vollkommen.

Das vermag desto trotz nichts an meiner Kritik an der von der Sowjetunion Stalins und seiner Nachfolger in der Nachkriegszeit rücksichtslos betriebenen kommunistischen Zwangsintegration Osteuropas zu ändern.

Ganz besonders auch nicht an den hiesigen, sich heute mit einem demokratischen Heiligenschein umgebenden linkslastigen und grünen damaligen politischen Anbieterer an das ostzonale Stasi-System. Es sind genau Politiker dieser Gesinnung, die gerade in unserer Zeit mit ihrer freiheitswidrigen linken Ideologie die Strukturauflösung unserer freiheitlich-demokratischen westlichen Lebensweise betreiben und mit ihrem Vernunftverlassenen, unkontrollierten und unreflektiert suizidalen Einlass vor allem islamischer Rechtsstaatverachtung und islamischen Judenhasses schon wieder für die Verunmöglichung des sich in der Bundesrepublik noch vor kurzem wieder vertrauensvoll etablierenden jüdischen Lebens verantwortlich zeichnen.

Czernowitz: Das „Jüdische Haus“ wird wieder jüdisch

Das beeindruckende historische Gebäude, das vor 80 Jahren von den Nazis eingenommen wurde und aus dem die Juden der Bukowina in den Tod geschickt wurden, wird dem jüdischen Volk zurückgegeben. Czernowitz war eines der bedeutendsten Zentren des Judentums in Europa (JR).

Von Yossi Aloni (Israel Heute)

Achtzig Jahre nach der Einnahme durch die Nazis und der anschließenden Verstaatlichung durch die Kommunisten wird das „Jüdische Haus“, das Zehntausenden von Juden im Bezirk Czernowitz in der Ukraine, der früheren Bukowina, als Zentrum der jüdischen Gemeinde diente, an die jüdische Gemeinde zurückgegeben.

Diese überraschende Ankündigung machte der Gouverneur der Region, Sergej Osachuk, während einer Veranstaltung zum Anlass der „80 Jahre Tragödie“ im Gedenken an die Opfer des Holocaust dieser Region. An der Veranstaltung nahmen Hunderte von Würdenträgern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Mitglieder der jüdischen Gemeinde teil, angeführt von Oberrabbiner Menachem Mandel Glitzenstein, Gemeindepräsident Leonid Milman und dem israelischen Botschafter in der Ukraine, Yoel Leon.

Das fünfstöckige Gebäude mit Keller wurde 1908 erbaut und diente als Zentrum der jüdischen Gemeinde. Während des Holocausts wurde das 114 Jahre alte Gebäude von den Nazis übernommen und Hunderte von Juden wurden auf dem Platz vor dem Gebäude versammelt, von wo aus sie in eine Schlucht gebracht und ermordet wurden. Während des Krieges hing ein großes Bild von Hitler an der Fassade des Gebäudes.

Nach dem Holocaust wurde das Gebäude von den Kommunisten verstaatlicht und diente als allgemeines Kulturzentrum. Auf der Fassade des Gebäudes steht „Das jüdische Haus“ auf Deutsch und „Haus Israel“ auf Hebräisch. Das Gebäude ist mit kunstvollen Säulen und eindrucksvollen Skulpturen dekoriert. Jahrelang bemühte sich die jüdische Gemeinde um die Übernahme des Anwesens, doch erst jetzt überraschte der Landeshauptmann mit seiner Aussage, das Gebäude werde an das jüdische Volk zurückgegeben.

Derzeit noch 4.000 Juden

Jetzt, mit der Ankündigung des Gouverneurs, bereitet sich die Gemeinde darauf vor, das Gebäude zu übernehmen, doch es ist klar, dass dies nicht über Nacht geschehen wird. Es bedarf noch der Zustimmung einer Bürgerversammlung. Die Gemeinde plant, die jüdische Schule des Bezirks, Gemeindebüros, das Museum und mehr in das Gebäude zu verlegen. Das Gebäude soll auch als Bildungs- und Kulturzentrum für die Mitglieder der Gemeinde, die heute zum Teil in der ganzen Welt verstreut leben, und für Touristen dienen. Derzeit leben etwa 4.000 Juden in dem Gebiet. Es sollte angemerkt werden, dass die Bukowina-Region vor dem Holocaust in der jüdischen Welt sehr bekannt war und einige bekannte Israelis aus ihr hervorgingen, darunter der Knesset-Abgeordnete Yuli Edelstein, die Eltern der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs Esther Hayut, der Vater eines der populärsten Sänger Israels, Shlomo Artzi, und viele mehr.

Nach der Ankündigung des Gouver-



Das Jüdische Haus in Czernowitz

neurs traf dieser sich mit dem israelischen Botschafter in der Ukraine, Joel Leon, der darum bat, auch das prächtige und historische Tempelgebäude von Czernowitz an die Gemeinde zurückzugeben. Der Tempel war die Große Synagoge von Czernowitz, die 1941 teilweise niedergebrannt und in ein Kino umgewandelt wurde. Der Gouverneur versprach, man werde „alles tun, was wir können, um es bald wiederzubekommen“. Sowohl das „Jüdische Haus“ als auch der Tempel sind außerordentlich schöne Gebäude und wurden beide zur Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie erbaut. Botschafter Leon erklärte dem Bürgermeister, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, dass das Stadtzentrum zwei Gebäude habe, die so symbolisch sind, dass jeder weiß, dass sie der Gemeinde gehören, die sie in 30 Jahren ukrainischer Unabhängigkeit nicht zurückerhalten hat.

Zu den Ereignissen, die letzte Woche in Czernowitz stattfanden, gehörte auch eine „historische Gedenkveranstaltung“ an der Ecke Bryanska- und Piscalorna-Straße, wo sich einst das Maccabi-Stadion befand, aus dem 1941 Tausende von Czernowitzer Juden in den Tod in Ghettos und Lager in Transnistrien deportiert wurden. Eine Gedenkplatte wurde aufgestellt und bewegende Reden vom israelischen Botschafter Joel Leon und der deutschen

Botschafterin in der Ukraine, Anka Fahladhan, sowie dem Gouverneur gehalten.

Zahlreiche Veranstaltungen

- Eine Gedenkveranstaltung auf dem Platz, von dem aus – vor genau 80 Jahren – Tausende andere Juden in die Schlucht der Ermordungen geführt wurden;

- Das „Yizchor“-Gebet wurde in der Schlucht nahe der Stadt Bila rezitiert, geleitet vom Rabbiner der Stadt und dem israelischen Botschafter in der Ukraine;

- Eine historische Ausstellung wurde vom örtlichen Jüdischen Museum unter der Leitung von Nikolai Kushner angeboten;

- Ein Intellektuellenforum zur Geschichte des Holocausts an den Juden der Bukowina, an dem der Vorsitzende der Vereinigung der Juden der Bukowina, Yohanan Ron, sowie Politiker, Intellektuelle und Journalisten teilnahmen;

- Ein Holocaust-Filmfestival, das sich auf die Erinnerung an den Holocaust in der Bukowina konzentrierte, wurde ebenfalls abgehalten. Viele dieser Veranstaltungen fanden in dem historischen Gebäude des jüdischen Hauses statt.

„Diese Veranstaltungen haben einen weiteren Zweck“, erklärte der Oberrabbiner von Czernowitz und

Chabad-Emissär in der Stadt, Rabbi Menachem Mandel Glitzenstein. „Über das Gedenken an die Märtyrer des Holocausts und das Markieren der Ereignisse hinaus müssen wir mutig auf die Ausbreitung des Antisemitismus in der Welt blicken und alles tun, was wir können, um sicherzustellen, dass eine solche Tragödie nie wieder passiert. Wir müssen unser Judentum mit Stolz, ohne Angst und ohne Furcht feiern, um Licht zu verbreiten und die Dunkelheit verschwinden zu lassen. Die Anzahl und Intensität der Veranstaltungen, die derzeit in der Stadt stattfinden, mit der Teilnahme von Regierungsvertretern und Gästen aus der ganzen Welt, beweist, dass dies möglich ist und in unserer Hand liegt.“

Zehntausende von Juden aus der Stadt Czernowitz und der Provinz Bukowina sind derzeit über die ganze Welt verstreut. Viele von ihnen sind durstig nach Informationen über ihre Wurzeln und Verwandten, die in der Stadt lebten. Um ihnen zu helfen, hat die jüdische Gemeinde der Stadt ein Gedenkprojekt ins Leben gerufen, das ihnen auf vielfältige Weise hilft, ihrer Angehörigen zu gedenken und Informationen über sie zu finden.

Die Gemeinde kann unter der folgenden E-Mail kontaktiert werden: jewishczernowitz@gmail.com

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierjährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die vierspaltige Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung.

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vor-
mittags 10—1, nachmittags 4—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 31

Berlin, 12. Abh 5666 — 3. August 1906

XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Nach Palästina, ins Judenland
Von Heinrich Sachse

Zionismus und Dreyfus-Affäre
Von M. J. Markreich

Judenmassakre und Judenfrage
Von Lucien Dreyfuss

Rundschau

Freiherr von Durant
Nationalliberaler Rischus
Studentischer Rischus
Um den Nobelpreis
Jüdische Gemeinden in Hessen
Wahrheitsliebe der HOCHWACHT
Wie ein „faines“ Blatt schreibt
D. J. G. B.
Rettet, rettet — — Seelen
Vom jüngsten Pogrom
Am Vorabend neuer Pogroms
Kaulbars
Judenmetzeleien in Russland
Appell an Bourgeois
Auswanderung
Vergebliche Mühe

Pogromwaisen
Judenwanderung
Komödie der Irrungen

Briefkasten

Geschäftliches

Feuilleton

Das Schulgespenst
Von Leo Lewanda (Fortsetzung)
Uebers. von Dr. William Zeitlin.

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
Die Anstellung bezahlter
Parteisekretäre
Von Julius Wertheim-Mannheim

Gegenwartsarbeit des Zionismus
Von Rektor O. Eberhard-Zarrentin
(Schluss)

Aus den Ortsgruppen
Berlin (Misrachi) — München

Briefkasten

Nationalfond

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

Vor 40 Jahren: Israel zerstört Saddam Husseins Kernreaktor

Im Sommer 1981 vernichtete die israelische Luftwaffe in einer beispiellosen Geheimdienstoperation den irakischen Atomreaktor Osirak in der Nähe von Bagdad. Ebenso wie der heutige Iran, durfte ein Regime, das Israel offen mit der atomaren Vernichtung drohte, nicht in den Besitz von Kernwaffen gelangen (JR).

Von Carmen Shamsianpur
(Israelnetz)

Anfang der Siebzigerjahre verstaatlichte Saddam Hussein – damals noch Vizepräsident des Irak – die Ölfirmen des Landes und schaffte damit die finanziellen Voraussetzungen für das irakische Atomprogramm. Für den Bau eines Reaktors musste alles eingekauft werden – das Material, das Knowhow und die Arbeiter.

Einen verlässlichen Bündnispartner fand der Irak in dem französischen Premier Jaques Chirac. 1975 wurde ein Atomabkommen zwischen Frankreich und dem Irak abgeschlossen. Frankreich verkaufte, baute und betrieb für den Irak dessen ersten Kernreaktor – natürlich zu rein zivilen Zwecken der Energiegewinnung, wie es hieß. Israel betrachtete das Programm mit Sorge. Es war offensichtlich, dass der ölfreiche Irak keine zusätzlichen Energiequellen brauchte, noch dazu für mehrere hundert Millionen US-Dollar.

Ein Militärschlag sollte vermieden werden

1979 wurde Saddam Hussein Staatspräsident und Regierungschef. Er schaltete alle Opposition gegen seine Linie brutal aus, erging sich in Machtphantasien und antisemitischen Tiraden. Spätestens jetzt begann Israel, Szenarien für die militärische Zerstörung des Atomreaktors zu proben. Es sollte das letzte Mittel nach Ausschöpfung aller diplomatischen und weniger rabiatischen Möglichkeiten sein. Der Friedensvertrag mit Ägypten war gerade erst geschlossen worden und Israel hatte kein Interesse an zusätzlichen Streitigkeiten mit arabischen Ländern. Zum eigenen Schutz wollte es den Militärschlag verhindern – und war am Ende aus demselben Grund doch dazu gezwungen.

Denn Frankreich ließ sich nicht umstimmen und der Irak wettete weiter. Die gezielte Tötung eines oder mehrerer Atomphysiker, Spionage und Sabotageakte, selbst auf französischem Boden, konnten den Prozess nicht aufhalten. Am 6. April 1979 beschädigten Unbekannte zwei Reaktorkerne in den Hallen eines französischen Maschinenbauunternehmens in La Seyne-sur-Mer, kurz bevor sie in den Irak verschifft werden sollten. Trotzdem steuerte der Golfstaat erklärtermaßen weiter auf die Atombombe zu und verkündete öffentlich in den Zeitungen, dass diese für Israel bestimmt sei.

Laut Shaul Gabbay, dem Direktor des Instituts für Nahoststudien der Universität in Denver, Colorado, hatte der Irak sogar gegenüber dem Iran versichert, dass die zukünftige Bombe nur für das „zionistische Gebilde“ bestimmt sei und nicht gegen die Islamische Republik eingesetzt würde. Denn auch der Iran beobachtete die Bestrebungen Saddams mit Argwohn. Vielleicht war es nach der Islamischen Revolution im Iran das



Der damalige irakische Diktator Saddam Hussein

letzte Mal, dass Israel und der Iran ein gemeinsames Ziel verfolgten.

Israel und Iran hatten ausnahmsweise den selben Gegner

Als am 22. September 1980 der Iran-Irak-Krieg (Erster Golfkrieg) ausbrach, bombardierte der Irak den Reaktor nur eine Woche später. Die Operation hieß „Scorch Sword“ (brennendes Schwert) und war ein Fehlschlag. Die Anlage wurde nur leicht beschädigt und das irakische Nuklearprogramm lief ungehindert weiter. Noch war der Reaktor aber nicht mit Brennstäben gefüllt. Der israelische Angriff sollte stattfinden, bevor für die irakische Bevölkerung das Risiko einer nuklearen Katastrophe bestand. Viel Zeit blieb nicht.

Die israelische Luftwaffe begann ihre Planungen und bald schon konkrete Übungen bereits im Frühjahr 1980. Die Piloten mussten lernen, ihre Maschinen über lange Strecken unterhalb des feindlichen Radars zu fliegen, da Jordanien und Saudi-Arabien auf dem Weg in den Südosten des Irak lagen. Außerdem würden die Flugzeuge ungewöhnlich schwer und unhandlich zu lenken sein.

Zu diesem frühen Zeitpunkt kannte keiner der Piloten den Sinn ihrer waghalsigen Übungen. Noch hoffte die israelische Führung, dass ihre besonderen Fähigkeiten nie zum Einsatz kommen würden. Im April desselben Jahres stand die US-Luftwaffe vor einer vergleichbaren Herausforderung: Amerikanische Staatsbürger wurden in der Botschaft der USA in Teheran als Geiseln gehalten. Die Kampfhubschrauber, die in der Operation „Eagle Claw“ (Adlerklaue) zu ihrer Befreiung geschickt wurden, gerieten bei ihrem niedrigen Flug in einen Sandsturm. Die Mission scheiterte.

Angriff am Sonntag, um die Franzosen zu schonen

Israel geriet inzwischen immer mehr unter Zeitdruck und entschied, den Angriff auszuführen. Die irakische Anlage sollte im September in Betrieb gehen. Nach Möglichkeit, so hatten sich die Beteiligten verständigt, sollte der Angriff an einem Sonntag stattfinden, um Opfer unter den französischen Angestellten zu vermeiden. Sie würden dann ihren freien Tag haben. Noch wichtiger waren aber, wie „Eagle Claw“ gezeigt hatte, gutes Wetter

und freie Sicht.

Im Sommer 1980 kam Israel unverhofft in den Besitz von F-16-Flugzeugen, die sich hervorragend für den Einsatz eigneten. Die Lieferung aus den USA war eigentlich für den Iran bestimmt gewesen, allerdings noch unter dem Schah. Durch die Islamische Revolution waren die Verträge hinfällig geworden und kamen jetzt Israel zugute. Mit diesen Kampfbombern übten nun acht Piloten unermüdlich den Einsatz. Mittlerweile hatten sie viele streng geheime Informationen erhalten und ein Bild von der Tragweite ihrer Aufgabe bekommen. Einer der acht, Generalmajor Amos Jadlin, sagte später: „Ich spürte die Last der Zukunft des Staates Israel auf meinen Schultern.“

Premierminister Menachem Begin (Likud) und der Mossad sahen im irakischen Atomprogramm eine existenzielle Bedrohung für den Staat Israel. Die acht Piloten waren Kinder und Enkel von Holocaustüberlebenden, dafür auserkoren, einen weiteren Vernichtungsversuch gegen ihr Volk zu verhindern. Sie wussten, dass sie ihren Einsatz möglicherweise nicht überleben würden. In diesem Fall hät-

ten sie keine Möglichkeit gehabt, sich von ihren Familien zu verabschieden. Denn nicht einmal ihre Frauen durften ahnen, in welche Gefahr sie sich begeben würden. Aber sie wussten auch, dass ihr Scheitern das Ende des Staates Israel bedeuten konnte. Deswegen waren sie bis zum Tode entschlossen, das Unmögliche zu wagen. Einer von ihnen war der damals 26 Jahre alte Ilan Ramon, der später als erster Israeli im All bekannt wurde.

Das größte technische Problem war, die Flugzeuge für die lange Strecke mit Treibstoff zu versorgen. Der Tank einer F-16 reichte für den Flug bis Bagdad, aber nie und nimmer für den Rückflug. Eine Zwischenlandung auf feindlichem Gebiet war ausgeschlossen. So wurden die Flugzeuge schließlich mit Flügeltanks ausgestattet, was eigentlich verboten war. Denn so musste der explosive Treibstoff direkt neben den Bomben platziert werden. Außerdem bedeutete es zwei Tonnen zusätzliches Gewicht und einen Verzicht auf Verteidigungswaffen. Spätestens im irakischen Luftraum, wenn die Flugzeuge höher fliegen mussten, um ihr Ziel anzupeilen, rechneten die Militärs mit feindlichem Beschuss. Deswegen wurden den Jagdbombern noch sechs Flugzeuge vom Typ F-15 als Schutz zur Seite gestellt. Trotzdem war mit hohen Verlusten zu rechnen. Es war ein Himmelfahrtskommando.

Französischer Spion brachte Peilsender an

Am Sonntag, dem 7. Juni 1981, war es schließlich so weit. Die 14 Flugzeuge starteten am Nachmittag, ohne dass irgendjemand ahnte, was sich an diesem historischen Tag ereignen würde. Nur die wenigen Eingeweihten in Israel wussten Bescheid sowie vermutlich ein französischer Techniker im Irak, der für den Mossad einen Peilsender im Reaktor anbrachte. Um nicht einen einzigen Tropfen Treibstoff beim Rangieren zu vergeuden, wurden die Kampfjets in Startposition auf der Rampe aufgetankt.

Die Piloten hatten Schwierigkeiten, überhaupt abzuheben, so schwer waren die Maschinen. Das änderte sich erst, als die leeren Treibstofftanks über der saudischen Wüste abgeworfen wurden. Vermutlich liegen sie dort immer noch unter dem Sand. Die Piloten hielten die Flugzeuge bei einer Flughöhe von maximal 150 Metern beständig unter dem Radar. Zugleich flogen sie in so enger Formation, dass sie auf dem Radar als einzige große Passagiermaschine erschienen wären. Um diesen Eindruck zu erhärten, verständigten sich die Flieger über Funk mit dem nicht vorhandenen Bordpersonal.

So erreichten sie den Irak ohne Zwischenfälle. Wie durch ein Wunder begann auch dort der feindliche Beschuss erst kurz vor dem Ziel. Das irakische Militär war so beschäftigt mit dem Iran und rechnete so wenig mit einem Angriff aus dem Süden, dass dort wahrscheinlich eine Radarlücke unbeachtet geblieben war. Über dem Reaktor warf jedes der F-16-Flugzeuge zwei Bomben ab. Alle trafen ihr Ziel. Die ersten sprengten ein Loch in die Ummauerung, durch das die weiteren Bomben Treffer im Inneren des Reaktors erzielen konnten. Erstaunlicherweise wurde keines der Flugzeuge von der irakischen Artillerie getroffen, die völlig überrascht blindlings drauflosfeuerte.

Kurz darauf landeten alle Flieger unversehrt auf dem israelischen Luftwaffenstützpunkt Etzion, von wo sie



Der Astronaut Ilan Ramon war einer der israelischen Piloten, die 1981 die irakische Atomanlage zerstörten.

nur etwa drei Stunden zuvor aufgebrochen waren. Der Reaktor war zerstört. Im Gefecht waren elf Menschen gestorben, zehn irakische Soldaten und der französische Techniker, der zum Mossad gehört haben soll. Es ist wahrscheinlich, dass einige von ihnen durch die irakischen Geschütze umgekommen sind. Etzion wurde kurz darauf im Rahmen des Camp-David-Abkommens an Ägypten abgetreten und ist heute der internationale ägyptische Flughafen „Taba“.

Internationale Kritik

Nach dem Angriff sah Israel sich scharfer Kritik von allen Seiten ausgesetzt. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte den Angriff in der Resolution 487. Zuvor hatte der damalige irakische Außenminister Sa'adun Hammadi (Ba'ath-Partei) vor dem Sicherheitsrat erklärt, dass „die israelische Aggression“ sich nicht in erster Linie gegen „die friedlichen Nuklearanlagen des Irak“ gerichtet habe, sondern dass der „zionistische Aggressor“ ein „Großisrael“ und die Vorherrschaft im gesamten Nahen Osten anstrebe. Außerdem wolle Israel den Irak daran hindern, die arabischen Nationen gegen die „Camp-David-Verschwörung“ zu versammeln. Der Irak sei „ein Vorreiter im Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus einschließlich Zionismus und alle anderen Formen der Beherrschung“. Israel wolle den neuen Irak

und alles, wofür dieser stehe, zersetzen. Aber dieses Ziel sei unzerstörbar.

Viele arabische Länder schlossen sich dieser Deutung an, und auch westliche Länder verurteilten Israel. Denn immerhin habe es keine eindeutigen Beweise für ein irakisches Atomwaffenprogramm gegeben.

Irakische Angriffe, obwohl keine gemeinsame Grenze existiert

Israel war das Risiko internationaler Verurteilungen eingegangen und wird dies auch in Zukunft tun müssen. Der israelische Staat kann es sich nicht leisten, abzuwarten, ob arabische (oder iranische) Despoten ihre Drohungen wahr machen oder nicht. Der Irak hatte Israel schon mehrfach in früheren Kriegen angegriffen, auch im Unabhängigkeitskrieg 1948, obwohl es gar keine gemeinsame Grenze gibt. Saddam Hussein war ein Diktator, der sich nicht um Menschenleben scherte und westlichen Demokratien feindlich gegenüberstand. Niemand unter den Empörten, weder die arabischen noch die westlichen Länder, wollte Atomwaffen in der Hand eines solchen Regimes sehen.

Spätestens als Saddam Hussein im August 1990 in Kuwait einmarschierte und damit den Zweiten Golfkrieg auslöste, konnten die USA sich glücklich schätzen, dass sie keiner Nuklearmacht gegenüberstanden. 1991

bombardierten die USA dann ihrerseits das Atomforschungszentrum „Tuwaitha“, die weitläufigen Anlagen, die neben dem Osirak-Reaktor intakt geblieben waren und weiterbetrieben wurden. Der amerikanische Militärschlag war sehr viel größer – mit 56 F-16-Bombern allein beim ersten Angriff. Zudem war er weniger begründet: Eines der stärksten Argumente waren tonnenweise Lieferungen von angereichertem Uran, die allerdings 1980 begonnen hatten und auch von Israel als Begründung angeführt worden waren. Trotzdem blieb der internationale Aufschrei dieses Mal aus. Es ist nicht auszudenken, was das nukleare Potential in den Händen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ bedeutet hätte, der 2014 bis 2017 Teile des Irak kontrollierte. Womöglich hat der israelische Präventivschlag der Welt einige Katastrophen erspart.

Israel wird auch weiterhin alles tun, damit Länder, die dem jüdischen Staat mit Auslöschung drohen, nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Tausende vom Iran finanzierte Hamas-Raketen aus dem Gazastreifen zeigen deutlich, dass der Iran nicht bei Kriegsrhetorik stehenbleibt. Sein Atomprogramm ist nachweislich sehr viel weiter gediehen, als es das irakische je war. Israel wird sich wehren. Auch wenn sich deswegen die ganze Welt über Israel empört, wird es ihr am Ende zum Besten dienen.

NASA PHOTO / AFP

Der geheime Tzaddik: Der legendäre Baal Schem Tov

In diesem August wird der 323. Geburtstag des Gründers des Chassidismus gefeiert (JR).

Von Rabbiner Elischa Portnoy

In der mehr als dreitausendjährigen jüdischen Geschichte gab es viele herausragende Persönlichkeiten, einige von ihnen haben sich und ihre Werke berühmt gemacht, aber einige haben die ganze Geschichte des jüdischen Volkes maßgeblich beeinflusst. Zu den Persönlichkeiten der zweiten Art zählt zweifellos der berühmte Wunderrabbiner und Tzaddik Baal Schem Tov, der Gründer vom Chassidismus, der heutzutage ein fester Bestandteil des orthodoxen Judentums ist.

Wer aber war dieser Mann, der vor 323 Jahren am 25. August (entsprechend der chassidischen Tradition am 18. Elul 1698) in dem kleinen, damals polnischen Shtetl Okup geboren wurde und die Welt verändert hat? Wie hat er das erreicht? Wer waren seine Eltern, Lehrer und Schüler? Und was bedeutet der Beiname „Baal Schem Tov“? Es gibt so viele märchenhafte Legenden und Erzählungen über ihn und sein Leben, dass man heutzutage nicht immer nachvollziehen kann, was wirklich den Tatsachen entspricht und was im Laufe der Zeit dazu gedichtet wurde.

Die Eltern des zukünftigen Baal Schem Tov

Nicht nur seine Kindheit, sondern schon seine Eltern, Reb Eliezer und Sarah, verdienen besondere Erwähnung. Schließlich haben sie nicht umsonst einen so herausragenden Sohn bekommen. Der Vater des zukünftigen Tzaddiks, Reb Eliezer, hatte ein schweres Schicksal. Schon als Junge wurde er von Tataren in die Türkei verschleppt. Dort wurde er in die Sklaverei verkauft, hat als Sklave jedoch die Gunst seines Herren erworben und sich selbst einen hohen Status erarbeitet. Schließlich wurde ihm angeboten zum Islam zu konvertieren, eine türkische Frau zu heiraten und einen hohen Beamten-Posten zu bekommen. Für einen gesetztreuen Juden war dieses Angebot natürlich ein Albtraum. Deshalb ergriff Eliezer als letzten Ausweg die Flucht, die dank vieler Wunder auch gelang. Er lässt sich in Okup (damals unter türkischer Herrschaft) nieder und heiratet Sarah. Das Paar lebt glücklich, hat jedoch lange keine Kinder. Ihr Haus ist berühmt für seine Gastfreundschaft und kein Gast bleibt ohne Bewirtung, Hilfe und großzügige Spende. An einem Schabbat kommt ein sehr komischer Gast zu dem betagten Eliezer und seiner Sarah, der zwar jüdisch aussieht, sich jedoch überhaupt nicht jüdisch benimmt. Zum Erstaunen aller Gäste bewirten Reb Eliezer und seine gütige Frau auch diesen komischen Gast sehr freundlich. Beim Verlassen des Hauses verspricht dieser Gast ihnen plötzlich ein Kind, was sich angesichts des hohen Alters des Gastgebers wie ein schlechter Witz anhört. Am Ende des Jahres bekommen Eliezer und Sarah jedoch tatsächlich einen Jungen, der Israel genannt wird.

Merkwürdig – aber es steht bis heute nicht fest, wann genau er geboren



Das Grab des Baal Schem Tov in Medschybisch im Westen der Ukraine

wurde. Entsprechend der Tradition ist es das Jahr 1698 – andere Forscher hingegen vermuten, dass er im Jahre 1699 oder sogar erst 1700 auf die Welt kam.

Die Kindheit

Als Israel fünf Jahre alt ist, stirbt sein Vater. Als Reb Eliezer sein Ende fühlte, rief er seinen kleinen Sohn und bat ihn ihm zwei Sachen zu versprechen: niemanden außer G'tt zu fürchten und ein warmer Jude zu sein. Als der Sohn den Vater fragte, ob es auch kalte Juden gibt, antwortete der Vater bitter: „Und wie!“. In vielen Jahren wird es sein Sohn sein, der viele „kalte“ Juden „warm“ machte.

Nur ein Jahr später stirbt auch die Mutter des kleinen Israel und das Kind bleibt als Vollwaise zurück. Wie jede jüdische Gemeinde damals, übernahm die Gemeinde der Stadt Okup die Verantwortung für das Kind, hatte es jedoch mit diesem Jungen sehr schwer: es stellte sich heraus, dass der Junge nicht lernfähig war. Und nicht nur das: der junge Israel schien überhaupt kein Interesse am Cheder zu haben, sondern ging einfach in den Wald oder alleine auf der Wiese spazieren. Die Gemeinde gab nach vielen Versuchen ihn klassisch auszubilden auf und entschied dem armen Jungen irgendeinen Job zu finden. So wurde er als Aushilfe des Melameds (Cheder-Lehrer) angestellt. Er sollte mor-

gens die Kinder von ihren Häusern abholen und zum Cheder bringen, und abends dieselben Kinder vom Cheder abholen und zu ihren Familien bringen. Das war der einfachste und schlechtbezahlteste Job, den es damals gab, jedoch für den jungen Israel war das wohl die beste Arbeit, die er haben konnte. Er hatte viel Freizeit, schlief tagsüber in der Synagoge und nachts lernte er die Tora, ohne damit Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Sein umfangreiches Tora-Wissen geheimzuhalten – das war das Hauptziel des Jungen während vieler Jahre. Während er für alle Mitglieder der Gemeinde in seiner Stadt als bemitleidenswerter Analphabet galt, hat er ein unglaubliches Level sowohl im Talmud als auch in der mystischen Lehre „Kabbala“ erreicht, was erst viele Jahre später zum Vorschein kam.

Seine Ehen

Zum ersten Mal heiratete Israel ben Eliezer im Alter von 17 Jahren, jedoch verstarb seine Frau kurze Zeit später, ohne dass sie Kinder bekamen. Diese Ehe war wohl so kurz, dass nicht mal der Name dieser Ehefrau bekannt ist. Der Witwer zieht um und lässt sich in einem kleinen Dorf nicht weit von der berühmten Stadt Brody (Galizien) nieder. Dort begann er als Melamed zu arbeiten. Dabei ging er in die ländlichen Gebiete, wo er solche jüdischen Kinder unterrichtete, die sonst wohl

gar keinen Lehrer zu sehen bekommen hätten. Von einer solchen Tätigkeit reichte es gerade zum Überleben. Reb Israel hatte keine eigene Wohnung und schlief in der Synagoge, die damals oft als Bleibe für arme Wanderer diente. Jedoch passte das alles sehr zu seiner Lebensweise: er konnte ungestört und unbeobachtet viel Tora lernen und so ohne viel Aufsehen sein Leben als Gerechter und Gelehrter führen.

Kurze später heiratet der geheime Tzaddik zum zweiten Mal, und diese Ehe kam sehr spektakulär zu Stande. Der bekannte Tora-Gelehrte und Geschäftsmann Rabbi Avraham Kutower aus Brody war auf Geschäftsreise und kam zu einem Treffen ins Dorf, wo zu dieser Zeit auch Israel wohnte. Rabbi Avraham traf sich mit seinem Geschäftspartner und hatte mit ihm große Differenzen bezüglich des Geschäfts. Deshalb entschieden sie sich einen Schlichter zu finden, der ihre Angelegenheit lösen kann. Rabbi Avraham und sein Partner gingen in die Synagoge, weil es damals üblich war, dass ein oder mehrere Lernende die ganze Zeit in der Synagoge waren. Dort fanden sie Israel, der auf einer Hinterbank in sein Lernen vertieft war. Die Geschäftsleute wandten sich an ihn und baten um die Schlichtung. Der junge Bursche hat ihr Problem schnell und sehr klug gelöst, und beide Partner

waren mit der Entscheidung sehr zufrieden. Rabbi Avraham Kutover war von dem Schlichter so beeindruckt, dass er begann Informationen über den jungen Mann zu sammeln. Zu seinem Erstaunen konnte kaum jemand etwas über Israel sagen. Er sei ein Melamed und verwitwet, das war praktisch alles, was man über Israel wusste. Rabbi Avraham kam dann zu dem Jungen und fragte ihn, ob er vielleicht seine geschiedene Tochter in Brody heiraten möchte.

Israel war einverstanden und Rabbi Avraham schrieb auf der Stelle ein Dokument, in dem er festhielt, dass er es wünscht, dass seine Tochter Israel ben Eliezer heiratet, wenn dieser Israel und sie damit einverstanden seien. Auf der Rückreise erkrankte Rabbi Avraham und verstarb. Als sein Sohn Gerschon die Papiere seines Vaters ordnete, fand er dort auch dieses Dokument, jedoch stand dort leider nicht, wo man den Bräutigam finden kann. Und so wurde diese Angelegenheit bald vergessen.

Kurze Zeit später klopfte ein sehr arm gekleideter Mann an die Tür von einem der bekanntesten Rabbonim von Brody, Rabbi Gerschon ben Avraham. Als Rabbi Gerschon ihm eine kleine Spende geben wollten, lächelte der Gast zurück und sagte, dass er Israel ben Eliezer sei und kam, um seine Schwester zu heiraten und erinnerte an das Dokument des Vaters. Auch wenn der Gastgeber ein wenig schockiert war, rief er seine Schwester, um den potenziellen Bräutigam zu treffen und zu entscheiden, ob sie ihn tatsächlich heiraten möchte. Nach kurzem Gespräch willigte seine Schwester ein und schon bald fand die Hochzeit statt. Das Paar hatte zwei Kinder: Die Tochter Adel und den Sohn Zwi.

Für den Schwager und großen Rabbiner Gerschon entpuppte sich diese Ehe jedoch als ein großes Ärgernis. Es musste festgestellt, dass sein Schwager Israel nicht nur arm war, sondern auch noch absolut ungebildet, er konnte kaum lesen! (Reb Israel hielt sein großes Wissen weiterhin geheim und tat so, als ob er überhaupt nichts wüsste). In Brody, wo es normal war arm zu sein, gab es kaum jemanden, der nicht den Talmud lernte, in dieser Stadt war alles andere einfach unvorstellbar. Deshalb wurde der Schwager von Rabbi Gerschon schnell zur Lachnummer. Rabbi Gerschon versuchte selbst mit Reb Israel zu lernen, jedoch schien es so, dass alles Wissen von ihm abrallte. Lange hielt Rabbi Gerschon diese Situation nicht aus und schickte seine Schwester mit ihrem dickköpfigen Mann aus Brody weg. Rabbi Gerschon erwarb für sie ein Schinok (Wirtschaftshaus) in den Karpaten-Bergen, nicht weit von Kutov, und so begann ein neuer Lebensabschnitt im Leben des geheimen Tzaddik.

In den Bergen

Während seine Frau im Schinok arbeitete und Gäste bewirtete, wanderte Reb Israel tagelang in den Bergen und lernte in ihren Höhlen. Sein „Lehrer“ dort war der Prophet Achija haSchiloni, der in der Zeit von König Schlomo lebte. Man kann sich kaum vorstellen, welche Geheimnisse der Tora der zukünftige Baal Schem Tov dort erfahren hat. Damals waren die Karpaten-Berge ein sehr gefährlicher Ort, weil dort mehrere Räuber-Banden beheimatet waren. Sie waren in den Wäldern gut geschützt und kaum jemand wagte sich ohne starke Schutzbegleitung in die Berge. Sehr bald trafen tatsächlich Räuber auf den

einsamen wandernden Juden (Reb Israel) und hätten ihn normalerweise sehr schnell erledigt. Jedoch haben die fürchterlichen Räuber sehr schnell gemerkt, dass Reb Israel ein heiliger Mensch ist und begannen ihn zu respektieren. Dieser heilige Mann war in der Gegend so bekannt, dass die Erzählungen über ihn in den lokalen Volksüberlieferungen erhalten geblieben sind. So wird erzählt, dass die Räuber den Reb Israel so sehr fürchteten, dass sein Schinok der einzige in der Gegend war, wo die Räuber für das servierte Essen bezahlt haben.

Nach vielen Jahren wurde sein „wahres Gesicht“ als großer Gelehrter entdeckt. Rabbi Dovid aus Kolyma, ein Schüler von Rabbi Gerschon, reiste durch die Gegend und entschied sich im Wirtschaftshaus von dessen Schwager zu übernachten. Mitten in der Nacht wachte er von einem hellen Licht auf und war sich sicher, dass es brennt. Als er mit einem Eimer Wasser in das Zimmer, woher dieses Licht kam, stürmte, sah er mit großem Erstaunen, dass dieses Licht vom lernenden Reb Eliezer ausströmte, den man eigentlich für einen Analphabeten hielt... Natürlich musste sich Reb Eliezer erklären und bat den Gast diese Entdeckung für sich zu behalten. Rabbi Dovid konnte aber so eine überraschende Nachricht nicht für sich behalten und erzählte Rabbi Gerschon die Wahrheit über dessen Schwager. Schon sehr bald wird der große und berühmte Rabbi Gerschon zu einem treuen Schüler seines Schwagers.

Die „Offenbarung“ des Wunderrabbi

Als Reb Israel 36 Jahre wurde, verstand er, dass er sich „offenbaren“ sollte. Er begann als einer von zahlreichen Baal Schems (Wunderrabbis) durch Polen zu wandern, Menschen zu heilen und ihnen dabei zu helfen spirituell zu wachsen.

Um zu verstehen, was Rabbi Israel geleistet hat, muss man wissen, in welcher Situation sich das jüdische Volk damals befand. Die Pogrome von Bohdan Chmelnyzkyj (17. Jahrhundert), während derer viele blühende jüdische Gemeinden in der Ukraine

und Polen ausgelöscht wurden und zehntausende Juden bestialisch ermordet wurden, haben tiefe Spuren hinterlassen. Wirtschaftliche Unterdrückung seitens polnischer Adelige und fanatische religiöse Hetze seitens der katholischen Kirche haben das Leben der Juden noch zusätzlich verschlimmert. Reguläre Blutlügen und Überfälle durch Gaidamaken (örtliche Banditen) machten das Leben der Juden nahezu unerträglich. Und der falsche Messias Schabtei Zwi (im Jahre 1666) hat den europäischen Juden die letzte Hoffnung auf Erlösung genommen. Es ging nur ums pure Überleben, so dass keine Zeit zum Tora-Lernen blieb. Deshalb waren viele Juden in ländlichen Gebieten im Gegensatz zu den Juden in großen Städten wie Brody und Wilna sehr arm und lernten kaum noch ernsthaft die Tora. Sie waren deshalb als Juden zweiter Klasse angesehen und fühlten sich auch so. Sie waren also in einem großen spirituellen Loch.

Rabbi Israel kam und rettete sie. Seine Lehre war, dass auch ungebildete Juden, die kaum auf Hebräisch lesen konnten, gute Juden sein können. Nicht nur tagtägliches Lernen, sondern auch konzentrierte Gebete, das Psalmen-Lesen mit Herz und Tränen und das aufrichtige Erfüllen der Gebote haben großen Wert für G'tt und werden belohnt. Durch diese Ideen und auch durch die grenzenlose Liebe von Rabbi Israel zu allen Juden, haben viele Menschen ihren Anschluss im Judentum wiedergefunden und ein würdiges und erfülltes Leben führen können. Der „Zusatzname“, den der Rabbi Israel bekommen hat, „Baal Schem Tov“, bedeutet „Besitzer des Guten Namens“. Es gab viele Baal Schems (die Besitzer von Namen) in der damaligen Geschichte. Das waren große Tzaddikim, die durch ihr großes Wissen, unter anderem auch in der Kabbala, den Menschen mit Heilmitteln, Amuletten und Segen helfen konnten. Rabbi Israel aber war der Einzige, der „Guter“ Baal Schem genannt (Baal Schem Tov) wurde.

Der Chassidismus war umstritten

Denn Rabbi Israel hat viel mehr gemacht, als nur einzelnen Menschen zu helfen. Rabbi Israel Baal Schem Tov hat eine neue Idee in diese Welt gebracht, die Tausende Juden spirituell aufgebaut hat und auch in den Generationen nach dem Baal Schem Tov weitergelebt hat. Das war die Lehre des Chassidismus, eine bei ihrer Ersterung sehr umstrittene Lehre, die heute ein fester Bestandteil der jüdischen Tradition ist. Diese Lehre besteht darin, dass man die Frömmigkeit nicht nur durch das Erlernen der Tora, sondern auch durch Emotionen, Liebe zu Mitmenschen (Ahavat Israel) und sehr sorgfältiges Halten der Gebote der Tora erreichen kann.

Rabbi Israel hat auch viele Schüler gehabt, die seine Lehre verbreitet und vertieft haben und damit alle Schichten von Juden überall in Osteuropa erreicht haben. Interessanterweise entsteht der Eindruck, dass seine Anhänger ausschließlich arm und ungebildet gewesen sind, wegen der vielen Geschichten über Baal Schem Tov, wo er als Mentor und Helfer für arme Ungebildete in Erscheinung tritt. Das jedoch stimmt nicht wirklich.

Unter seinen Anhängern waren sehr große und bekannte Talmud-Gelehrte wie Rabbi Jakob Josef aus Polonoje, der Schwager von Baal Schem Tov, Rabbi Gerschon aus Brody, und viele andere. Diese großen Rabbiner waren nicht nur von den neuen Ideen des Tzaddiks beeindruckt, sondern vor allem von seinem unglaublichen Wissen in allen Teilen der Tora, das scheinbar unendlich war.

Heutzutage dienen vor allem die Erzählungen über das Leben und Wirken von Baal Schem Tov als große Inspiration für alle, die ein Judentum aufbauen möchten, das auf Tradition und Menschenliebe basiert. Viele Chassidim pflegen bis heute den Brauch am Samstagabend nach Schabbat-Ausgang bei einer festlichen Mahlzeit (Melawe Malka) eine Geschichte über Baal Schem Tov zu erzählen.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstr. 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Wahl zur „Miss Universe“ erstmals in Israel

Eilat wird zum Austragungsort des 70. Jubiläums des internationalen Wettbewerbs



(BZZ) Der internationale Schönheitswettbewerb „Miss Universe“ findet zum ersten Mal in seiner Geschichte in Israel statt. Die Stadt Eilat am Roten Meer wurde als Austragungsort für den im Dezember 2021 stattfindenden Wettbewerb ausgewählt, der in diesem Jahr sein 70-jähriges Jubiläum feiert. Durchgeführt wird die Veranstaltung von der „Miss Universe“ Organization in Zusammenarbeit mit dem israelischen Tourismusministerium und der Stadtverwaltung von Eilat.

Die Wahl Israels als Gastgeberland unterstreicht einmal mehr die Attraktivität Israels, seine reiche Geschichte und die große Vielfalt an spektakulären Touristen- und Urlaubsorten, die Israel den Zuschauern der Misswahl in aller Welt zu bieten hat. Ein internationales Ereignis dieser Größenordnung wird sich positiv auf die Bekanntheit und das Image von Eilat und Israel als führendes Tourismusziel und weltbekannte internationale Marke auswirken.

Der israelische Tourismusminister Yoel Razvozov sieht dem Event erwartungsvoll entgegen:

„Wir in Israel sind hocherfreut, Gastgeber der 70-Jahr-Feierlichkeiten der weltweit bekannten Miss Universe-Wahl zu sein. Israel ist ein wunderschönes Land der Kreativität und Innovation und wir haben uns erfolgreich der COVID-19-Krise gestellt. Deshalb gehören wir heute zu den ersten Ländern, die eine internationale Veranstaltung ausgerichtet – die Wahl zur ‚Miss Universe‘. Was für eine großartige Gelegenheit.

US-Fernsehmoderator Steve Harvey wird auch bei der diesjährigen Veranstaltung durch den Abend führen.

Eine Veranstaltung, die den Optimismus, die Toleranz und den Wunsch nach Exzellenz feiert, die alle geografischen und nationalen Grenzen überschreitet. Ich hoffe sehr, dass wir im Dezember nicht nur die neue ‚Miss Universe‘ hier in Israel feiern werden, sondern vor allem auch das Ende der Weltpandemie. Ich wünsche allen Teilnehmerinnen gute Gesundheit und viel Glück und freue mich darauf, Sie alle bald wiederzusehen.“

Delegationen aus etwa 100 Ländern werden zur Misswahl in Israel erwartet, darunter mehr als 1.200 Mitglieder der offiziellen Delegationen, Hunderte von Journalisten und Fernsehteams, Tausende von Misswahl-Enthusiasten und Touristen, mehr als 100 amerikanische Prominente, darunter hochkarätige Künstler und weltberühmte Juroren. Die Wahl Eilats als Austragungsort betont Israels Attraktivität für die Ausrichter internationaler Veranstaltungen. Bereits der Eurovision Song Contest und der Giro d'Italia wurden erfolgreich in Israel ausgerichtet.

Der Staatssekretär des Tourismusministeriums, Amir Halevi, betont die Vorzüge Eilats, welche die Stadt zum idealen Austragungsort und Reiseziel macht:

„Wir sind stolz darauf, die 70-Jahr-Feierlichkeiten des Miss-Universe-Schönheitswettbewerbs in Eilat auszurichten – einem Ort, der das ganze Jahr über Meer und Sonne bietet. Wir sehen diese Veranstaltung als eine Gelegenheit, Eilat

und die Wüste Negev als attraktives Tourismusziel zu nutzen. Die Misswahl wird Millionen von Zuschauern auf der ganzen Welt die israelische Wüste mit ihrer spektakulären Naturschönheit, dem Zusammentreffen der Berge von Eilat mit dem Roten Meer, den atemberaubenden Wüstenkratern und natürlich dem warmen Winterwetter zeigen. Ich glaube, dass die Tourismusindustrie Ende Dezember beginnen wird, Knospen der Erholung von der Krise zu sprießen, und die Misswahl wird sogar die Rückkehr der internationalen Flüge zum Ramon Airport fördern.“

Die Kandidatinnen werden bereits ab Ende November in Israel eintreffen und drei Wochen lang in TV-Events zu sehen sein, die live in die ganze Welt übertragen werden. Dazu gehören nicht nur das Finale und das Halbfinale, sondern auch eine nationale Kostümshow oder andere Galaveranstaltungen wie ein Red-Carpet-Event. Auch Wohltätigkeitsveranstaltungen sind ein Teil des Wettbewerbs. Die zahlreichen Veranstaltungen werden nicht nur Eilats Wirtschaft kräftig stärken, sondern sowohl den inländischen als auch den ausländischen Tourismus ankurbeln.

Moderiert wird der 70. „Miss Universe“-Wettbewerb erneut von dem legendären Entertainer Steve Harvey. Die Show wird in fast 160 Ländern auf der ganzen Welt ausgestrahlt. Jährlich verfolgen schätzungsweise 1,3 Milliarden Menschen den Wettbewerb im Fernsehen, in

Print- und sozialen Medien.

Der amtierende Bürgermeister von Eilat, Eli Lankri, zeigt sich begeistert über die Möglichkeiten, die die Austragung des „Miss Universe“-Wettbewerbs für seine Stadt mit sich bringt:

„Die Stadt Eilat ist glücklich und stolz darauf, zum ersten Mal Gastgeber der ‚Miss Universe‘ in Israel zu sein – dem globalen Schönheitswettbewerb, bei dem Schönheitsköniginnen und Delegationen aus 100 Ländern die Schönheit unseres Urlaubsortes genießen werden. Hunderte von Millionen Menschen aus der ganzen Welt werden den Wettbewerb verfolgen und die atemberaubenden Landschaften von Eilat kennenlernen. Als Urlaubsort, der jedes Jahr drei Millionen Urlauber und Dutzende von internationalen Sport- und Kulturveranstaltungen beherbergt, freuen wir uns über jeden, der kommt. Alle werden die Hotels, Restaurants, Attraktionen, Einkaufszentren und die einzigartigen natürlichen Ressourcen von Eilat, einschließlich des Meeres und der Wüste genießen.“

Paula M. Shugart, Präsidentin der „Miss Universe“-Organisation, freut sich über die Auswahl Eilats und hebt die Vorzüge Israels, die zu der Entscheidung beigetragen haben, hervor:

„Israel stand aufgrund seiner reichen Geschichte, seiner wunderschönen Landschaften, seiner vielfältigen Kulturen und seiner Anziehungskraft als globales Reiseziel schon seit einigen Jahren auf unserer Auswahlliste der Gastgeberländer.“